

Deutsche ● und ausländische ○ Studierende in Berlin, Wintersemester 2015/2016 an Hochschulen mit mehr als 1 000 Studierenden

○ Universität □ Fachhochschule △ Kunsthochschule

■ staatlich ■ privat ■ kirchlich

DAS AFS IN DER HOCHSCHULLEHRE

Weitere Themen

- ▮ Preise
- ▮ Wahlen

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

**Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg**
10. Jahrgang

Herausgeber
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Behlertstraße 3a
14467 Potsdam
Tel.: 0331 8173-1777

Verantwortlicher Redakteur i. S. d. BbgPG
Hartmut Bömermann
Redaktion
Nicole Dombrowski,
Luisa Hilgert,
Dr. Holger Leerhoff,
Anja Malchin,
Dr. Thomas Troegel,
Ramona Voshage (Leitung)

Preis
Einzelheft EUR 6,00
ISSN 1864-5356

Satz und Gestaltung
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Druck
TASTOMAT GmbH,
15345 Petershagen/Eggersdorf

© **Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2016**
Auszugsweise Vervielfältigung und
Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
hat seinen Sitz in Potsdam und weitere
Standorte in Berlin und Cottbus.

Auskunft und Beratung

Behlertstraße 3a
14467 Potsdam

Telefon: 0331 8173-1777
Fax: 030 9028-4091
info@statistik-bbb.de

Zeichenerklärung

- 0 weniger als die Hälfte von 1
in der letzten besetzten Stelle,
jedoch mehr als nichts
 - nichts vorhanden
 - ... Angabe fällt später an
 - () Aussagewert ist eingeschränkt
 - / Zahlenwert nicht sicher genug
 - Zahlenwert unbekannt oder
geheim zu halten
 - x Tabellenfach gesperrt, weil
Aussage nicht sinnvoll
 - p vorläufige Zahl
 - r berichtigte Zahl
 - s geschätzte Zahl
- Abweichungen in der Summe
können sich durch Schätzungen
ergeben

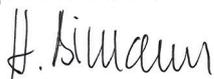
Liebe Leserinnen und Leser,

als Schwerpunkt im aktuellen Heft betrachten wir die Rolle des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg (AFS) in der Hochschullehre. Dabei probieren wir etwas Neues aus: Diese Ausgabe unserer Zeitschrift enthält Beiträge von Studierenden, die im vergangenen Wintersemester die Vorlesungsreihe Die Nutzung der amtlichen Statistik in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften besuchten, die das AFS seit 2012 regelmäßig an der Humboldt-Universität zu Berlin durchführt. Drei Themen werden in den Gastbeiträgen behandelt: „Berlin – Hauptstadt der Toleranz?“, „Der Grad der potentiellen Lebenszufriedenheit am Beispiel der Berliner Bezirke“ und „Entwicklung des Gründungsgeschehens 2010 bis 2014 in den Berliner Bezirken“.

Die Heranführung von Studierenden an das System der amtlichen Statistik und die Bearbeitung einer Fragestellung mit statistischen Daten ist uns eine wichtige Aufgabe. Die Verbesserung der Präsenz der Statistischen Ämter an den Hochschulen wurde von den Amtsleiterinnen und Amtsleitern der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sogar in die strategische Schwerpunktplanung aufgenommen. Die amtliche Statistik ist der größte und bedeutendste Datenproduzent und -anbieter in Deutschland und ebenso in Europa. Unser Ziel ist es, künftige Nutzerinnen und Nutzer für diese Daten zu interessieren und sie für deren Verwendung zu qualifizieren. Am besten geht dies in der fachlichen Ausarbeitung zu Themenstellungen. Die studentischen Gastbeiträge sind die Resultate dieser Auseinandersetzung mit einer bestimmten Fragestellung und den amtlichen Daten.

Auch in den weiteren Rubriken der vorliegenden Ausgabe wird der Fokus auf die Wissensvermittlung gelegt. So diskutieren u. a. der kommissarische Vorstand des AFS, Rudolf Frees, und Prof. Dr. Ulrich Rendtel von der Freien Universität Berlin über die Notwendigkeit der fachlich fundierten Ausbildung von Nachwuchskräften für die amtliche Statistik und das gemeinsame Engagement für den *European Master in Official Statistics*.

Eine spannende Lektüre wünscht Ihnen



Hartmut Bömermann
verantwortlicher Redakteur

Kurzberichte

- ▮ Fachstatistische Veranstaltungen des AFS 3
- ▮ AFS berät HTW Berlin bei neuem Studiengang 4
- ▮ Fachangestellte/r für Markt- und Sozialforschung 5
- ▮ Von der Stimmabgabe zum Wahlergebnis 6
- ▮ Das AFS als aktiver Wissensvermittler in der Hochschullehre 10

Fachgespräch mit Prof. Dr. Ulrich Rendtel (FU Berlin) und Rudolf Frees (AFS) „Die Verleihung des EMOS-Zertifikats für den Berliner Masterstudiengang in Statistik erhöht die Attraktivität.“ 13

Entwicklungen in der amtlichen Statistik

- ▮ Novellierung des Hochschulstatistikgesetzes 16

Neuerscheinungen

- ▮ Vorschulische Bildung in Berlin 2016 2
- ▮ Bildung in Deutschland 2016 57

Statistik erklärt

- ▮ Die W³-Indikatoren 30

Historisches

- ▮ Die Humboldt-Universität zu Berlin
Vor mehr als 100 Jahren die größte Universität des Deutschen Reiches 54

Fachbeiträge

Zensus

- ▮ **Berlin – Hauptstadt der Toleranz?**
Eine Datenanalyse zu gesellschaftlichen Spannungsfeldern im innerdeutschen Vergleich 18
Ursula Berresheim, Georg Händel, Nina Hauser

Mikrozensus

- ▮ **Der Grad der potenziellen Lebenszufriedenheit am Beispiel der Berliner Bezirke** 28
Friedemann Brockmeyer

Gewerbeanzeigen

- ▮ **Entwicklung des Gründungsgeschehens 2010 bis 2014 in den Berliner Bezirken** 36
Lena Melcher, Julia Mundt

Preise

- ▮ **Die neue Mietenstichprobe im Verbraucherpreisindex** 42
Elke Zimmer

Wahlen

- ▮ **Berliner Wahlen 2016 – Wahlkreise und Strukturdaten** 48
Geert Baasen

Neuerscheinung

 **Vorschulische Bildung in Berlin 2016**

Mit „Vorschulische Bildung in Berlin 2016“ hat das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg die Reihe der regionalen Bildungsberichte fortgesetzt. Damit wird in Anlehnung an die nationale Berichterstattung die regionale Perspektive der frühkindlichen Bildung und Betreuung in Berlin und seinen Bezirken detailliert in den Blick genommen.

In den letzten fünf Jahren hat die Nutzung der Angebote von Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege in Berlin durch Kinder unter 6 Jahren um 18 % zugenommen, bei den Kindern unter 3 Jahren um 22 %. Am Stichtag 1. März 2015 waren damit 71 % der Kinder unter 6 Jahren in der Kindertagesbetreuung.

Bei den Kindern unter 3 Jahren nutzte fast die Hälfte der Berliner Eltern (48 %) im Jahr 2015 die Betreuungsangebote – ein Anstieg um 5 Prozentpunkte seit 2010. Bei den 3- bis unter 6-Jährigen betrug die Quote 95 % und lag damit etwa auf dem Niveau der Vorjahre. Die Beteiligungsquoten sind in den Bezirken in allen Altersjahren weiterhin sehr unterschiedlich.

In Deutschland ist ein enger Zusammenhang zwischen familiären Lebensverhältnissen, Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb nachweisbar. Es werden drei Risikolagen von Familien unterschieden, die Effekte auf den Bildungserfolg ihrer Kinder haben können: Erwerbslosigkeit der Eltern, Armutgefährdung der Familie und das Risiko formal gering gebildeter Eltern (beide Elternteile ohne Hochschulreife oder abgeschlossene Berufsausbildung). Von den unter 6-jährigen Kindern in Berlin leben 19 % in einer Familie mit dem Risiko formal gering qualifizierter Eltern und 22 % in einem Elternhaus, in dem die Erwachsenen keiner Erwerbstätigkeit nachgehen. Von Armut gefährdet sind 18 %. 8 % wachsen unter allen drei Risikolagen auf, 39 % unter mindestens einer. Besonders häufig sind Kinder Alleinerziehender und Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund von Risikolagen betroffen.



Sie finden den Bericht „Vorschulische Bildung in Berlin 2016“ inklusive Karten und Infografiken zum kostenfreien Download auf der Website des AFS unter:

<https://www.bildungsbericht-berlin-brandenburg.de/>

Kurzbericht

Fachstatistische Veranstaltungen des AfS

Messung der Preise, Berliner VGR-Kolloquium

von Jörg Höhne und Julia Höninger

Die Veranstaltungsreihen *Messung der Preise* und *Berliner VGR-Kolloquium* wurden auch in diesem Jahr fortgesetzt. Beide vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) organisierten Veranstaltungen finden einmal im Jahr statt.

Die Tagung *Messung der Preise* wurde auf Einladung der Deutschen Bundesbank in deren Schulungszentrum in Eltville durchgeführt. Sie fand in diesem Jahr zum 20. Mal statt. Themenschwerpunkte waren Qualitätsaspekte der Preiserhebung, Untersuchungen zu disaggregierten Preisentwicklungen sowie die Entwicklungen bei der Messung von Immobilienpreisen.

Wegen der Relevanz der Preisstatistik vor allem bei der Deflationierung volkswirtschaftlicher Kennziffern sowie für währungspolitische Entscheidungen ist die Qualität der Preisstatistik von großer Bedeutung. Es wurden Untersuchungen im europäischen Vergleich aber auch neue Anforderungen an die Preismessung, zum Beispiel durch den Internethandel, vorgestellt. Die Nutzung disaggregierter Preise ist sowohl für die Darstellung regionaler Preisentwicklungen als auch bei modellgestützten Inflationsprognosen interessant. Hier wurden erste Untersuchungsergebnisse präsentiert. Der hohe Anteil der Mieten am Warenkorb der Preisstatistik führt dazu, dass die Mieten- und Immobilienpreisentwicklung immer ein besonderer Schwerpunkt der Preisstatistik ist, da sie auch eigene methodische Besonderheiten hat.

Informationen zur Konferenz sowie die Vorträge sind abrufbar unter:

<https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/home/messung-der-preise.asp>

Das *Berliner VGR-Kolloquium* fand in diesem Jahr zum Themenschwerpunkt „Außenhandel in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ statt. Auf der Tagung wurden aktuelle Entwicklungen in der VGR durch die Globalisierung, wie beispielsweise die Zunahme von international arbeitsteilig erstellten Gütern, und damit die Abbildung internationaler Wertschöpfungsketten diskutiert.

Weitere Herausforderungen der korrekten Abbildung des Außenhandels sind aktuell beispielweise der Transithandel – das heißt, wenn die Ware gar nicht in das Land des Händlers eingeführt, sondern von ihm nur vermittelt wird – und die Lohnveredelung. Die Lohnveredelung ist nach den neuen Regeln nun als eine Netto- statt einer Bruttobuchung vorgeschrieben. Es ist somit nur noch der Veredelungslohn als Handel zu buchen, nicht mehr der Gesamtwert des grenzüberschreitenden Warenverkehrs (als Export und Re-Import). Auch die Tätigkeiten von internationalen Konzernen und daher intern zwischen Konzerntöchtern gehandelte Vorleistungen sowie der zunehmende Handel mit Dienstleistungen waren Themen des VGR-Kolloquiums.

Die anstehenden Weiterentwicklungen der Außenhandelsstatistik wurden vorgestellt. Diese sollen auch dazu beitragen, die derzeit vorhandenen Asymmetrien in bilateral beobachteten Handelsströmen zu reduzieren.

Historische Themen waren der Vergleich des Außenhandels Deutschlands vor und nach dem 2. Weltkrieg anhand von Input-Output-Tabellen und ein Vortrag über den Zeitraum der Wiedervereinigung, der gekennzeichnet war durch eine starke Umlenkung der Handelsströme sowie der Umstellung des Handels zwischen Ost und West vom Außen- zum deutschen Binnenhandel.

Informationen zum Kolloquium sowie die Vorträge sind abrufbar unter:

<https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/home/vgr-kolloquium.asp>



Dr. Josef Richter (Universität Innsbruck) sprach beim diesjährigen VGR-Kolloquium zum Thema „Außenhandel in den VGR – Die Globalisierung als Herausforderung“.

Foto: Dr. Monika Kühn

Kurzbericht

▣ AFS berät HTW Berlin bei neuem Studiengang

von **Ramona Voshage** und **Tilo Wendler**

Projekte im internationalen Kontext sowie große Datenbanken, schnelle Rechner und leistungsstarke Netzwerke gehören zu den aktuellen Herausforderungen, denen sich die Statistischen Ämter und Unternehmen aus Wirtschaft, Technik oder Forschung stellen müssen. Um die stetig wachsende Informationsflut beherrschen zu können, braucht es eine einschlägige Expertise. Die passenden Spezialistinnen und Spezialisten, die in der Lage sind, das Informationsvolumen zu organisieren, Zusammenhänge und Muster zu erkennen und entsprechende Entscheidungen für Projekte zu treffen, sind sehr gefragt. Zu diesem Ergebnis gelangte 2015 auch eine Studie des Bundesverbandes Informationswirtschaft, Telekommunikation und Neue Medien e.V. (Bitkom), bei der 65% der befragten Unternehmen einen Mangel an hochqualifiziertem Personal angaben.

An der Berliner Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW Berlin) kann diese Expertise ab Herbst 2016 im internationalen Masterstudiengang *Project Management and Data Science* erworben werden. Er dauert vier Semester und schließt mit dem Master of Science ab.

Bei der Konzeption des Studiengangs hat die HTW Berlin eng mit ausgewählten Partnern zusammengearbeitet und einen Beirat gegründet. Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AFS) ist Mitglied dieses Beirates und konnte somit Erfahrungen und Wissen aus Sicht eines Datenproduzenten und Analysedienstleisters in der Gründungsphase des Masters einbringen.

Der Masterstudiengang *Project Management and Data Science* ist in hohem Maße praxisorientiert und vermittelt die Fähigkeit zum strategischen Management von Projekten sowie zur Analyse von riesigen Datenmengen. Dabei wird unter anderem der Umgang mit den Analyse-Tools IBM SPSS Statistics und IBM SPSS Modeler erlernt.

Um die Studierenden auf einen weltweiten Einsatz vorzubereiten, findet die Lehre in englischer Sprache statt. Der Studiengang richtet sich an nationale und internationale Bewerberinnen und Bewerber. Interessant ist er auch für Unternehmen, die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sinne einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Strategie fördern möchten.

Ramona Voshage leitet das Referat *Mikrodaten, Analysen, Forschungsdatenzentrum* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Prof. Dr. Tilo Wendler, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, ist einer der Initiatoren des neuen Studiengangs *Project Management and Data Science* an der HTW Berlin.

Weitere Informationen unter: <http://mpmd.htw-berlin.de/>

Kurzbericht

Fachangestellte/r für Markt- und Sozialforschung

Ein neuer Ausbildungsberuf im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

von **Alexander Mühl**

Zum 1. September diesen Jahres beginnen zwei Auszubildende des Ausbildungsberufes Fachangestellte/r für Markt- und Sozialforschung (FAMS) ihre dreijährige Ausbildung im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS). Das AfS verspricht sich damit die Gewinnung von jungen und qualitativ gut ausgebildeten Nachwuchskräften. Ferner sollen durch die Einstellung Personalkapazitäten aufgebaut werden, um eine ordnungsgemäße und langfristige Aufgabenwahrnehmung im Rahmen der Durchführung der amtlichen Statistik in den Ländern Berlin und Brandenburg durch das AfS zu gewährleisten.

Aufgaben im Beruf

Fachangestellte für Markt- und Sozialforschung beobachten wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen. Sie übernehmen organisatorische Aufgaben bei der Planung von Marktstudien und empirischen Sozialforschungsprojekten, um zum Beispiel soziale Sachverhalte wie die Entwicklung der Kriminalitätsrate oder des Bildungsstandes zu beschreiben. Dafür sammeln sie Daten, codieren sie, prüfen sie auf Plausibilität und führen erste Auswertungen durch. Spezielle Software für Marktforschung kommt dabei ebenso zum Einsatz wie Statistikprogramme und das Internet.

Zu den Aufgaben gehört es auch, für Kunden Angebote zu erstellen und Berichte über die Ergebnisse von Studien vorzubereiten. An der Konzeptionierung und Erstellung von Fragebögen und Gesprächsleitfäden arbeiten sie ebenfalls mit. Darüber hinaus schulen sie Interviewerinnen und Interviewer, organisieren deren Einsatz, erfassen den Rücklauf der Interviewbögen und führen Qualitätskontrollen durch.

Ausbildungsinhalte im AfS und in der Berufsschule

Fachangestellte/r für Markt- und Sozialforschung ist ein anerkannter Ausbildungsberuf nach dem Berufsausbildungsgesetz (BBiG) und wurde zum 1. August 2006 als Berufsbild eingeführt. Der Rahmenlehrplan ist in 13 Lernfelder gegliedert. Sie orientieren sich an der zeitlichen Folge der betrieblichen Praxis und vermitteln u. a. die Fähigkeiten und Fertigkeiten zur Analyse von Märkten oder der Projektumsetzung von der Planung bis zur Dokumentation.

Der theoretische Teil der Ausbildung findet am Oberstufenzentrum Handel 1 in Berlin statt und wird in Fächern und Projekten unterrichtet. Die Fächer sind in einen allgemeinen und einen berufsbezogenen Lernbereich unterteilt. Im Fach Sprachen/Kommunikation werden zum Beispiel die für die Projektumsetzung notwendigen Kenntnisse der Informationsverarbeitung sowie eine Fachsprache vermittelt.

Während ihrer Ausbildungszeit durchlaufen die Auszubildenden verschiedene Fachbereiche im AfS, um alle Formen und Ausprägungen der amtlichen Statistik in Deutschland kennenzulernen und auf eine erfolgreiche Abschlussprüfung bei der Industrie- und Handelskammer (IHK) vorbereitet zu sein.

Um eine hochwertige und breit gefächerte Ausbildungsdurchführung sicherzustellen, strebt das AfS eine breite Kooperation mit verschiedenen Institutionen aus Wissenschaft und Forschung, zum Beispiel das Wissenschaftszentrum Berlin und das Robert-Koch-Institut, an. Die Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum

Berlin verlief in der Vergangenheit sehr erfolgreich.

Alexander Mühl ist Sachbearbeiter im Referat *Personalservice* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Quellen:

- BERUFENET Steckbrief FAMS (<http://arbeitsagentur.de>) (Stand: 01.02.2016).
- Flyer für die Ausbildung zum/zur FaMS am Oberstufenzentrum Handel 1 (Stand: 19.02.2015).

Kurzbericht

▣ Von der Stimmabgabe zum Wahlergebnis

Der Weg zur einheitlichen Ergebnisermittlung bei Wahlen im Land Brandenburg

von **Kathrin Behling**

Wie in den anderen Bundesländern und auf Bundesebene auch, gehört die Unterstützung der Landeswahl- und Landesabstimmungsleiter (LWL) der Länder Berlin und Brandenburg bei der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Abstimmungen zu den wesentlichen Aufgaben der Statistischen Ämter und damit auch des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS). Die dadurch anfallenden Aufgaben gehen weit über die zum Kern der amtlichen Statistik gehörende Durchführung der allgemeinen und der repräsentativen Wahlstatistik hinaus.

Auch wenn das AfS in Berlin wie auch im Land Brandenburg für die Unterstützung der LWL vor allem im Hinblick auf die Ergebnisermittlung, -aufbereitung und -veröffentlichung zuständig ist, so sind die Modalitäten in beiden Ländern recht unterschiedlich. Die Unterschiede liegen nicht nur in den unterschiedlichen Konstellationen eines Stadtstaates und eines Flächenlandes, sondern auch in der Historie begründet: Während die Geschäftsstelle des Landeswahlleiters bzw. der Landeswahlleiterin Berlin sich seit den frühen 1990er Jahren beim Statistikamt Berlin befindet, ist die Geschäftsstelle des Landeswahlleiters Brandenburg seit Januar 2004 beim Ministerium des Innern (seit 2014 Ministerium des Innern und für Kommunales) angesiedelt. Auch mit der Fusion des Statistischen Landesamtes Berlin mit dem Statistikteil des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) Brandenburg zum gemeinsamen Amt für Statistik Berlin-Brandenburg zum 01.01.2007 wurde die unterschiedliche Zuordnung der Geschäftsstellen beibehalten.

Hieraus ergaben sich für das AfS jeweils unterschiedliche Zuständigkeiten und Aufgaben, die bei der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen in den beiden Ländern zu berücksichtigen sind. Weit mehr noch haben die unterschiedlichen Gegebenheiten beider Länder mehr oder weniger große Unterschiede bei der Ergebnisermittlung zur Folge. So gibt es in Berlin seit der Verwaltungsreform im Jahr 2001 von vormals 23 nur noch zwölf Bezirke mit zwölf Wahlämtern, während Brandenburg über mehr als 200 kommunale Wahlbehörden der Ämter und amtsfreien Gemeinden sowie bis zu 28 Kreiswahlleiter (Landtagswahl) verfügt. Auch in der die Ergebnisermittlung unterstützenden Wahlsoftware spiegeln sich die Unterschiede wider: In Berlin wird seit Ende der 1990er Jahre die Wahlsoftware „Wahlinfo“ eingesetzt (bis zum Jahr 2014 erfolgte

darüber auch die Führung von Wählerverzeichnissen, die Durchführung der Briefwahl und die Verwaltung von Wahlhelfern und Wahllokalen). Im Land Brandenburg wird stattdessen seit der Bundestagswahl 2013 die Wahlsoftware „PC-Wahl“ einheitlich bei den Kreiswahlleitern und bei den örtlichen Wahlbehörden genutzt.

Von verschiedenen Softwarelösungen zur gemeinsamen Wahlsoftware „PC-Wahl“

Ohne den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnik sowie Software ist die Durchführung von Wahlen heute nicht mehr denkbar. Bereits kurze Zeit nach Schließung der Wahllokale werden die ersten Ergebnisse der Stimmabgabe der Bürgerinnen und Bürger und vor allem ihrer Wahlentscheidung erwartet. Insbesondere bei mehreren gleichzeitig stattfindenden Wahlen – wie z. B. im Jahr 2014, als die Europawahl und die Kommunalwahl Brandenburg auf denselben Termin fielen – stellt die schnelle Ermittlung des Wahlergebnisses eine große Herausforderung dar.

Vor den Bundestagswahlen 2013 wurden von den Wahlbehörden unterschiedliche Softwareanwendungen genutzt. So wurde bis zur Bundestagswahl 2002 landesweit einheitlich die vom damaligen LDS Brandenburg programmierte Wahlsoftware für die Erfassung und Weiterleitung der Ergebnisse eingesetzt. Da es zu den Kommunalwahlen 2003 massive technische Probleme mit dieser Software gab, hatten einige Landkreise und Städte für die Wahlen 2004 (Europa- und Landtagswahl) bereits die Softwareanwendung „PC-Wahl“ angeschafft.

Für die im Jahr 2005 vorgezogene Bundestagswahl wurde letztmalig die LDS-Software eingesetzt, da eine Neubeschaffung einer gemeinsamen Wahlsoftware zu diesem Zeitpunkt noch nicht erfolgt war.

Nach der Fusion beider Statistikämter im Jahr 2007 war es das Ziel, in beiden Ländern die gleiche Software einzusetzen und so eine möglichst umfassende Harmonisierung der Prozesse und der Technik zu erreichen. Da eine Ablösung von „Wahlinfo“ in Berlin zu dieser Zeit nicht möglich war, sollte diese Software auch flächendeckend für die Wahlen im Land Brandenburg eingesetzt werden. Bei den Kommunalwahlen im Herbst 2008 und den Wahlen 2009 (Europawahl, Bundestagswahl und Landtagswahl) wurde „Wahlinfo“ auf Landesebene sowie in sechs Landkreisen und einer kreisfreien Stadt ein-

gesetzt; der flächendeckende Einsatz wurde nicht erreicht. Der Fakt, dass es seinerzeit nicht gelungen war, eine einheitliche Software auf allen Ebenen und an allen Orten (Ämter/Gemeinden, Kreise, Land) einzusetzen, führte in der Konsequenz zu massiven Problemen bei den komplexen Abläufen und im Hinblick auf Qualität bzw. Schnelligkeit bei der Ergebnisermittlung.

Insgesamt waren die Prozesse und die technischen Abläufe in der Folge nicht optimiert oder auf eine hohe Homogenität getrimmt. Die Vielfalt der bei den kommunalen und Kreiswahlbehörden eingesetzten technischen Lösungen für die Erfassung und Übermittlung der Wahldaten führte zu großen Problemen bei der weiteren Verarbeitung der Daten. So mussten die in unterschiedlicher Form eingehenden Wahlergebnisse für die Landkreise und das Land beim AfS mit großem Arbeitsaufwand gesondert aufbereitet werden, was zu massiven Zeitverzögerungen in der Ergebnisdarstellung führte.

Nach den Bundestags- und Landtagswahlen 2009 wurde eine Arbeitsgruppe (AG) gegründet, deren Mitglieder aus dem Landeswahlleiter Brandenburg, seiner Geschäftsstelle und Vertretern des AfS bestand. Ziel war es, eine Wahlsoftware für eine qualitativ hochwertige Wahlvorbereitung, Wahldurchführung sowie Ergebnisermittlung und -präsentation auszuwählen und diese landesweit einheitlich für alle Wahlen einzusetzen. Sehr schnell wurde deutlich, dass die weitgehende Harmonisierung der verschiedenen Prozesse nicht nur eine wesentliche Grundlage für den Technikeinsatz, sondern der Schlüssel zu einer erfolgreichen Ergebnisermittlung überhaupt ist. Entsprechend gründlich und ausführlich hat sich die AG über längere Zeit mit der Analyse und detaillierten Beschreibung dieser Prozesse befasst. Dieser Aufwand hat sich am Ende gelohnt, vor allem auch, weil etliche Kreiswahlleiter sowie örtliche Wahlleiter beteiligt waren und so ein intensives gegenseitiges Verständnis für die jeweiligen Aufgaben und Bedingungen aufgebaut werden konnte. AG-Mitglieder der Landeswahlleiter-Geschäftsstelle und des AfS haben zu guter Letzt auch die einzelnen Kreise bereist und unter nahezu vollständiger Beteiligung der jeweiligen Ämter bzw. Gemeindevahlbehörden die Schlussfolgerungen der AG vorgestellt und diskutiert.

Die an der endgültigen Entscheidung über die einzusetzende Software Beteiligten votierten am Ende dafür, die Wahlsoftware „PC-Wahl“ flächende-

ckend einzusetzen. Auf dieser Grundlage wurden die vertraglichen Vereinbarungen im Hinblick auf die Lizenzüberlassung und die weitere Pflege der Software zwischen dem Land Brandenburg (vertreten durch das Ministerium des Innern und für Kommunales) und dem Hersteller (Firma Berninger Software GmbH) geschlossen. Nahezu zwei Drittel der Kreise bzw. Ämter und Gemeinden hatten schon seit Jahren bilaterale Verträge mit dem Softwarehersteller. Dies wurde bei der Vertragserstellung berücksichtigt.

Die einheitliche, flächendeckende Nutzung der Wahlsoftware „PC-Wahl“ für die Wahlbehörden im Land Brandenburg wurde ab der Bundestagswahl 2013 vom Landeswahlleiter angeordnet. Zugleich übernahm das AfS die zentrale Koordinierung für die Wahlsoftware, um die Weiterentwicklung und Konfiguration zwischen den Anwendern und dem Softwarehersteller einheitlich zu steuern.

Ein weiterer, grundlegender und wichtiger Baustein für eine einheitliche Übermittlung der Wahlergebnisse war der flächendeckende Anschluss aller Wahlbehörden an das Brandenburger Landesverwaltungsnetz (LVN). An der Koordinierung der Maßnahmen zum Anschluss der Brandenburger Wahlbehörden war das AfS maßgeblich beteiligt.

Somit wurden wesentliche Voraussetzungen für eine einheitliche Wahlvorbereitung und -durchführung geschaffen. Flankiert wurde dieser Schritt durch den raschen Aufbau eines Webdienstes, der innerhalb des LVN nutzbar ist und die technische Grundlage für eine anhaltend intensive Kommunikation zwischen dem AfS auf der einen und den Kreis- und Kommunalstellen auf der anderen Seite darstellt. Hierüber wurden nicht nur eine Vielzahl an konkreten Anleitungen und notwendigen Vorlaufdaten sondern auch aktualisierte Softwareversionen zur Verfügung gestellt. Für die verschiedenen Tests und den Einsatz an den Wahlabenden wurden über diese Plattform auch Informationen bereitgestellt, die zum „monitoren“ des Auszählungs- bzw. Meldestandes dienten und so allen Beteiligten ein hohes Maß an Transparenz gewährten.

Zu guter Letzt diente dieser Dienst auch dazu, die in den Ämtern/Gemeinden erfassten Schnellmeldungen aller Wahlbezirke sowie die von den Kreiswahlleitern eingesammelten Daten hochgradig automatisiert an das AfS zu übermitteln und dort dem weiteren Datenfluss für die Ergebnisaufbereitung zuzuführen.

Wie funktioniert der Datentransfer von den Wahlbehörden zum AfS?

Ein zentrales Thema bei der Ergebnisermittlung ist der Transfer der Daten von den örtlichen Wahlbehörden hin zum AfS. Wie genau der Datentransfer über „PC-Wahl“ erfolgt, wird am Beispiel der Landtagswahl 2014 erläutert (Abbildung a).

Zur besseren Übersicht wird in Abbildung b noch einmal die Struktur des Landes Brandenburg dargestellt.

Zur Landtagswahl 2014 war das Land Brandenburg in 44 Wahlkreise eingeteilt, für die wiederum 28 Kreiswahlleiter zuständig waren. Diese waren an insgesamt 19 Standorten tätig.

Das Vorgehen am Wahlabend war folgendermaßen:

- Nach Schließung der Wahllokale um 18.00 Uhr erfolgte die Auszählung der Stimmen vor Ort im Wahllokal bzw. in den Briefwahlbezirken.

- Der örtliche Wahlvorstand meldete das Ergebnis an die entsprechende Wahlbehörde in der Gemeinde bzw. kreisfreien Stadt mittels Telefon, Fax oder E-Mail.

1 Die Ämter erhielten die Daten von ihren amtsangehörigen Gemeinden bzw. direkt aus den Wahllokalen.

2 Anschließend begann der Datentransfer über „PC-Wahl“. Dieser erfolgte durch die 144 amtsfreien Gemeinden, 52 Ämter und 4 kreisfreien Städte – insgesamt 200 Melder – über das LVN via http oder ftp (Netzwerkprotokolle) an die jeweiligen Kreiswahlleiter.

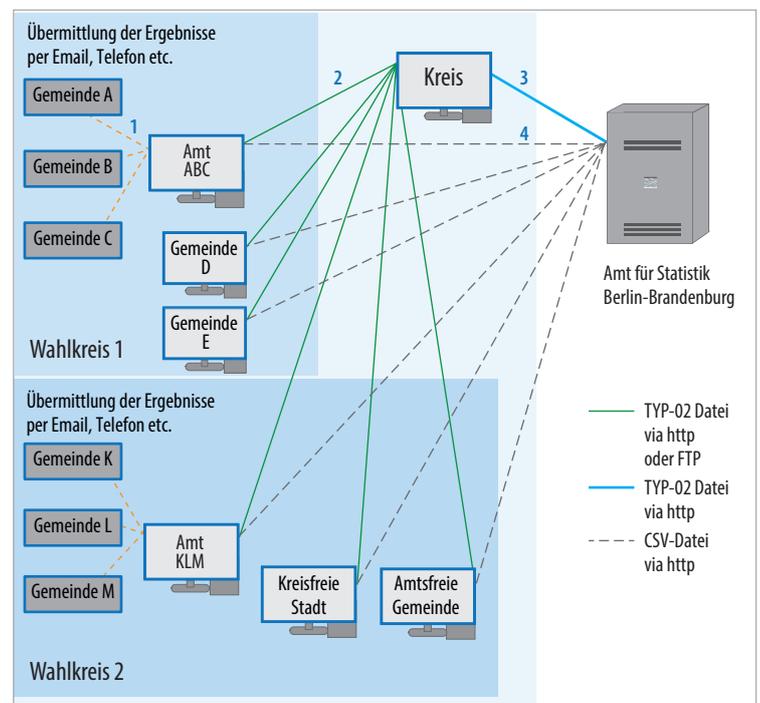
3 Die Kreiswahlleiter importierten die Daten in ihre jeweilige PC-Wahl-Wahlkreisinstanz und leiteten sie an das AfS weiter. Im AfS wiederum wurden die einzelnen Wahlkreisergebnisse in eine sogenannte PC-Wahl-Landesinstanz importiert.

4 Parallel dazu erhielt das AfS die Wahldaten direkt von den kreisfreien Städten, Ämtern und Gemeinden (sog. Gemeindeportion). Damit hatte das AfS die Möglichkeit, Unterbrechungen des Datentransfers zu erkennen und gezielt zu beheben. Des Weiteren ließen sich bereits vor Verarbeitung der Ergebnisdaten erste Fehler (z. B. falsche Wahldatei, falsche PC-Wahl-Version) erkennen.

Der erfolgreiche Dateneingang bzw. die Informationen über fehlerhafte Datenlieferungen wurden als Feedback in Form von HTML-Seiten im LVN für alle Wahlbehörden sichtbar in Echtzeit zur Verfügung gestellt.

- Nach Eingang der Daten im AfS erfolgte die Qualitätssicherung, bevor die Daten für die Weiterverarbeitung nachfolgender Dienstleistungen durch das AfS bereitgestellt wurden:
 - Präsentation der Ergebnisse im Internet,
 - Erstellung des Landeswahlleiterberichtes und der Wahlanalyse,
 - Versorgung der Medienvertreter,
 - Präsentation der Ergebnisse vor Ort im Landtag,
 - Vorbereitung der Pressekonferenz mit dem vorläufigen Wahlergebnis am nächsten Tag.

a | Datentransfer Landtagswahl 2014 in Brandenburg



b | Die Struktur des Landes Brandenburg zum Zeitpunkt der Landtagswahl 2014



Durch die Anwendung einer einheitlichen Wahlsoftware sowie der konstruktiven Zusammenarbeit zwischen den Kreiswahlleitern, dem Landeswahlleiter mit seiner Geschäftsstelle und dem AfS konnten die Arbeiten zur Wahlvorbereitung und -durchführung deutlich optimiert werden.

Für die am gleichen Tag stattfindenden Europa- und Kommunalwahlen im Mai 2014 konnten die vorläufigen Wahlergebnisse sowohl für die Europawahl als auch für die Kommunalwahl noch in der Wahlnacht präsentiert werden.

Bei der Landtagswahl im September 2014 lag das vorläufige Ergebnis bereits um 22.50 Uhr vor und wurde einschließlich der Sitzverteilung veröffentlicht.

Kathrin Behling ist seit 2014 in der Stabstelle *Wahlen* für den Bereich der Brandenburger Wahlen zuständig. Ihr obliegt die Koordinierung der Wahlvorbereitung und -durchführung zwischen der Geschäftsstelle des Landeswahlleiters Brandenburg und dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

Kurzbericht

Das AFS als aktiver Wissensvermittler in der Hochschullehre

von Mark Hoferichter, Matthias Klumpe, Verena Kutzki und Ramona Voshage

Datenanalyse mit Stata und SPSS

Im Rahmen diverser Lehrveranstaltungen ist das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AFS) bereits seit einiger Zeit in der Hochschullehre aktiv und vermittelt dort Softwarekenntnisse für die Statistikprogramme Stata und SPSS.

Datenanalyse mit Stata – Erlernen und Anwenden heißt eine Lehrveranstaltung, die von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Referates *Mikrodaten, Analysen, Forschungsdatenzentrum* durchgeführt und im Rahmen des Career Center der Humboldt-Universität zu Berlin angeboten wird. Die seit dem Wintersemester 2013/2014 jedes Semester durchgeführte Lehrveranstaltung zielt darauf ab, den Studierenden ein grundlegendes Verständnis der Statistiksoftware Stata zu vermitteln, um diese künftig selbstständig beim Anfertigen wissenschaftlicher Abschluss- oder Qualifizierungsarbeiten und der Analyse komplexer Datenmengen anwenden zu können. Anhand von CAMPUS-Files der Forschungsdatenzentren (FDZ) der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder lernen die Studierenden die Grundlagen von Datenmanagement und deskriptive Analysen (Häufigkeitstabellen, Grafiken) mit Hilfe von Stata kennen. Zudem werden erste Einblicke in Korrelations-, Regressions- und Panelanalysen sowie das Erstellen von Karten gegeben. Begleitend zur Lehrveranstaltung verfassen die Studierenden eine Hausarbeit, in der sie eine Forschungsfrage mit Hilfe von Stata bearbeiten. Zudem werden die Ergebnisse während der Lehrveranstaltung präsentiert. Die Studierenden bekommen somit direkt die Möglichkeit, das erlernte Wissen anzuwenden und zu vertiefen.

Darüber hinaus führt das AFS in Kooperation mit der Statistischen Beratungseinheit der Freien Universität Berlin (fu:stat) seit dem Sommersemester 2010 einen zweitägigen Stata-Kompaktkurs durch, an dem sowohl Studierende als auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anderer Universitäten teilnehmen können. In dem jedes Semester stattfindenden Kurs wird in acht Lerneinheiten das Arbeiten mit der Statistiksoftware Stata anhand von CAMPUS-Files der FDZ vermittelt. Durchgeführt wird dieser Kurs ebenfalls von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Referates *Mikrodaten, Analysen, Forschungsdatenzentrum* des AFS.

In den Jahren 2013 bis 2015 unterstützte das AFS zudem die Best-Sabel-Hochschule Berlin bei der Durchführung des Moduls Wirtschaftsmathematik – Statistik – SPSS. Auch hier wurde den Studierenden anhand von CAMPUS-Files vertieftes Wissen über die Anwendungsgebiete der Statistiksoftware SPSS

vermittelt. Inhaltlich wurden im Rahmen dieses Moduls die Grundlagen der Datenaufbereitung dargestellt und statistische Grundbegriffe erläutert. Weiterhin wurden die vielfältigen Datenselektions- und Modifikationsmöglichkeiten der Software vorgestellt und anschließend von den Studierenden angewendet. Darauf aufbauend wurde aufgezeigt, welche Möglichkeiten zur Veränderung von Datentabellen und Grafiken bestehen, um diese individuellen Bedürfnissen anzupassen. Den Studierenden wurden so die Kenntnisse vermittelt, häufig verwendete statistische Analyseverfahren und Kennziffern zu verstehen und anzuwenden sowie erzeugte Ergebnisse in grafischer und tabellarischer Form für die eigenen Publikationen aufzubereiten.

In allen dargestellten Veranstaltungen sind Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den unterschiedlichsten Fachrichtungen, wie Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, aber auch Naturwissenschaften, vertreten. Im Anschluss an jede Lehrveranstaltung bzw. jeden Kurs erfolgt eine Evaluation durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Im Ergebnis werden die Veranstaltungen äußerst positiv bewertet. Auch die Dozentinnen und Dozenten profitieren jedes Mal aufs Neue und lernen stets die Bedürfnisse der verschiedensten Nutzergruppen an eine moderne Statistiksoftware kennen.

Vorlesungsreihe „Die Nutzung der amtlichen Statistik in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“

Im Wintersemester 2016/2017 bietet das AFS bereits zum fünften Mal an der Humboldt-Universität zu Berlin die Lehrveranstaltung *Die Nutzung der amtlichen Statistik in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* an. Es handelt sich dabei um eine Vorlesungsreihe mit praxisbezogener Übung im Rahmen des Projekts Teilzeitstudium Wirtschaftswissenschaften des *bologna.lab*¹. Die Studierenden dieses Kurses kommen vor allem aus den Bereichen der Volks- und Betriebswirtschaftslehre, aber auch angehende Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler und Wirtschaftspädagoginnen und -pädagogen sind an dieser Veranstaltung interessiert.

¹ Das *bologna.lab* ist ein fakultätsübergreifendes Lehr- und Lernlabor mit den Schwerpunkten Forschendes Lernen, Interdisziplinarität, Flexibilisierung und Internationalisierung. Es zielt darauf ab, selbstverantwortliches, wissenschaftliches

und forschendes Lernen von Studierenden zu unterstützen. Nähere Informationen finden sich unter: <https://www.hu-berlin.de/de/einrichtungen-organisation/verwaltung/bolognalab/>.

Motivation und Ziel

Der wichtigste Grund für die Ein- und Durchführung der Lehrveranstaltung ist, dem wissenschaftlichen Nachwuchs den Umgang mit amtlichen Daten zu vermitteln und sie mit deren Möglichkeiten, aber auch Grenzen, vertraut zu machen. Universitäre Veranstaltungen im Bereich Statistik bestehen in erster Linie aus der Vorstellung theoretischer Methoden. Die für Übungen verwendeten Daten sind meistens vorgegeben und „perfekt“, d. h. alle benötigten Informationen zur Beantwortung der gestellten Aufgabe sind vorhanden. Dass echte Daten im Studium bisher nicht oder nicht ausgeprägt verwendet wurden, zeigen Aussagen von Studierenden, zum Beispiel: „Ich habe zwei Datensätze, aber wie bekomme ich die jetzt zusammen?“

Ein weiterer Grund für die Durchführung der Vorlesungsreihe ist, dass die Studierenden zwar wissen, dass es Daten der amtlichen Statistik gibt, sie aber kaum wissen, woher diese kommen, wie sie erhoben werden und wo sie diese überhaupt finden können. Um dieses grundlegende Wissen zu stärken, wurde die Vorlesungsreihe *Die Nutzung der amtlichen Statistik in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* initialisiert.

Die insgesamt 16 Termine teilen sich in zwei inhaltliche Blöcke:

- Ringvorlesung: Referatsleiterinnen und Referatsleiter sowie Referentinnen und Referenten des AfS stellen die Strukturen und Arbeitsweisen der amtlichen Statistik vor.
- Forschungsprojekt: Die Studierenden bearbeiten eine selbst gewählte Forschungsfrage, die in zwei Vorträgen und einer Hausarbeit bearbeitet wird. Seit dem Wintersemester 2015/2016 betreut die ehemalige Präsidentin des AfS, Prof. Dr. Ulrike Rockmann, die Forschungsarbeiten.

Ringvorlesung

Im theoretischen Teil der Vorlesung werden verschiedene Statistiken, wie beispielsweise die Bevölkerungsfortschreibung, Bildungsstatistiken oder die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen von den entsprechenden Fachreferaten vorgestellt. Im Zentrum stehen dabei die Benennung und Erläuterung der erhobenen Merkmale, das Vorgehen bei der Erhebung und das Aufzeigen von Grenzen dieser Statistiken.

Neben den Fachstatistiken werden auch Informationen zum Qualitätsmanagement in der amtlichen Statistik (Code of Practice), zur Geheimhaltung, zu den FDZ und zu Möglichkeiten der europaweiten Datenrecherche innerhalb des Statistischen Verbunds gegeben.

Auch die Einweisung der Studierenden in eine ihnen meist unbekannte Software zur Kartenerstellung ist seit Kurzem Teil des Vorlesungsprogramms. Ziel ist, dass sich die Studierenden in ein neues Programm selbstständig einarbeiten und am Ende der Vorlesung eine thematische Karte von Berlin oder Brandenburg erstellen.

Forschungsarbeiten der Studierenden

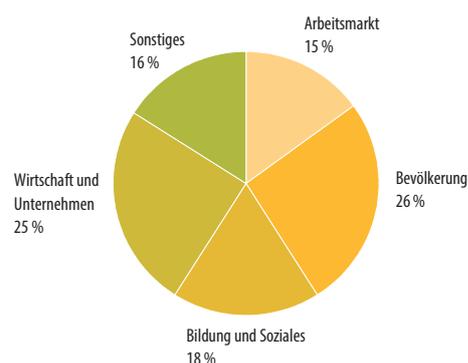
Im praktischen Teil der Vorlesungsreihe sind die Studierenden selbst gefragt. Sie sollen ein Forschungsprojekt selbstständig durchdenken und umsetzen: von der Findung eines Themas über die Formulierung mindestens einer Forschungsfrage, die eigenständige Recherche der passenden Daten und die Datenauswertung mit den passenden Methoden bis hin zur Ergebnismündigkeit der Ergebnisse in der Forschungsarbeit stellen die Studierenden ihre Themen in zwei Vorträgen vor. Im ersten Vortrag sollen die Motivation für das Thema sowie die vermutlichen Ergebnisse der aufgestellten Forschungsthemen kurz erläutert werden. In einem zweiten Vortrag werden neben den ersten Analyseergebnissen auch aufgetretene Schwierigkeiten und die dafür gefundenen Lösungsvorschläge präsentiert.

Abbildung a zeigt eine Übersicht der Themenschwerpunkte, welche die Studierenden in den letzten vier Jahren gewählt haben, nach den in der Überschrift verwendeten Kernbegriffen. Die Kernbegriffe des Titels wurden einzelnen Themenkomplexen zugeordnet und ausgezählt. Somit wird die Forschungsarbeit zu *Kriminalität in Abhängigkeit von Arbeitslosigkeit und Einkommen* beispielsweise sowohl im Bereich Arbeitsmarkt (Arbeitslosigkeit, Einkommen) als auch im Bereich Sonstiges (Kriminalität) gezählt.

Nachfolgend einige Beispiele bereits gewählter Forschungsthemen:

- Die Entwicklung des Tourismus in Berlin im Vergleich zu Hamburg
- Die Lebensqualität von Kindern in Berliner Bezirken (im Jahr 2014)
- Existiert ein statistischer Zusammenhang zwischen der Wahl der weiterführenden Schule der in Deutschland lebenden Kinder im Berichtsjahr 2011 und dem Bildungsstand derer Eltern?
- Preisentwicklung auf dem Berliner Immobilienmarkt und Prognose
- Wie entwickelte sich die Bildungsbeteiligung von ausländischen Jugendlichen im Berufsbildungssystem von 1993 bis 2011?

a | Themenschwerpunkte der Forschungstitel gruppiert nach Kernbegriffen



- Wie gestaltete sich die Preisentwicklung für Güter des täglichen Bedarfs von der Wende bis heute und welchen Einfluss hatte dabei die Euro-Umstellung auf die Preise?

Im Wintersemester 2015/2016 erhielten die Studierenden mit den besten Leistungen die Möglichkeit, ihre Seminararbeiten verkürzt als Fachbeiträge in der Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg zu veröffentlichen. Die Beiträge sind auf den Seiten 18-41 abgedruckt, die ungekürzten Hausarbeiten können auf Anfrage bereitgestellt werden.

EMOS

Die beiden Lehrveranstaltungen des AfS – *Datenanalyse mit Stata – Erlernen und Anwenden* sowie *Die Nutzung der amtlichen Statistik in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* – sind ab dem Wintersemester 2016/2017 Teil des Berliner Master of Science in Statistics. Dieses gemeinsame Masterprogramm der Freien Universität Berlin, der Humboldt-Universität zu Berlin, der Technischen Universität Berlin und der Charité Berlin wurde Mitte 2016 mit dem EMOS-Label ausgezeichnet. EMOS steht für das Projekt European Master in Official Statistics, das der Ausschuss für das Europäische Statistische System (AESS) am 21. Mai 2015 ins Leben rief.²

² Vgl. Zwick, Markus (2015): EMOS – Der European Master in Official Statistics. In: *Wirtschaft und Statistik* 5/2015, S. 11-19.

Die EMOS-Zertifizierung, die Motivation der Beteiligten sowie die Vorteile sowohl für die teilnehmenden Hochschulen als auch für das AfS sind ebenfalls Thema des Fachgesprächs zwischen Prof. Dr. Ulrich Rendtel (Freie Universität Berlin) und Rudolf Frees (komm. Vorstand des AfS) auf S. 13.

Mit der Eingliederung der beiden Veranstaltungen in das Masterprogramm trägt das AfS maßgeblich dazu bei, die erforderlichen inhaltlichen Voraussetzungen an eine EMOS-Zertifizierung zu erfüllen. Weiterhin wird das AfS mit diesen Aktivitäten seiner Rolle gerecht, als aktiver Wissensvermittler in der Hochschullehre zu fungieren, das große Potenzial amtlicher Daten für die Wissenschaft zu beleuchten sowie die Außenwahrnehmung der amtlichen Statistik an den Hochschulen zu verbessern.

Mark Hoferichter ist Referent im Referat *Zensus* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg und hielt das SPSS-Seminar.

Matthias Klumpe ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Referat *Mikrodaten, Analysen, Forschungsdatenzentrum* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg und leitete das Seminar *Datenanalyse mit Stata – Erlernen und Anwenden*.

Verena Kutzki ist Referentin im Referat *Zensus* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg und organisiert im AfS die Durchführung der Vorlesungsreihe.

Ramona Voshage leitet das Referat *Mikrodaten, Analysen, Forschungsdatenzentrum* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg und ist im Statistischen Verbund Teilnehmerin des Bund-Länder-Workshops *Präsenz an Hochschulen*.

Fachgespräch mit Prof. Dr. Ulrich Rendtel (FU Berlin) und Rudolf Frees (AfS)

- „Die Verleihung des EMOS-Zertifikats für den Berliner Masterstudiengang in Statistik erhöht die Attraktivität.“



Prof. Dr. Ulrich Rendtel leitet die Professur für Statistik an der Freien Universität Berlin (FU Berlin).



Rudolf Frees ist kommissarischer Vorstand des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS).

Mit weiteren Berliner Fakultäten bewarben sich die FU Berlin und das AfS um eine Zertifizierung des hochschulübergreifenden Studiengangs *Master of Science in Statistics* als europäischer Studiengang.

Seit Juli 2016 ist der Studiengang *Master of Science in Statistics* für den *European Master in Official Statistics (EMOS)* bis 2020 akkreditiert. Was ist EMOS und was bedeutet diese Zertifizierung für die Statistikausbildung an der FU Berlin?

| Rendtel: EMOS ist eine Initiative von Eurostat. Das Label wird vom European Statistical System (ESS) vergeben. EMOS ist ein spezielles Zertifikat für Absolventinnen und Absolventen bereits existierender Masterstudiengänge. Es bescheinigt, dass die Studierenden sich intensiv mit der amtlichen Statistik auseinandergesetzt haben und eine Masterarbeit in Zusammenarbeit mit einem Statistischen Amt oder einer ähnlichen Institution angefertigt haben. Der Erwerb eines EMOS-Zertifikats durch unsere Absolventinnen und Absolventen signalisiert dem Arbeitsmarkt, dass sich die Bewerber intensiv mit der Datenproduktion, ihren Möglichkeiten, aber auch ihren Restriktionen in einem Statistischen Amt beschäftigt haben. Gleichzeitig profitieren die Statistischen Ämter von einer Verstärkung der Kooperation mit der universitären Ausbildung.

Insbesondere das sogenannte EMOS-Core-Modul, das die Spezifika der amtlichen Datenproduktion darstellt, ist eine Neuerung für die akademische Ausbildung. Die Verleihung des EMOS-Zertifikats für den Berliner Masterstudiengang in Statistik erhöht die Attraktivität im Wettbewerb mit alternativen Programmen und sie stärkt intern das Spezialisierungsgebiet Survey Statistik. Gleichzeitig fördert es die nationale und internationale Kooperation mit anderen Institutionen, die ebenfalls das EMOS-Label vergeben. Eine Kooperation beim Austausch von Lehrveranstaltungen wird ja teilweise schon praktiziert.

Mit welcher Motivation hat das AfS seine Bereitschaft erklärt, einen aktiven Part in der Statistikausbildung einzunehmen und bei der Zertifizierung des Studiengangs mitzuwirken?

| Frees: Die amtliche Statistik kommt an den Hochschulen zu wenig vor. Unter anderem wünschen wir uns bei Bewerbungen um Positionen im höheren Dienst mehr und bessere Kenntnisse der Aufgabengebiete, der Arbeitsweise und der ange-

wandten Methoden der amtlichen Statistik. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben sich vorgenommen, die Präsenz an den Hochschulen zu verbessern, damit das Angebot und die Nutzungsmöglichkeiten der vielfältigen Daten der amtlichen Statistik noch bekannter werden. Bei der wissenschaftlichen Nutzung haben wir mit den Forschungsdatenzentren (FDZ) große Fortschritte erzielt und einen wichtigen Beitrag zur internationalen Konkurrenzfähigkeit der deutschen empirischen Forschung geleistet. Dieses Datenangebot stellen wir in nahezu jedem Semester an verschiedenen Lehrstühlen vor. Durch eine Ringvorlesung an der Humboldt-Universität zu Berlin geben wir den Studierenden Einblicke in die Arbeitsweise der amtlichen Statistik. EMOS geht einen Schritt weiter. Mit Prof. Rendtel gibt es seit einigen Jahren einen intensiven Kontakt und fachlichen Austausch. Als wir von Prof. Rendtel angesprochen wurden, konnte recht schnell eine gemeinsame Bewerbungsbasis gefunden werden.

| *Rendtel*: Die institutionelle Zusammenarbeit mit einem Statistischen Amt oder einer vergleichbaren Institution ist eine notwendige Voraussetzung für die EMOS-Zertifizierung. Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist für uns besonders attraktiv: zum einen lassen sich Bezüge zur Stadt Berlin und seinem Umland für die Studierenden der Berliner Universitäten besonders leicht vermitteln, zum anderen gab es in der Vergangenheit schon einige erfolgversprechende Kooperationsprojekte, die auch zu Publikationen in internationalen Fachjournalen geführt haben, zum Beispiel über die Verteilung von Einwohnern mit Migrationshintergrund im Berliner Stadtgebiet. Die angesprochene Ringvorlesung stellt eine Erweiterung des Standard-Lehrangebots dar.

Warum hat sich die FU Berlin dafür entschieden, an der zweiten Bewerbungsrunde teilzunehmen? Und was unterscheidet sie von der ersten Runde?

| *Rendtel*: Der Studiengang hatte an der ersten Bewerbungsrunde unmittelbar nach der Etablierung von EMOS teilgenommen. Allerdings war eine institutionelle Kooperation mit dem AfS noch nicht unter Dach und Fach. Das haben wir bis zur zweiten Bewerbungsrunde erfolgreich nachgeholt. Aber auch das EMOS-Team hat aus der ersten Ausschreibung gelernt und gewisse Anforderungen modifiziert. So hat man die Forderung nach einem EMOS-Core-Modul im Umfang von 12 ECTS zugunsten eines allgemeinen Lernzielkatalogs geändert. Schließlich wurde auch die Unterrichtssprache freigestellt; zu Beginn wurde noch ein ausschließlich englischsprachiges Programm gefordert. Angesichts der vielen nationalen Besonderheiten ist die Verwendung der nationalen Begriffe im Unterricht aber naheliegend.

Warum braucht es überhaupt einen Europäischen Master in Official Statistics?

| *Frees*: Die amtliche Statistik ist schon lange auch eine europäische Angelegenheit. Von den Statistischen Ämtern der Länder werden 110 europäische Statistiken durchgeführt. Die Statistischen Ämter arbeiten im Europäischen Statistischen System (ESS) zusammen. Vor diesem Hintergrund ist eine europäische Ausrichtung nur folgerichtig.

| *Rendtel*: Sehr viele Surveys werden heute europaweit durchgeführt, zum Beispiel EU-SILC, die europäische Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen oder der European Household Finance and Consumption Survey über die Vermögensbestände privater Haushalte. Da liegen innereuropäische Vergleiche auf der Hand und es ist sinnvoll, die unterschiedlichen Arbeits- und Rahmenbedingungen in den Ländern der europäischen Gemeinschaft zu kennen. Zum anderen ist der Austausch von Unterrichtseinheiten in diesem hochspezialisierten Segment sinnvoll.

Welche Veränderungen kommen auf die Studierenden zu? Welche Vorteile haben sie von dieser Zertifizierung?

| *Rendtel*: Studierende, deren Studienprofil die Kriterien von EMOS erfüllt, erhalten zusätzlich zu ihrem Abschluss ein EMOS-Zertifikat. Dieses wird ihre Chancen bei einer Bewerbung im Umfeld der amtlichen Statistik erhöhen. Weiterhin ergibt sich im Rahmen der Kooperation mit dem AfS ein erweiterter Datenzugang, der umfassender ist als der über das FDZ. Damit können spannende Themen bearbeitet werden, beispielsweise könnte überprüft werden, ob Analysen von aus Datenschutzgründen vergrößerten georeferenzierten Daten dennoch zu aussagekräftigen Ergebnissen führen.

| *Frees*: Auch das AfS sieht Vorteile, insbesondere in Bezug auf eine stärkere Verbindung zur Wissenschaft und die Nachwuchsausbildung. Die Masterstudierenden bearbeiten Themen nicht nur mit den von uns erzeugten Daten, was sie auch gut in den FDZ könnten, sondern innerhalb des Statistischen Amtes. Dadurch gewinnen sie tiefe Einblicke in die Arbeitsweise zur Erhebung, Prüfung, Korrektur und Qualitätssicherung, die sonst kaum zu vermitteln wären. Wir versprechen uns insbesondere gut ausgebildete Nachwuchsstatistiker mit diesem speziellen Profil, aber auch die Möglichkeit, Themen wissenschaftlich bearbeiten zu können, die sonst möglicherweise nicht bearbeitet werden könnten, da die personellen Ressourcen nicht zur Verfügung stehen.

Wann werden die EMOS-Module an der FU Berlin eingeführt? Was beinhalten sie?

| *Rendtel*: Die schon angesprochene Ringvorlesung „Die Nutzung der amtlichen Statistik in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften“ wird für den Masterstudiengang Statistik geöffnet. Dies wird ab dem kommenden Wintersemester 2016/2017 geschehen. Gegenstand der Veranstaltung sind zum einen die Vermittlung von Kenntnissen der Produktion von Daten, ihre Editierung und die Einhaltung des Datenschutzes bei der Auswertung. Zum anderen sollen diese Konzepte auf ganz konkrete Datensätze angewendet werden. Dieser praktische Teil in Form von Präsentationen und Hausarbeiten wird von Prof. Ulrike Rockmann betreut. Ein weiteres EMOS-Modul ist die Vermittlung von STATA-Software-Kenntnissen in einer Lehrveranstaltung, die bereits seit einigen Jahren erfolgreich durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des AfS durchgeführt wird. Allerdings

wird sich auch das allgemeine Studienangebot des Studiengangs in Richtung EMOS bewegen: Beispielsweise werden wir ab dem Wintersemester eine neue Lehrveranstaltung zum Thema Armutsindikatoren und ihre Schätzung anbieten. Der Schwerpunkt Survey Statistik verfügt schon jetzt über ein breites Angebot an EMOS-relevanten Veranstaltungen.

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit dem AFS? Warum ist die Zusammenarbeit für Sie wichtig? Was erwarten Sie?

| *Rendtel:* Wir haben in dem Kooperationsvertrag eine Reihe von Themen fixiert, die von gegenseitigem Interesse sind: die Darstellung von regionalen Unterschieden über Karten, Small Area-Verfahren und die Behandlung von georeferenzierten Daten im Rahmen des Datenschutzes. Der allgemeine Rahmen erleichtert die Durchführung dieser speziellen Vorhaben deutlich. Unsere bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die Anwendung innovativer statistischer Methodik auf interessante Daten auch durchaus „Hunger auf mehr“ gemacht hat, und zwar sowohl auf Seiten der amtlichen Statistik als auch auf der akademischen Seite. Auch hat sich das gegenseitige Verständnis für die jeweiligen Bedürfnisse verbessert. Nicht zuletzt spielt auch das persönliche Kennen der Akteure eine hilfreiche Rolle. In dieser Richtung hoffen wir ein gutes Stück voranzukommen.

| *Frees:* Uns ist ebenfalls sehr an einer engen und gut verzahnten Zusammenarbeit gelegen.

Sind weitere Partner beteiligt?

| *Rendtel:* In Deutschland sind die Universitäten Bamberg, Dortmund, die Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) sowie die Universität Trier am EMOS-Programm beteiligt. Mit Bamberg und Trier besteht schon seit Jahren ein Austausch von Lehrveranstaltungen über Videokonferenzen. Basis ist hier der gemeinsame Studiengang Survey Statistik. Die Universität Dortmund und die LMU verfügen als einzige Universitäten in Deutschland über einen ganzen Statistik-Fachbereich. Ihr Eintritt in das EMOS-Programm ist daher von besonderer Bedeutung. Im deutschsprachigen Raum sind noch die Universitäten Wien und Linz an dem EMOS-Programm beteiligt. Wir wollen mit diesen Partnern ausloten, inwieweit wir die EMOS-spezifischen Teile koordinieren können. Beispielsweise könnte man die Themen für Masterarbeiten austauschen. International sind insgesamt 20 Universitäten am EMOS-Programm beteiligt; mit Southampton, Helsinki, Florenz und Pisa bestehen direkte Forschungskontakte.

Entwicklungen in der amtlichen Statistik

Novellierung des Hochschulstatistikgesetzes

von Erika Eitfeld

Zielsetzung

Hauptaufgabe der Hochschulstatistik ist die Bereitstellung von umfangreichen Informationen für die Hochschulpolitik und -planung. Hierfür werden unter anderem Daten zu den Studierenden und Abschlussprüfungen, zum Hochschulpersonal und zu den Finanzen der Hochschulen erfasst. Auch die Bildungsberichterstattung auf nationaler und internationaler Ebene basiert auf den Daten der Hochschulstatistik. Zum 2. März 2016 wurde das der Hochschulstatistik zugrunde liegende Gesetz (HStatG)¹ umfassend novelliert und gilt jetzt auch für die Statistik an Berufsakademien. Eine Änderung des HStatG war aus folgenden Gründen notwendig:

- Die Hochschullandschaft hat sich in den vergangenen Jahren seit der Einführung der gestuften Studiengänge grundlegend verändert und konnte mit dem bisher geltenden Hochschulstatistikgesetz nicht mehr ausreichend abgebildet werden. Insbesondere Aussagen zu Übergängen zwischen den Bachelor- und Masterstudiengängen konnten nach bisher geltendem Recht nicht ausreichend getroffen werden.
- Die Lieferverpflichtung gegenüber dem Statistischen Amt der Europäischen Union konnte wegen der fehlenden Rechtsgrundlage nicht hinreichend erfüllt werden. Das betraf vor allem Daten zur Promotionsphase, zu Studienverläufen und Auslandsaufenthalten sowie zu Berufsakademien.
- Die Förderung junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler während und nach der Promotionsphase und die wachsende Bedeutung der verschiedenen Wege zur Erlangung einer Promotion wurden in der Statistik nicht ausreichend abgebildet.

Wesentliche Änderungen

• Erhebung zusätzlicher Merkmale in der Studierenden- und Prüfungsstatistik

Um die Mobilität der Studierenden innerhalb Deutschlands und im Ausland besser messen und differenzieren zu können, werden beispielsweise Daten zum Ort bzw. Staat (im Fall eines Auslandsstudiums) der angestrebten Abschlussprüfung und zur Hochschule bzw. zum Staat der bereits früher abgelegten Abschlussprüfungen erhoben. In der Prüfungsstatistik werden die an der Hochschule erreichten und zusätzlich die anderweitig für den Studiengang anerkannten ECTS-Punkte (European Credit Transfer and Accumulation System) in die Statistik aufgenommen. Diese messen die zeitliche Gesamtbelastung der Studierenden, einschließlich der Nachbereitung des Lehrstoffs und der Prüfungsvorbereitungen. Zur besseren Wiedergabe der Mobilität der Studierenden sollen auch Daten

zu studienbezogenen Auslandsaufenthalten nach Art und Dauer erhoben werden. Ein weiteres neues Merkmal von zentraler Bedeutung ist die Regelstudienzeit. Sie spielt für die Planung der Hochschulkapazitäten, die Ressourcenausnutzung und für die Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz eine große Rolle.

Einige Hochschulen haben neben dem Hauptsitz weitere Standorte in anderen Kreisen oder Bundesländern, z. B. hat die Berliner Technische Kunsthochschule neben dem Hauptstandort in Berlin noch Standorte in Iserlohn und Hamburg. Für die regionale Bildungspolitik und auch für den Nachweis der Mobilität der Studierenden ist eine kreisgenaue Erfassung der Studierenden nötig, daher ist die Erfassung der Studierenden nach den einzelnen Standorten nun im Gesetz verankert.

• Erhebung zusätzlicher Merkmale in der Hochschulpersonalstatistik

Die Hochschulpersonalstatistik ist unter anderem wichtig für die Beobachtung der Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses. So sollen zukünftig Angaben zur Qualifikation des Hochschulpersonals erhoben werden, wie zum Beispiel Art, Jahr und Ort des höchsten Hochschulabschlusses, laufende Qualifizierungsverfahren und Vorqualifikation bei der Erstberufung zur Professur. Um die Chancengleichheit von Frauen in Führungspositionen besser messen zu können, werden das Merkmal „Position in der Hochschulleitung“ und eine Statistik zur Zusammensetzung von Hochschulräten eingeführt.

• Einführung einer Promovierendenstatistik

Statistische Daten zu Promovierenden sind unverzichtbar, wenn über den wissenschaftlichen Nachwuchs berichtet wird. Bisher wurden nur die immatrikulierten Promovierenden in der Studierendenstatistik erfasst. Durch eine Registrierung an der Hochschule sollen künftig Daten zu allen Promovierenden, einschließlich der nicht immatrikulierten, einmal jährlich erhoben werden. Neben den Merkmalen zur Person (Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Geburtsdaten, Hochschulzugangsberechtigung) werden Daten zur Art der Promotion, zur Immatrikulation und zum Beschäftigungsverhältnis an der Hochschule erhoben.

• Einführung einer Studienverlaufsstatistik und Schaffung einer zentralen Auswertungsdatenbank

Durch eine Verlaufsstatistik soll der Studienverlauf über das gesamte Studium von der ersten Einschreibung an einer Hochschule bis zur abgelegten Abschlussprüfung und ggf. einer Promotion darstellbar werden. Es wird mithilfe bestimmter laut

HStatG festgelegter Merkmale aus der Studierenden- und Prüfungsstatistik und der Hilfsmerkmale gemäß § 9 HStatG ein eindeutiges verschlüsseltes und nicht zurückverfolgbares Pseudonym erstellt. Nur die Datensätze mit den Pseudonymen werden in der Verlaufsdatenbank aufbewahrt. Hierzu soll ein Verfahren entwickelt werden, das den Anforderungen des Datenschutzes entspricht.

Mit der vollständigen Datenerhebung auch in den Sommersemestern kann der Studienverlauf nun mit ausgewählten Merkmalen der Studierenden-, Prüfungs- und Promovierendenstatistik semesterweise abgebildet werden. Bisher wurden in den Sommersemestern nur die Datensätze der Studienanfänger und Exmatrikulierten erhoben und aufbereitet.

Für die Hochschulpolitik, -planung und -steuerung sowie für die Bildungsberichterstattung werden relevante und belastbare Informationen über die Hochschulen benötigt. Die Schaffung einer flexiblen Auswertungsdatenbank ermöglicht eine kurzfristige und bedarfsgerechte Erstellung von Standard- und Sonderauswertungen. Das Statistische Bundesamt und die Statistischen Landesämter dürfen die Datenbank für Auswertungen in ihrem Zuständigkeitsbereich nutzen.

In diese Auswertungsdatenbank soll der gesamte Merkmalskatalog aller Hochschulstatistiken (Studierende, Prüfungen, Hochschulpersonal, Promovierende, Habilitierte und Hochschulfinanzen) aufgenommen werden. So sind flexible Auswertungsmöglichkeiten in niedriger Aggregationsstufe gegeben und alle Statistiken können miteinander kombiniert werden, zum Beispiel um Kennziffern wie Betreuungsrelationen, Promotionsquoten, laufende Ausgaben je Studierenden oder je Professur zu berechnen. Studienverlaufsuntersuchungen können anhand dieser Auswertungsdatenbank nicht durchgeführt werden, da die Pseudonyme, welche für die Verlaufsdatenbank erstellt werden, aus Datenschutzgründen nicht in die Auswertungsdatenbank übernommen werden.

Schrittweise Einführung der neuen Merkmale und Erhebungen

Die Umsetzung der genannten Änderungen stellt sowohl für die Hochschulverwaltungen und IT-Dienstleister an den Hochschulen als auch für die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder eine Herausforderung dar. Zum einen müssen an den Hochschulen die neu geforderten Merkmale für alle Studierenden, Promovierenden und Beschäftigten erhoben werden, zum anderen müssen die technischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass diese Daten in die Verwaltungsprogramme der Hochschulen eingepflegt werden können und dort schon eine einfache Plausibilisierung durchgeführt werden kann. Laut geändertem

Hochschulstatistikgesetz gibt es keine Unterschiede beim Merkmalsumfang zwischen den sogenannten Bestandsstudierenden und den Studienanfängern bzw. Neuzugängen, ebenso nicht zwischen dem vorhandenen Personal und Neueinstellungen. Nacherhebungen durch die Hochschulverwaltungen in Zeiten knapper personeller und finanzieller Ressourcen sind daher unumgänglich. Die Statistischen Landesämter haben hierbei eine anleitende und unterstützende Funktion.

Auch der Vorbereitungsaufwand in den Statistischen Ämtern ist enorm. Beim Statistischen Bundesamt wurde eine Projektgruppe „Implementierung der Novellierung des Hochschulstatistikgesetzes“ gegründet, die Entwürfe von Datensatzbeschreibungen, Definitionen und Merkmalsausprägungen sowie Vorschläge zur Umsetzung der Verlaufsstatistik und der Auswertungsdatenbank erarbeitet und deren Umsetzungsmöglichkeiten unter Beachtung des Datenschutzes prüft. Gleichzeitig werden die Vorgaben für die Plausibilisierung angepasst bzw. neu ausgearbeitet. Danach werden diese in die bestehenden Programme implementiert bzw. für die neuen Statistiken neu erstellt.

Die Umsetzung der umfangreichen Änderungen kann bei den Hochschulen und den Statistischen Ämtern aus den genannten Gründen nicht gleichzeitig und nicht sofort für alle Statistiken geschehen. Es ist vorgesehen, das Gesetz schrittweise einzuführen. Zuerst sollen zum Stichtag 1. Dezember 2016 die neuen Merkmale in der Personalstatistik erhoben werden. Mit Beginn des Sommersemesters 2017 sollen erstmals die neuen Merkmale der Studierendenstatistik und am Ende des Sommersemesters 2017 die neuen Merkmale der Prüfungsstatistik erhoben werden. Die neuen Erhebungen zu den Promovierenden, zu den Hochschulräten und Berufsakademien erfolgen erstmalig Ende 2017 für das Berichtsjahr 2017. Die Verlaufsstatistik und die Auswertungsdatenbank werden sukzessive aufgebaut. Einziger Minderaufwand gegenüber der vorherigen Fassung des Hochschulstatistikgesetzes ist der Wegfall der Statistik zu den Personalstellen an den Hochschulen. Diese Erhebung hatte durch die Umstellung vieler Hochschulen auf Globalhaushalte und die zunehmende Finanzierung der Hochschulen über Drittmittel in den vergangenen Jahren an Bedeutung verloren.

Der Mehraufwand im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) ist noch nicht endgültig einzuschätzen, jedoch wesentlich abhängig von der Lieferdisziplin der Hochschulen und der Qualität der gelieferten Daten. Es ist anzunehmen, dass in den ersten Erhebungen nach Verkündung des neuen HStatG Datenlücken entstehen werden, da die Hochschulverwaltungen eventuell nicht in der Lage sein werden, für alle neuen Merkmale lückenlos Nacherhebungen durchzuführen und diese Daten in ihre Verwaltungsprogramme einzupflegen. Bei der Umsetzung des HStatG werden die Hochschulverwaltungen durch das Sachgebiet Hochschulstatistik im AfS aktiv unterstützt.

Erika Eltfeld leitet das Sachgebiet Hochschulstatistik im Referat Bildung, Bildungsanalysen, Gesundheitswesen im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

¹ Gesetz über die Statistik für das Hochschulwesen sowie für Berufsakademien vom 2. November 1990 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 2. März 2016 (BGBl. I S. 342)

Zensus

▣ Berlin – Hauptstadt der Toleranz?

Eine Datenanalyse zu gesellschaftlichen Spannungsfeldern im innerdeutschen Vergleich

von Ursula Berresheim, Georg Händel und Nina Hauser

Toleranz ist eine Grundbedingung der Partizipation und damit elementar für die wirtschaftliche und private Entfaltung der Individuen. Toleranz findet sich im übertragenen Sinn auch in den Normen des Grundgesetzes (GG). So verbietet Art. 3 II, III GG die Ungleichbehandlung nach Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat und Herkunft, des Glaubens, religiöser und politischer Anschauungen und die Benachteiligung bei dem Vorliegen einer Behinderung. Die Wichtigkeit von Toleranz für die Gesellschaft selbst wird auch in diversen Meinungsumfragen deutlich. Nur knapp 16 % der Befragten des ALLBUS (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften) 2012 halten dabei Toleranz für ein inferiores Gut, weitere 20 % sind der Wichtigkeit von Toleranz gegenüber neutral eingestellt und eine bedeutende Mehrheit, die verbleibenden 60 %, stuft Toleranz in den oberen Bereichen der Werteskala ein (Abbildung a).

Der Beitrag ist die gekürzte Fassung einer im Wintersemester 2015/2016 im Rahmen der Lehrveranstaltung „Die Nutzung der amtlichen Statistik in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ entstandenen Forschungsarbeit, siehe Beitrag in diesem Heft.¹ Anhand der drei Kategorien Integration von Migrantinnen und Migranten, Aufkommen alternativer Lebensformen und Pflege der künstlerischen Avantgarde wird der Forschungsfrage „Ist Berlin die Hauptstadt der Toleranz?“ analytisch mit Hilfe von Daten der amtlichen Statistik nachgegangen. Zum Vergleich werden die Städte Hamburg, München, Köln und Frankfurt am Main herangezogen.

1. Einleitung

Angelehnt an eine Studie des Roland-Berger-Instituts² zu Toleranz in verschiedenen deutschen Städten, wurden zur Untersuchung der Fragestellung die drei Kategorien Integration von Migrantinnen und Migranten, Aufkommen alternativer Lebensformen und Pflege der künstlerischen Avantgarde gebildet. Untersucht wurden neben Berlin die Städte Hamburg, München, Köln und Frankfurt am Main. Zur Evaluation der Forschungsfrage wird ein Toleranzindikator mit einer Skala von 1 bis 10 erstellt, wobei eine 10 den bestmöglichen Wert darstellt. Bei der Berechnung des Gesamtindikators werden die drei genannten Hauptkriterien herangezogen, die gleichgewichtet in die Berechnung einfließen. Die Kriterien selbst bestehen wiederum aus verschiedenen Merkmalen, die isoliert betrachtet auch als Teil-

indikatoren fungieren. Die gewünschte Normierung der Merkmalsausprägungen auf einer Skala von 1 bis 10 wird mithilfe der in Formel 1 dargestellten linearen Transformation erreicht.

Formel 1 | Lineare Transformation

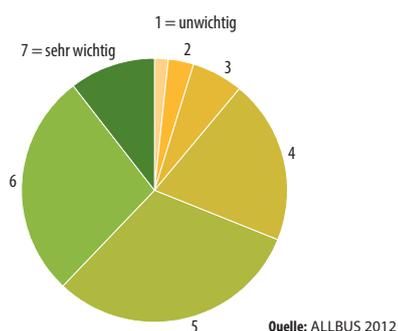
$$M^* = \text{Mu}^* + (M - \text{Mu}) \frac{(\text{Mo}^* - \text{Mu}^*)}{(\text{Mo} - \text{Mu})}$$

Hierzu müssen, um von der ursprünglichen Ausprägung des Merkmals (M) auf einen zwischen eins (Mu*) und zehn (Mo*) normierten Wert (M*) zu gelangen, für das Merkmal ein Höchstwert (Mo) und ein Mindestwert (Mu) festgelegt werden. Ihr normiertes Äquivalent entspricht dann der Obergrenze beziehungsweise Untergrenze der Skala.

2. Integration von Migrantinnen und Migranten 2.1. Wirtschaftliche Integration

Arbeit und wirtschaftliche Tätigkeit stellen notwendige Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens und Fortschritts dar. Die Partizipation an diesen Prozessen und die Stellung, die dabei eingenommen wird, sind zentral für den gesellschaftlichen Status jedes Mitglieds einer Gesellschaft. Folglich stellt Erwerbstätigkeit eine zentrale Dimension struktureller Integration von Migrantinnen und Migranten dar. Darüber hinaus hängt der berufliche Werdegang stark

a | Die Bedeutung von Toleranz



¹ siehe S. 10-12: „Das AFS als aktiver Wissensvermittler in der Hochschullehre“

² Amt für Stadtentwicklung und Statistik Heidelberg, Roland Berger Kreativitätsindex 2008, Statistische Kurzmitteilung, Mai 2009.

von der schulischen Laufbahn ab. Abiturientinnen und Abiturienten haben die Berechtigung zum Besuch einer weiterführenden Hochschule, wohingegen Schulabbrecherinnen und -abbrecher Schwierigkeiten haben, einen Ausbildungsplatz zu finden. Auf Grundlage dieser Überlegungen werden für eine Aussage über die Toleranz einer Stadt im Folgenden die drei Dimensionen Bildung, Arbeitsmarkt und Einkommen von Personen mit und ohne Migrationshintergrund verglichen.

2.1.1. Bildung

Viele Studien zeigen, dass ein starker Zusammenhang zwischen dem Bildungsabschluss und dem Risiko, arbeitslos zu werden, besteht. So zeigt sich, dass Personen ohne Berufsabschluss zu 19,6 % von Arbeitslosigkeit betroffen sind, während unter Hochschul- oder Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen nur eine Arbeitslosenquote von 2,4 % herrscht (Weber und Weber, 2013). Aufgrund dieser engen Verflechtung der Stellung am Arbeitsmarkt und des Bildungsabschlusses werden die Bildungssysteme der verschiedenen Städte auf Intoleranz hin untersucht. Darüber hinaus berechtigt der Abschluss der allgemeinen Hochschulreife zum Zugang zu weiterführenden Bildungseinrichtungen und somit zu sozialem Aufstieg durch Bildung.

Es stellte sich jedoch die Herausforderung, eine über Landesgrenzen hinweg vergleichbare Kennziffer zu finden, da Bildung im Verantwortungsbereich der Länder liegt. Daher wurde als erstes die Schulabbrecherquote von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund unter Berücksichtigung des Anteils der Personen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung der jeweiligen Stadt betrachtet. Weiterhin wurde der Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler an Gymnasien als einzige in allen Städten einheitlich aufzufindende Schulform verglichen.

Die Daten bezüglich der Personen ohne Schulabschluss wurden vom Zensus 2011 bezogen, ebenso der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in der entsprechenden Altersklasse. Die Kommunalbeziehungsweise Landesstatistikämter gaben Auskunft über den Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler.³

Für den ersten Indikatorwert wurde anhand der Gesamtzahl aller Personen ohne Schulabschluss in den betrachteten Städten und der Gesamtzahl aller Personen ohne Schulabschluss mit Migrationshintergrund der prozentuale Anteil der Schulabbrecherinnen und -abbrecher mit Migrationshintergrund ermittelt. Um eine Vergleichbarkeit zwischen den Städten zu erreichen, wurde diese Größe mit dem Migrationsanteil an der Gesamtbevölkerung vergli-

chen. Die sich daraus ergebende Differenz stellt die Grundlage zur Berechnung der Teilindikatorwerte für dieses Merkmal dar, die in Tabelle 1 dargestellt werden. Als weiteres Kriterium für den Bereich Bildung wurde der Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien betrachtet. Tabelle 2 zeigt die Differenz zwischen dem prozentualen Anteil der ausländischen Bevölkerung in der Altersgruppe 10 bis 19 Jahre und dem prozentualen Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler, die ein Gymnasium besuchen. Von dem Umstand, dass der Schulwechsel nach der Grundschule in manchen Ländern zu verschiedenen Klassenstufen erfolgt, wurde hier abstrahiert und angenommen, dass die genannte Altersgruppe das potenzielle Alter einer Gymnasiastin oder eines Gymnasiasten darstellt. Diese Differenz, gemessen in Prozentpunkten, dient wiederum als Grundlage zur Berechnung der Teilindikatorwerte für dieses Merkmal, die ebenfalls in Tabelle 2 aufgeführt werden.

Die über diese Merkmale ermittelten Teilindikatorwerte gehen zu gleichen Teilen in den Indikatorwert für die Dimension Bildung ein, der in Tabelle 3 dargestellt wird.

Es zeigt sich, dass die Stadtstaaten Berlin und Hamburg in dieser Kategorie deutlich am besten abschneiden, während München auf dem letzten Platz rangiert.

2.1.2. Arbeitsmarkt

Es liegen diverse Studien zu systematischer Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten am Arbeitsmarkt vor. So hat der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration im Jahr 2014 eine Studie zur Diskriminierung am Ausbildungsmarkt veröffentlicht. Sie kam zu dem Ergebnis, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund auch bei gleicher Qualifikation schlechtere Chancen auf einen Ausbildungsplatz haben als ihre deutschen Mitbewerberinnen und Mitbewerber (Schneider et al., 2014).

1 | Teilindikatorwerte für das Merkmal „Personen mit Migrationshintergrund ohne Schulabschluss“

Merkmal	Berlin	Hamburg	München	Köln	Frankfurt a. M.
Teilindikatorwert.....	6,45	6,05	5,77	6,33	6,07

2 | Differenz zwischen dem Anteil der ausländischen Bevölkerungsgruppe in der Altersgruppe 10 bis 19 Jahre und dem Anteil der ausländischen Gymnasiasten sowie Teilindikatorwerte für das Merkmal „Anteil am Gymnasium“

Merkmal	Berlin	Hamburg	München	Köln	Frankfurt a. M.
Differenz in %.....	4,0	6,9	14,8	12,4	10,6
Teilindikatorwert.....	8,55	7,48	4,60	5,46	6,11

3 | Indikatorwerte für die Dimension „Bildung“

Merkmal	Berlin	Hamburg	München	Köln	Frankfurt a. M.
Indikatorwert.....	7,50	6,76	5,18	5,90	6,09

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der Bildungsstatistiken 2015 der Statistikämter Berlin-Brandenburg, Frankfurt a. M., Köln, München und Nord sowie des Zensus 2011

³ Der Begriff „Personen mit Migrationshintergrund“ basiert in diesem Fall auf der Definition des Statistischen Bundesamts und umfasst alle Ausländerinnen und Ausländer, eingebürgerte ehemalige Ausländerinnen und Ausländer, alle nach 1949 als Deutsche auf das Gebiet der Bundesrepublik

Deutschland Zugewanderte sowie alle in Deutschland als Deutsche Geborene mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländerin bzw. Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil. Somit umfasst diese Definition Migrantinnen und Migranten der ersten bis dritten Generation.

Im Bereich Arbeitsmarkt wurden drei Dimensionen betrachtet. Einerseits wurde auf Grundlage der Zahlen der Bundesagentur für Arbeit vom November 2015 der absolute Bestand an Arbeitslosen und die Arbeitslosenquoten untersucht. Zum anderen wurden Daten des Zensus 2011 herangezogen, um die Verteilung von Personen mit und ohne Migrationshintergrund nach Berufsklassen zu analysieren.

Für die Analyse der Arbeitslosenquoten wurde die Kennziffer sowohl bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen als auch für Ausländerinnen und Ausländer untersucht. Die zivilen Erwerbspersonen setzen sich dabei aus den abhängig zivilen Erwerbstätigen sowie Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen zuzüglich der registrierten Arbeitslosen zusammen. Ausländerin bzw. Ausländer ist in diesem Fall, wer nicht über einen deutschen Pass verfügt. Wie in Tabelle 4 dargestellt wird, zeigte sich dabei, dass in allen untersuchten Städten unter Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit eine deutlich höhere Arbeitslosigkeit herrscht als unter Deutschen. Um eine Vergleichbarkeit zwischen den Städten zu schaffen, wurde der Quotient aus der Arbeitslosenrate unter Ausländerinnen und Ausländern und der unter allen zivilen Erwerbspersonen gebildet, der wiederum als Grundlage zur Berechnung der Indikatorwerte dient (Tabelle 5).

Es zeigt sich, dass die Arbeitslosenquote unter Ausländerinnen und Ausländern in Hamburg und Köln doppelt so hoch ist, wie die unter allen zivilen Erwerbspersonen. In Frankfurt am Main und München fällt dieser Quotient deutlich kleiner aus. Dementsprechend ergeben sich für Frankfurt am Main und München deutlich höhere Indikatorwerte, als für die anderen Städte. Anzumerken ist, dass in der Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen Ausländerinnen und Ausländer ebenfalls Bestandteil sind, sodass sich für die Erwerbslosenquote für Deutschland gesamt ein noch geringerer Wert ergeben würde. Dieser wird in den Daten der Bundesagentur für Arbeit jedoch nicht gesondert ausgewiesen.

4 | Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen und unter Ausländerinnen und Ausländern

Arbeitslosenquoten bezogen auf	Berlin	Hamburg	München	Köln	Frankfurt a. M.
alle zivilen Erwerbspersonen	10,0	7,1	4,7	8,9	6,4
darunter Ausländer.....	20,7	15,7	8,2	19,1	10,9
Quotient.....	2,07	2,21	1,74	2,15	1,70

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

5 | Teilindikatorwerte für das Verhältnis zwischen Arbeitslosenquote unter Ausländerinnen und Ausländern und allen zivilen Erwerbspersonen

Merkmal	Berlin	Hamburg	München	Köln	Frankfurt a. M.
Teilindikatorwert.....	3,12	2,21	5,21	2,63	5,48

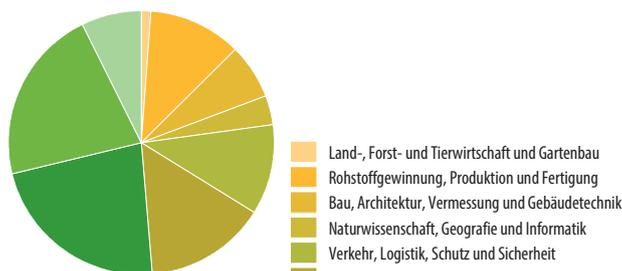
Quelle: Eigene Berechnungen

Als weitere Dimension im Bereich Arbeitsmarkt wurde die Verteilung von Personen mit und ohne Migrationshintergrund nach Berufsklassen betrachtet. Die zugrundeliegenden Daten basieren auf dem Zensus 2011. In Abbildung b und Abbildung c wird deutlich, dass sich die Verteilung sehr unterschiedlich gestaltet. In Berlin beispielsweise zeigt sich, dass deutlich mehr Personen ohne Migrationshintergrund im Bereich Unternehmensorganisation, Recht und Verwaltung tätig sind als Personen mit Migrationshintergrund. Zu diesem Bereich gehören in Berlin vor allem die öffentlichen Verwaltungen. Somit sind Personen mit Migrationshintergrund in dieser Berufsgruppe deutlich unterrepräsentiert, wohingegen sie im Verkauf, Vertrieb und Tourismus deutlich überrepräsentiert sind.⁴

Um eine Vergleichbarkeit zwischen den Städten herzustellen, wurde wiederum der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der gesamten Bevölkerung in den einzelnen Städten betrachtet (Tabelle 6). Den Idealzustand würde eine Situation ergeben, in der der Anteil der Personen ohne Migrationshintergrund in einer Berufsgruppe genau dem Anteil der Personen ohne Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung entspräche. Das Gleiche gilt für Personen mit Migrationshintergrund.

Es zeigt sich, dass Frankfurt am Main die mit Abstand größte Migrationsquote unter den untersuchten Städten aufweist, die Personen aber in vielen Berufsgruppen weniger stark vertreten sind. Um eine größere Aussagekraft der Ergebnisse zu erreichen, wurde von den einzelnen Abweichungen in den verschiedenen Berufsgruppen der Medianwert für jede Stadt ermittelt, welcher wiederum die Grundlage zur Berechnung der Indikatorwerte für dieses Kriterium darstellt. Die Median- und Indikatorwerte sind in Tabelle 7 aufgeführt.

b | Personen in Berlin am 9. Mai 2011 nach Berufsklassen ... ohne Migrationshintergrund



c | ... mit Migrationshintergrund



⁴ Die Einordnung der Berufsklassen erfolgt nach der Klassifikation der Berufe 2010 der Bundesagentur für Arbeit, wobei die hier betrachtete Form die am weitesten gefasste Gruppierung darstellt.

Quelle: Zensus 2011

So ergibt sich für Berlin der geringste Median der Abweichungen und somit der größte Indikatorwert, Frankfurt am Main schneidet am schlechtesten ab. Der Grund könnte sein, dass es in Berlin keinen so sehr stark dominierenden Wirtschaftssektor gibt. Der Dienstleistungssektor, insbesondere der Tourismus, ist zwar sehr bedeutend für die Hauptstadt, jedoch gibt es durch Bundesministerien usw. auch viele Angestellte in den öffentlichen Verwaltungen.

Von den drei vorgestellten Indikatorwerten für den Bereich Arbeitsmarkt wurden die Mittelwerte ermittelt, um einen einheitlichen Indikatorwert in den Gesamtindikator einfließen zu lassen. In Tabelle 8 sind die Indikatorwerte für den Bereich Arbeitsmarkt für die einzelnen Städte dargestellt. Wie sich zeigt, weist Berlin die größte Toleranz auf dem Arbeitsmarkt auf, Köln und Hamburg schneiden am schlechtesten ab. Dies überrascht insofern, als der Berliner Arbeitsmarkt bezogen auf die Arbeitslosenquote von den untersuchten Städten im Allgemeinen am schlechtesten dasteht. Jedoch scheinen sich gute Arbeitsmarktbedingungen nicht immer gleichmäßig auf alle Bevölkerungsgruppen zu verteilen.

2.1.3. Einkommen

Als weitere Dimension wurde der Einkommensunterschied zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund betrachtet. Dieser ergibt sich bereits durch die oben betrachteten Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt, wonach Personen mit Migrationshintergrund tendenziell stärker in Berufsgruppen mit geringer Qualifikation tätig sind. Auch im vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (BMAS, 2013) heißt es, dass eine deutlich höhere Armutsgefährdung bei Personen mit Migrationshintergrund vorliegt.

Die ausgewerteten Daten beruhen auf der Sonderauswertung des Mikrozensus 2011 „Bevölkerung nach Migrationsstatus regional“. In Tabelle 9 werden die Ergebnisse exemplarisch für Berlin dargestellt. Es zeigt sich, dass bei Personen mit Migrationshintergrund ein deutlich größerer Anteil der Haushalte ein Nettoeinkommen unter 1300 EUR erzielt als bei Personen ohne Migrationshintergrund. Weiterführend wurden jeweils die Differenzen zwischen dem Anteil der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund in den jeweiligen Einkommensgruppen ermittelt und das arithmetische Mittel gebildet. Dabei wurde eine Überrepräsentation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den unteren beiden Einkommensklassen bis unter 2000 EUR negativ und eine Überrepräsentation in den oberen Einkommensklassen positiv bewertet. Die Ergebnisse dieser Betrachtung und die entsprechenden Indikatorwerte für die Dimension Einkommensverteilung werden in Tabelle 10 aufgelistet.

Es zeigt sich, dass in München die mittlere Abweichung am geringsten und der Wert für den Indikator dieser Dimension am höchsten ist. Berlin erreicht in dieser Betrachtung den zweitbesten Wert. Frankfurt am Main und Hamburg schließen am schlechtesten ab. Dies bestätigt auch die in Kapitel 2.1.2 erfolgten Beobachtungen zum Arbeitsmarkt, deren Ergebnisse eine ähnliche Tendenz aufweisen. Aus den drei Einzelindikatoren wurde dann der Mittelwert als Gesamtindikator für den Bereich Wirtschaftliche Integration gebildet, der dann in den endgültigen Indikatorwert einfließt (Tabelle 11).

6 | Anteil der Personen mit und ohne Migrationshintergrund in den untersuchten Städten in %

Bevölkerungsanteil	Berlin	Hamburg	München	Köln	Frankfurt a. M.
ohne Migrationshintergrund.....	75,9	71,7	65,7	67,7	55,8
mit Migrationshintergrund.....	24,1	28,3	34,3	32,3	44,2

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Zensus 2011

7 | Median der Abweichungen des Beschäftigtenanteils vom Bevölkerungsanteil und Teilindikatorwerte für das Merkmal „Berufsgruppenverteilung“

Merkmal	Berlin	Hamburg	München	Köln	Frankfurt a. M.
Median.....	1,94	4,99	4,05	6,41	7,48
Teilindikatorwert.....	8,51	6,18	6,90	5,09	4,28

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Zensus 2011

8 | Indikatorwerte für die Dimension „Arbeitsmarkt“

Merkmal	Berlin	Hamburg	München	Köln	Frankfurt a. M.
Indikatorwert Arbeitsmarkt.....	6,29	5,15	6,01	4,80	5,29

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage von Daten der Bundesagentur für Arbeit und des Zensus 2011

9 | Monatliches Haushaltsnettoeinkommen in Berlin nach Migrationshintergrund

Bevölkerung	Haushalte insgesamt	Davon mit monatlichem Haushaltsnettoeinkommen von ... EUR			
		unter 1300	1300 bis unter 2000	2000 bis unter 3200	3200 und mehr
	Anzahl	%			
ohne Migrationshintergrund.....	1 630	35,6	25,6	22,9	15,8
mit Migrationshintergrund.....	369	45,3	25,7	19,8	9,2

Quelle: Mikrozensus 2011

10 | Indikatorwerte für die Dimension „Einkommensverteilung“

Merkmal	Berlin	Hamburg	München	Köln	Frankfurt a. M.
Indikatorwert Einkommensverteilung	5,61	4,78	6,34	5,05	4,52

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage des Mikrozensus 2011

11 | Gesamtindikator für den Bereich wirtschaftliche Integration

Merkmal	Berlin	Hamburg	München	Köln	Frankfurt a. M.
Gesamtindikator Wirtschaftliche Integration.....	6,47	5,57	5,85	5,25	5,30

Quelle: Eigene Berechnungen

2.2. Gesellschaftliche Integration

Der folgende Abschnitt widmet sich zwei weiteren Indikatoren, die eine genauere Beurteilung der gesellschaftlichen Einbindung von Ausländerinnen und Ausländern⁵ in deutschen Großstädten ermöglichen sollen.

2.2.1. Wahlstimmenanteil für Parteien aus dem rechten Spektrum

In welchem Maße Ausländerinnen und Ausländer integriert sind oder werden können, wird nicht zuletzt durch die Ausprägung von entgegengesetzten gesellschaftlichen Dynamiken, wie der Neigung zu rechtspopulistischen Strömungen, deutlich. Als geeignetes Merkmal wird der Wahlstimmenanteil für Parteien aus dem rechten Spektrum betrachtet, wobei dessen relativ große Ausprägung einem relativ niedrigen Indikatorwert entspricht. Die Selektion der betroffenen Parteien erfolgt auf Basis der von der Bundeszentrale für politische Bildung zusammengefassten Parteienprofile, wobei insbesondere Parteien berücksichtigt werden, die explizit ausländer- und/oder migrantenfeindliche Bestrebungen aufweisen. Gemeint sind beispielsweise Forderungen nach begrenzter Zuwanderung oder sogar Ausweisung.

Als Datengrundlage dient das Wahlergebnis der letzten Bundestagswahl im Jahr 2013, die mit einer bundesweiten Wahlbeteiligung von 71,5% die höchste Repräsentativität unter den öffentlichen Wahlen aufweist. Berücksichtigt werden ferner nur die für die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag ausschlaggebenden Zweitstimmen (Tabelle 12). Es wird der Prozentanteil von Zweitstimmen für rechte Parteien aus dem endgültigen Wahlergebnis der Bundestagswahl 2013 erfasst, wobei nur die Zweitstimmen ab einem Anteil von 0,1% berücksichtigt werden.

12 | Zweitstimmenanteil von Parteien aus dem rechten Spektrum an der Bundestagswahl 2013 in %

Stadt	NPD	REP	AfD
Berlin	1,5	0,1	4,9
Hamburg	0,6	0,0	5,2
München	0,4	0,2	4,5
Köln	0,6	0,1	3,5
Frankfurt a. M.	0,6	0,2	5,1

Quelle: Amtliche Statistiken der jeweiligen Städte

13 | Zu den Zweitstimmenanteilen von rechten Parteien an der Bundestagswahl 2013 äquivalente Indikatorwerte und Rangordnungen

Stadt	Zweitstimmenanteil in %	Indikatorwert	Rangordnung
Berlin	6,8	7,55	5
Hamburg	5,2	7,80	4
München	6,1	8,13	2
Köln	4,5	8,38	1
Frankfurt a. M.	6,0	7,84	3

Quelle: Eigene Berechnungen

Folgende Parteien werden dem rechten Spektrum zugeordnet: die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), Die Republikaner (REP), die Alternative für Deutschland (AfD) und die Bürgerbewegung pro Deutschland.

Analog zu den vorangehenden Indikatorwerten müssen für den Prozentanteil von rechten Parteien an den Bundestagswahlen 2013 Ober- und Untergrenzen festgelegt werden. Da jegliche Unterstützung rechter Parteien unvereinbar ist mit der Auffassung einer gegenüber Ausländerinnen und Ausländern toleranten Stadt, ist ein an den Wahlen anteiliger Wert von 0% als bestmöglicher Wert beziehungsweise Indikatorobergrenze schlüssig.

Für die Bestimmung einer Untergrenze wird ein hypothetischer Wert festgelegt. Hierbei wird der Frage nachgegangen, welchen Anteil eine Partei benötigt, um eine autonom blockierende Oppositionspolitik verfolgen zu können. Gemeint sind Aufgaben wie die Einberufung von Untersuchungsausschüssen oder die Erstellung eines Antrags auf Prüfung von Gesetzen durch das Bundesverfassungsgericht oder den Europäischen Gerichtshof (für EU-Gesetze). Mit diesen Maßnahmen können Oppositionsparteien genug Druck auf politische Entscheidungen ausüben, um den im Bundestag herrschenden politischen Diskurs zu beeinflussen. Der hierfür gesetzlich festgelegte Abgeordnetenstimmenanteil beläuft sich auf mindestens 25%. Wenn nun die aufkommenden Parteien aus dem rechten Spektrum als hypothetisch einheitliche Partei betrachtet würden – unter der Annahme, dass diese ähnlichen Ziele verfolgen – so wäre die Festlegung eines Stimmenanteils von 25% als schlechtmöglicher Wert gerechtfertigt.

Im Ergebnis rangiert Berlin auf dem letzten Platz mit einem aufsummierten Zweitstimmenanteil der rechten Parteien von 6,8%. Dieser mäßige Rang ist allerdings unerheblich, da die Indikatorwertunterschiede zwischen den Städten klein sind und alle Städte mit Werten zwischen 7,6% und 8,4% sehr gut abschneiden (Tabelle 13).

2.2.2. Politisch motivierte Kriminalität-rechts

Ähnlich wie die Wahlstimmen für rechte Parteien beleuchtet die sogenannte politisch motivierte Kriminalität-rechts (PMK-rechts) ein weiteres statistisch messbares Symptom der rechten Szene. Dessen relativ hohes Aufkommen ist ebenfalls mit einem relativ kleinen Indikatorwert verbunden. Dem Phänomenbereich PMK-rechts werden von der polizeilichen Kriminalstatistik Straftaten zugeordnet, bei denen „in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung einer rechten Orientierung zuzurechnen sind [...]“. Insbesondere sind Taten dazuzurechnen, wenn Bezüge zum völkischen Nationalismus, Rassismus, Sozialdarwinismus oder Nationalsozia-

⁵ Im Gegensatz zu den vorigen Kapiteln werden nicht alle Personen mit Migrationshintergrund betrachtet.

lismus ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren“. Besonders schlüssig erscheint die Nutzung dieser Daten, da diesem Deliktsbereich in der polizeilichen Kriminalstatistik das Unterthema „Fremdenfeindlichkeit und Rassismus“ zugeordnet wird.

Im städtischen Vergleich dient die PMK-rechts als Toleranzindikator letztlich dann, wenn sie mit der Anzahl der ausländischen und deutschen Bevölkerung gewichtet wird.

Da die Zahlen zur PMK-rechts von Jahr zu Jahr schwanken und keinen erkennbaren Trend aufweisen, werden sie über den definierten Zeitraum der Jahre 2012 bis 2014 betrachtet (Tabelle 14).

Aufgrund fehlender Daten zu Straftaten gegen Ausländerinnen und Ausländer konnten nicht für alle betrachteten Städte die benötigten Werte herausgegeben werden, weshalb der gesamte Deliktsbereich PMK-rechts der polizeilichen Kriminalstatistik betrachtet wird. Mit eingeschlossen sind deshalb auch Straftaten anderer Motivation wie „gegen links“ oder „antisemitisch“, die jedoch mit einem durchschnittlichen Anteil von 5% in den Statistiken zu den weniger auftretenden Motiven gehören und deshalb zu keiner wesentlichen Verzerrung des Indikators führen sollten.

14 | Jährliche Anzahl der politisch motivierten Kriminalität-rechts von 2012 bis 2014

Stadt	2012	2013	2014	Mittel
Berlin	1 362	1 385	1 536	1 427
Hamburg	403	362	296	353
München	371	382	417	390
Köln	111	133	413	219
Frankfurt a. M.	137	132	105	124

Quelle: Landeskriminalämter Berlin und Hamburg, Polizeipräsidien München, Köln und Frankfurt a. M.

15 | Bevölkerung 2012 bis 2014

Stadt	2012	2013	2014	Mittel
insgesamt				
Berlin	3 375 222	3 421 829	3 469 849	3 422 300
Hamburg	1 734 272	1 746 342	1 762 791	1 747 801
München	1 439 474	1 464 962	1 490 681	1 465 039
Köln	1 044 555	1 044 070	1 053 528	1 047 384
Frankfurt a. M.	678 691	693 342	708 543	693 525
ausländisch				
Berlin	503 945	538 729	573 342	538 672
Hamburg	226 360	233 989	245 186	235 178
München	353 816	372 801	393 372	373 329
Köln	180 415	180 074	186 995	182 494
Frankfurt a. M.	176 935	185 545	196 577	186 352
deutsch				
Berlin	2 871 277	2 883 100	2 896 507	2 883 628
Hamburg	1 507 912	1 512 353	1 517 605	1 512 623
München	1 085 658	1 092 161	1 097 309	1 091 709
Köln	864 140	863 996	866 533	864 889
Frankfurt a. M.	501 756	507 797	511 966	507 173

Quelle: Amtliche Statistiken der jeweiligen Städte

Die jährlichen Zahlen zum Bevölkerungstand der jeweiligen Stadt stammen aus den Jahresberichten der Statistikämter und werden ebenfalls über die Jahre 2012 bis 2014 betrachtet. Verwendet werden Daten zur Bevölkerung insgesamt und zur ausländischen Bevölkerung, um aus der Differenz die Zahl der deutschen Bevölkerung (Tabelle 15) zu berechnen.

Die im Anschluss erläuterten Rechenschritte werden für jede der fünf Städte vorgenommen. Es wird das von 2012 bis 2014 durchschnittliche Aufkommen an Straftaten aus PMK-rechts durch die durchschnittliche ausländische Einwohnerzahl im selben Zeitraum geteilt. Das Ergebnis wird anschließend ebenfalls durch die durchschnittliche deutsche Einwohnerzahl 2012 bis 2014 geteilt.

Für die Normierung der berechneten Werte zu der PMK-rechts wird wieder – wie bereits bei den zuvor erläuterten Merkmalen – eine hypothetische Ober- und Untergrenze festgelegt. Hierbei wird als bestmöglicher Wert 0 gewählt. Dies geht aus der einfachen Erklärung hervor, dass es sich bei den berechneten Werten um nichts anderes als eine Gewichtung der Straftaten handelt, und es in allen Fällen am wünschenswertesten wäre, wenn keine Straftaten begangen würden. Als schlechtesten Wert, beziehungsweise Untergrenze, wird der deutschlandweit auf Bundesebene höchste Wert der gewichteten PMK-rechts genommen. Aus den vorläufigen Zahlen zu rechtsextremen und fremdenfeindlichen Straftaten im Jahre 2014 des Bundesministeriums des Innern und den Daten aus der Genesis-Online Datenbank des Statistischen Bundesamtes zu der Anzahl der Person mit nichtdeutscher Staatsbürgerschaft und der deutschen Bevölkerung geht hervor, dass Mecklenburg-Vorpommern, knapp vor Brandenburg, den höchsten Wert gewichteter PMK-rechts aufweist.

Mit den in Tabelle 16 dargelegten Werten wird die Approximation für das höchste gewichtete Aufkommen von PMK-rechts berechnet (Tabelle 17).

16 | Politisch motivierte Kriminalität-rechts und Bevölkerungsstand von Mecklenburg-Vorpommern von 2012 bis 2014

Merkmal	2012	2013	2014	Mittel
Straftaten	721	771	689	746
ausländisch	30 554	34 474	22 832	29 286
deutsch	1 569 773	1 562 031	1 576 306	1 569 370
Einwohner	1 600 327	1 596 505	1 599 138	1 598 656

Quelle: Landespolizei und Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern

17 | Zu der Indikatorkala äquivalente Ober- und Untergrenzwerte der gewichteten politisch motivierten Kriminalität-rechts

Merkmal	Gewichtete PMK-rechts	Indikatorwert
Obergrenze	0	10,00
Untergrenze	1,623 x 10 ⁻⁰⁸	1,00

Quelle: Eigene Berechnungen

Wie bei dem Wähleranteil von Parteien aus dem rechten Spektrum geben die Ergebnisse zur gewichteten PMK-rechts durch die hoch ausfallenden Indikatorwerte ein optimistisches Gesamtbild ab (Tabelle 18). Die zu der gewichteten PMK-rechts äquivalenten Indikatorwerte bewegen sich ausschließlich zwischen 9,2 und 9,5.

3. Alternative Lebensformen

Um die Vielfalt der Lebensmodelle in deutschen Großstädten zu evaluieren, muss der Begriff „Lebensform“ zunächst definiert werden. Sowohl die Lebensweise als auch die Form, in der das Leben sich organisiert, wird mit dem Begriff umfasst. Nach Hradil (2013) ist unter einem Lebensstil „die Gesamtheit der immer wiederkehrenden Denk- und Verhaltensweisen eines Menschen“ zu verstehen, worunter neben Konsumentscheidungen, Freizeitaktivitäten, Freundschafts- und Partnerwahlen noch viele weitere Merkmale fallen, die sich aufgrund individueller und gesellschaftlicher Faktoren erst herausbilden. Während einige Merkmale beobachtbare Faktoren des menschlichen Verhaltens darstellen, sind einige auch rein psychologischer Natur.

3.1. Sexualität

Liebe und Familienplanung stellen wichtige Entfaltungsmöglichkeiten der Persönlichkeit eines Menschen dar, egal in welcher Form. Im ALLBUS 2012 gaben 16,4% der Befragten an, Homosexualität als sehr oder ziemlich schlimm zu empfinden. Damit hatte die Mehrheit von 83,6% keine ablehnende Haltung gegenüber Homosexuellen (Abbildung d).

18 | Zu der gewichteten politisch motivierten Kriminalität äquivalente Indikatorwerte und Rangordnungen

Stadt	Gewichtete PMK-rechts	Indikatorwert	Rangordnung
Berlin	$9,191 \times 10^{-10}$	9,49	1
Hamburg	$9,942 \times 10^{-10}$	9,45	3
München	$9,569 \times 10^{-10}$	9,47	2
Köln	$1,388 \times 10^{-09}$	9,23	5
Frankfurt a. M.	$1,319 \times 10^{-09}$	9,27	4

Quelle: Eigene Berechnungen

Als Indikator für die Integration von Homosexuellen bietet sich die Auswertung der Ergebnisse des Zensus 2011 zu gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften an. Als oberster und unterster Grenzwert für den Indikatorwert wird dabei der Wert der Stadt mit der höchsten Anzahl an gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften beziehungsweise der bundesweite Durchschnittswert genutzt. Besonders hohe Anteile weisen die Städte Köln und Frankfurt am Main auf. Berlin liegt im Mittelfeld, gefolgt von München und Hamburg (Abbildung e).

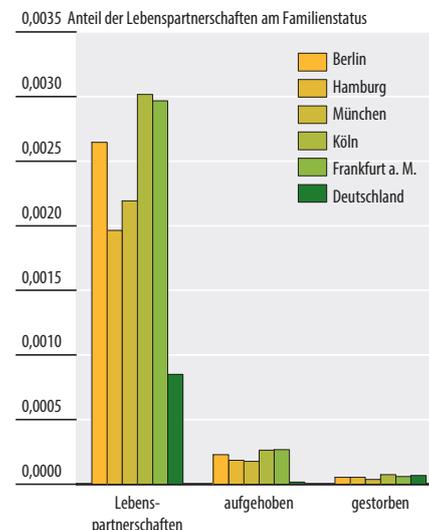
Diese Rangfolge ist auch für den Anteil der Lebenspartnerschaften an rechtlich dokumentierten Partnerschaften gültig. Damit kann ausgeschlossen werden, dass in bestimmten Städten nur der Wille einer langfristigen Bindung zu einem höheren Vorkommen von Lebenspartnerschaften führt.

Insgesamt ist Köln im Bereich der Sexualität als toleranteste Stadt einzustufen. Berlin, Frankfurt, München und Hamburg folgen in der Wertung mit beachtlichem Abstand.

3.2. Religion

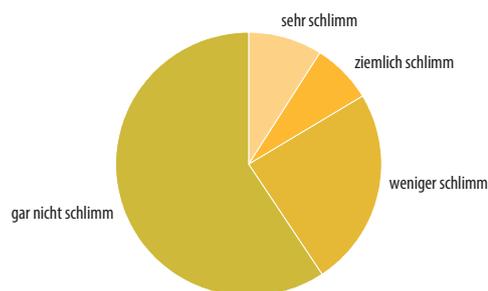
Während die Mehrheit der Bevölkerung Deutschlands Religion und Kirche für unwichtig hält, sind 27,5% von ihrer Wichtigkeit überzeugt (Abbildung f). Hier wird eine Spaltung der Gesellschaft deutlich.

e | Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften in Deutschland am 9. Mai 2011



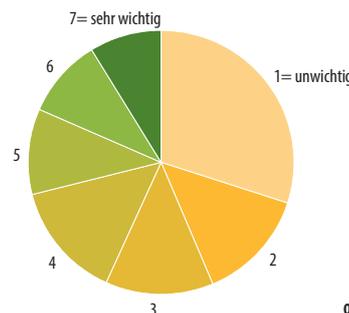
Quelle: Zensus 2011

d | Verhaltensbeurteilung von Homosexualität



Quelle: ALLBUS 2012

f | Die Wichtigkeit von Religion und Kirche



Quelle: ALLBUS 2012

Einen Überblick über die Religionszugehörigkeit bietet der Zensus 2011. Da er aber lediglich die Zugehörigkeit zu öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften angibt, werden beispielsweise Menschen muslimischen Glaubens von dieser Statistik nicht erfasst. Die Datengrundlage muss deshalb mit Angaben der Stadtstatistiken und des ALLBUS erweitert werden. Für die Analyse der Lebenssituation von Gläubigen ist jedoch nur sekundär ihre Verteilung relevant. Mit der Anzahl der Gläubigen verglichen, gibt die Verfügbarkeit von Kirchen, Synagogen und Moscheen einen guten Einblick in das Leben der Glaubensgemeinschaften hinsichtlich Glaubenspraxis und Gemeindequalität. Zudem sind religiöse Ereignisse wie Taufe, kirchliche Trauung und Beerdigung aussagekräftige Indikatoren für die Ausübung des Glaubens. So wurde mindestens die Hälfte der Gläubigen in jeder Konfession kirchlich beziehungsweise religiös getraut und wünscht sich eine kirchliche bzw. religiöse Beerdigung (Tabelle 19).

Gemessen am Bundeswert ist die Konzentration von Gläubigen auf Gotteshäuser in den betrachteten Städten aufgrund der hohen Besiedlungsdichte höher. Der unterste Wert ist jeweils die Stadt mit der höchsten Anzahl von Gläubigen pro Gotteshaus. Eine Vergleichbarkeit ist nur innerhalb und nicht zwischen den verschiedenen Konfessionen möglich, da die Religion jeweils unterschiedlich stark praktiziert wird. Anhand der Daten des ALLBUS 2010 und 2012 lässt sich dies zeigen: Während lediglich ein Anteil von 0,1% bzw. 2,9% der evangelischen bzw. katholischen Gläubigen zumindest wöchentlich, insbesondere am Sonntag, in die Kirche geht, sind es unter den Muslimen schon 20,4%, die wöchentlich, insbesondere zum Freitagsgebet, die Moschee aufsuchen.

Die Zugangsmöglichkeiten zu Gotteshäusern innerhalb der Städte nehmen ein ähnliches Ausmaß an. Die meisten Gläubigen besuchen evangelische und katholische Kirchen, wesentlich weniger Synagogen und Moscheen. Trotzdem gibt es zwischen den Religionsgemeinschaften in den Städten erhebliche Unterschiede: So kommen beispielsweise auf eine Moschee in Berlin 3307 Muslime und auf eine Moschee in Köln 2348. Die Räumlichkeiten für das Freitagsgebet,

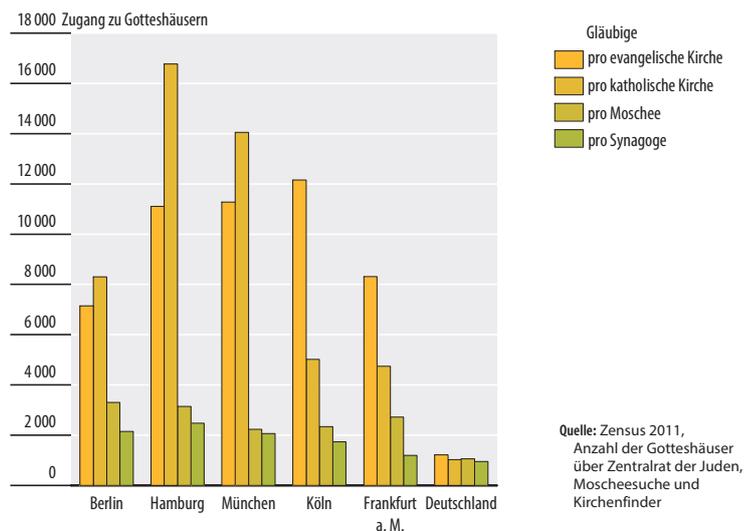
für Hochzeiten oder andere religiöse muslimische Feierlichkeiten sind in Berlin also wesentlich stärker frequentiert als in Köln. Keine der Städte erzielte hierbei Werte in den oberen Bereichen. Frankfurt am Main belegt mit einem Höchstindikatorwert von 5,99 die Spitze des Rankings (Abbildung g).

4. Interpretation des Gesamtindikators

Aus den Indikatorwerten der drei Kategorien Integration von Migrantinnen und Migranten, Aufkommen alternativer Lebensformen und Pflege der künstlerischen Avantgarde⁶ lässt sich für jede der fünf Großstädte der dazugehörige kategorienübergreifende Gesamtindikatorwert zu Toleranz erschließen. Das Ergebnis nach Rang und Indikatorwert in jeder Kategorie und das Gesamtergebnis sind in Tabelle 20 dargestellt.

Die zentrale Fragestellung „Berlin – Hauptstadt der Toleranz?“ muss mit Nein beantwortet werden. Die Auswertung der Daten hat gezeigt, dass nicht Berlin,

g | Zugang zu Gotteshäusern als Indiz für die Möglichkeit der Ausübung religiöser Handlungen in der Öffentlichkeit



19 | Wunsch nach einer kirchlichen oder religiösen Trauung oder Beerdigung nach Konfession in %

Konfession	Trauung		Beerdigung			
	Ja	Nein	Ja	Nein	unentschieden	keine Angabe
keine Angabe.....	14,3	85,7	6,1	63,4	28,2	2,2
evangelisch.....	69,5	30,5	72,0	9,4	18,5	0,1
evangelische Freikirche.....	75,9	24,1	81,0	9,5	9,5	
katholisch.....	73,7	26,3	77,2	7,4	15,4	
andere christl. Religion....	57,7	42,3	74,0	6,8	19,2	
islamisch.....	63,5	36,5	76,1	9,1	12,5	2,3
jüdisch.....	100,0	0	100,0	0	0	
buddhistisch.....	50,0	50,0	60,0	0	40,0	
hinduistisch.....			0	0	100	
Insgesamt	52,5	47,5	52,5	27,2	20,7	0,9

Quelle: ALLBUS 2012

20 | Indikatorwerte und Rangordnungen der drei Toleranzkriterien und des Gesamtergebnisses

Stadt	Integration von Migranten	Alternative Lebensformen	Kultur	Gesamtergebnis
Indikatorwerte				
Berlin.....	6,09	5,50	5,98	5,86
Hamburg.....	5,78	3,81	1,00	3,53
München.....	6,43	4,40	5,12	5,32
Köln.....	6,15	7,85	2,69	5,56
Frankfurt a. M.....	5,63	6,70	6,59	6,31
Rangordnungen				
Berlin.....	3	3	2	2
Hamburg.....	4	5	5	5
München.....	1	4	3	4
Köln.....	2	1	4	3
Frankfurt a. M.....	5	2	1	1

Quelle: Eigene Berechnungen

6 In der zugrunde liegenden Seminararbeit wird die Kategorie „Pflege der künstlerischen Avantgarde“ als Sprachrohr des Pluralismus ausführlich beschrieben. In diesem Beitrag wird jedoch auf eine Darstellung dieses Bereichs verzichtet.

sondern Frankfurt am Main die Hauptstadt der Toleranz in Deutschland ist, obwohl Frankfurt am Main im Bereich der Integration von Migrantinnen und Migranten bei dieser Untersuchung am schlechtesten abschneidet. So sind besonders viele Personen im Bereich Verkehr, Logistik (Flughafen) und unterdurchschnittlich wenig im Bereich Unternehmensorganisation, Recht, Verwaltung (Finanzbranche) tätig. Berlin liegt bei allen Untersuchungen mehr oder weniger im Mittelfeld, woraus Berlins zweiter Platz im Gesamtergebnis mit einem Indikatorwert von 5,86 resultiert. Im Bereich der wirtschaftlichen Integration schneidet Berlin sogar am besten ab, was sich insbesondere auf das gute Resultat im Bildungsbereich zurückführen lässt. Dieses Resultat überrascht insofern, als dass Berlin beim Bildungsmonitor 2015 vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln den letzten Platz belegt (IW Köln, 2015). Am schlechtesten schneidet Hamburg, hinter München, mit einem Indikatorwert von 3,53 ab. Besonders kritisch sind hierbei die Kategorien „Alternative Lebensformen“ und „Kultur“, in denen Hamburg mit Indikatorwerten von 3,81 und 1,00 im Vergleich zu „Integration von Migranten“ relativ stark von den anderen Städten abweicht.

Ein zentrales Problem der Arbeit stellte die unterschiedliche Verfügbarkeit von Daten der Kommunal- und Landesämter für Statistik sowie deren Vergleichbarkeit über Ländergrenzen hinweg dar. So konnte beispielsweise für den Deliktbereich PMK-rechts keine genauere Untergliederung nach „Fremdenfeindlichkeit und Rassismus“ vorgenommen werden, da nicht alle Landeskriminalämter diese Daten zur Verfügung stellen konnten. Weiterhin wäre es vor allem im Bereich der Arbeitslosigkeit von Interesse gewesen, genauere Unterscheidungen zwischen Ausländerinnen und Ausländern und Personen mit Migrationshintergrund treffen zu können. Besonders hinsichtlich der gesellschaftlichen Integration von alternativen Lebensformen fehlt es an geeigneten Datenquellen, die eine Erweiterung des Untersuchungsspektrums des ALLBUS nahelegen.



Ursula Berresheim, Georg Händel und Nina Hauser sind Studierende der Volkswirtschaftslehre an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Literaturverzeichnis

- Amt für Stadtentwicklung und Statistik Heidelberg (2008): Roland Berger Kreativitätsindex, Statistische Kurzmitteilung, Mai 2009.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2013): Lebenslagen in Deutschland – Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn: Hausdruckerei des BMAS.
- Basistexte Öffentliches Recht, Beck, 21. Auflage 2016.
- Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (2014): Die stabilisierte Mitte – Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014, Leipzig: Universität Leipzig.
- Der Polizeipräsident in Berlin (Hrsg.) (2014 a): Lagedarstellung – politisch motivierte Kriminalität in Berlin. Berlin: Polizei Berlin.
- Der Polizeipräsident in Berlin (Hrsg.) (2014 b): Politisch motivierte Kriminalität in Berlin 2015. Berlin: Polizei Berlin.
- Heckmann, Friedrich (2015): Integration von Migranten – Einwanderung und neue Nationenbildung, Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Hradil, Stefan (2013): Deutsche Verhältnisse: Eine Sozialkunde, Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.) (2015): Bildungsmonitor 2015, Köln: Institut der deutschen Wirtschaft.
- Kinsey, Alfred (1953): Sexual Behaviour of the Human Female, Bloomington: Indiana University Press.
- Kinsey, Alfred; Pomeroy, Wardell; Martin, Clyde (1948): Sexual Behavior in the Human Male, Bloomington: Indiana University Press.
- Schneider, Jan; Yemane, Ruta; Weinmann, Martin (2014): Diskriminierung am Ausbildungsmarkt – Ausmaß, Ursachen und Handlungsempfehlungen, SVR-Forschungsbereich Berlin.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2015): Zensus 2011 – Methoden und Verfahren; Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2014): Fachserie 1 Reihe 2.2 – Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Stiglitz, J. E.; Sen, A.; Fitoussi, J.-P. (2009): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress; Paris: Centre de recherche en économie de Sciences Po.
- von der Lippe, Peter (1999): Deskriptive Statistik, Essen: Oldenbourg.
- Weber, Brigitte; Weber Enzo (2013): IAB-Kurzbericht 04/2013 – Bildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit, Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit.
- Worbs, Susanne (2008): Integrationsreport – Die Einbürgerung von Ausländern in Deutschland. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Internetquellen

- Alternative für Deutschland (Hrsg.) (2013): Programmatik & Leitlinie, abgerufen am 16.03.2016 <https://www.alternativefuer.de/programm-hintergrund/programmatik/>
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2015 a): Arbeitslosenquoten, abgerufen am 03.03.2016 http://statistik.arbeitsagentur.de/nn_4236/Statistischer-Content/Grundlagen/Berechnung-Arbeitslosenquote/Berechnung-Arbeitslosenquote.html
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2015 b): Berechnung von Beschäftigungsquoten, abgerufen am 03.03.2016 <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Grundlagen/Berechnung-von-Beschaeftigungsquoten/Berechnung-von-Beschaeftigungsquoten-Nav.html>
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2016): Arbeitslosigkeit, abgerufen am 03.03.2016 <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Grundlagen/Arbeitslosigkeit-Unterbeschaeftigung/Arbeitslosigkeit-Nav.html>
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2014): Rechtsextreme Straftaten 2014, abgerufen am 16.03.2016 http://www.petrapau.de/18_bundestag/dok/down/2014_zf-rechtsextreme-straf-taten.pdf
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2015): Migration und Integration – Einbürgerung, abgerufen am 16.03.2016 http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Migration-Integration/Einbuengerung/einbuengerung_node.html
- Die Bundesregierung (Hrsg.) (2016): Die Anspruchseinbürgerung, abgerufen am 16.03.2016 <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatistischeSeiten/Breg/IB/Einbuengerung/ae-anspruchseinbuengerung.html>
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2013): Parteiprofile – Wer steht zu Wahl?, abgerufen am 16.03.2016 <http://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/bundestag-2013/165506/npd>
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2013): Die Kontrollrechte der Opposition, abgerufen am 16.03.2016 <https://www.bpb.de/dialog/wahlblog/173277/die-kontrollrechte-der-opposition>
- Der Bundeswahlleiter (Hrsg.) (2013): Vorläufiges amtliches Ergebnis der Bundestagswahl 2013, abgerufen am 16.03.2016 https://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/presse/w13032_Vorlaeufiges_amtliches_Ergebnis.html
- Der Paritätische Gesamtverband (Hrsg.) (2009): Migration – Aufhebung des Optionszwangs für jugendliche Eingebürgerte, abgerufen am 16.03.2016 <http://www.migration.paritaet.org/themen/schwerpunktthemen/einbuengerung/optionszwang/>
- Der Tagesspiegel (Hrsg.): Zehn Jahre Homoehe in Deutschland, abgerufen am 16.03.2016 <http://www.tagesspiegel.de/politik/eingetragene-partnerschaft-zehn-jahre-homoehe-in-deutschland/4443382.html>
- Dick, Wolfgang (2014): Deutsche Welle. Parteien-Opposition im Bundestag soll mehr Rechte bekommen, abgerufen am 16.03.2016 <http://www.dw.com/de/opposition-im-bundestag-soll-mehr-rechte-bekommen/a-17166832>
- Eurostat (Hrsg.) (2015): Eurostat Statistics Explained. Share of residents in EU Member States having citizenship, by former citizenship 2009-13, abgerufen am 16.03.2016 http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/File:Share_of_residents_in_EU_Member_States_having_acquired_citizenship_by_former_citizenship_2009%E2%80%9313.png
- Glasow, Volker; Vahlefeld, Viktor (2015): Köln ist die Homo-Hauptstadt, abgerufen am 25.03.2016 <http://m-maenner.de/2015/06/koeln-ist-die-homo-hauptstadt/>
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2016): Genesis-Online Datenbank, abgerufen am 16.03.2016 https://www-gene-sis.destatis.de/genesis/online/data;jsessionid=F-00059D7A5DF963813528E1F3B7F6BC5.tomcat_GO_1_2?operation=statistiken-Verzeichnis
- Wagner, Paulus (2014): Warum Berlin Hipster-Welthauptstadt bleibt, abgerufen am 15.03.2016 <http://www.welt.de/kultur/artikel125239221/Warum-Berlin-Hipster-Welthauptstadt-bleibt.html>

Mikrozensus

Der Grad der potenziellen Lebenszufriedenheit am Beispiel der Berliner Bezirke

von **Friedemann Brockmeyer**

„Die Finanzsysteme kriseln, der Klimawandel verschärft sich, die Kluft zwischen Arm und Reich wird größer“ [1]. Diese Worte machen deutlich, dass Lebensqualität und Wohlstand sich nicht länger allein mit nackten ökonomischen Größen messen lassen und dass die Zeit reif ist für neue Indikatorensysteme, die Niveau, Einflüsse, Gründe und Umstände eines „guten Lebens“ zu erfassen versuchen. Für die US-amerikanische Bevölkerung hat das Streben nach Glück (*persuit of happiness*) Verfassungsrang und schon eine alte Volksweisheit besagt: Geld allein macht nicht glücklich. Literatur und Forschung auf dem Gebiet der Lebenszufriedenheitsmessung nehmen kontinuierlich zu. Eine Vielzahl an Indikatoren wurde bereits entwickelt, Anstoß für diese geben die Publikationen [2] der 2008 gegründeten Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission, die unter anderem die Einsetzung der deutschen Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ [3] forcierten. In diesem Sinne ist auch der hier vorgestellte Index zu betrachten, der bestrebt ist, den Grad der potenziellen Lebenszufriedenheit anhand des Datenangebotes des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) auf Ebene der Berliner Bezirke darzustellen. Der Beitrag ist die gekürzte Fassung einer im Wintersemester 2015/2016 im Rahmen der Lehrveranstaltung „Die Nutzung der amtlichen Statistik in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ entstandenen Forschungsarbeit, siehe Beitrag in diesem Heft.¹

Vorgaben, Vorbilder und Anregungen

Das verfügbare Repertoire an Daten und Literatur gibt die Auswahl der einfließenden Indikatoren in den Index logisch-konsequent vor. So führt der räumliche Bezug der Bezirksebene beispielsweise dazu, dass die auf Bundesebene bedeutsame politische Lage für eine innerstädtische Betrachtung unter der Annahme relativ homogener Verhältnisse bedeutungslos ist. Inhaltlich wird eine starke Anlehnung an das W^3 -Indikatorensystem vorgenommen. Das konzeptionelle Problem einer Indexbildung ist bekannt. Mithilfe der Auswertung von Befragungen ist es möglich, auf die den Befragten tatsächlich wichtigen oder zumindest bedeutsam erscheinenden Indikatoren zurückzuschließen. Aufgrund des häufig inkonsistenten Verhaltens der Menschen ist eine eindeutige Identifikation der objektiv-quantifizierbaren Quellen des Glücks jedoch nicht möglich. Für Berlin und im Speziellen seine Bezirke liegen keine oder jedenfalls keine ausreichenden Daten aus Befragungen vor. Die 2009 und 2014 durchgeführte Hertie-Berlin-Studie trifft zwar Aussagen über die subjektive Zufriedenheit der Berliner, allerdings nicht auf Ebene der Bezirke. Für die Stadt München existiert bereits eine Forschungsarbeit zur Lebenszufriedenheit der Einwohner auf regionaler Ebene der Stadtviertel, allerdings werden auch in dieser zu einem Einfluss gebenden Teil Daten aus Befragungen der jeweiligen Stadtviertelbewohner genutzt [4]. Grundsätzlich werden die Leitindikatoren und Warnlampen des W^3 -Indikatorensystems immer dann berücksichtigt, wenn deren Einsatz auf kleinräumiger Ebene sinnvoll und möglich ist. Bisweilen

findet eine Substitution durch einen im jeweiligen Kontext vergleichbaren Indikator statt, wenn das Datenangebot diese bedingt. Ergänzend wird auf den Regionalen Sozialbericht Berlin und Brandenburg 2013, den Datenbericht zur nachhaltigen Entwicklung Berlins 2012, die Daten des Mikrozensus 2011, den Bildungsbericht Berlin-Brandenburg 2013 und die Bezirksprofile Bezug genommen. Im Zentrum der Betrachtung liegen die Jahre 2011 und 2012. An einigen Stellen ist die Betrachtung noch differenzierterer Daten, beispielsweise nach soziodemographischen Merkmalen nuanciert, möglich.

Lebensstandard, Lebensqualität, Lebenszufriedenheit, Wohlbefinden und Glück

Die Begriffe „Lebensqualität“, „Lebenszufriedenheit“, „Glück“ und mit Einschränkungen „Lebensstandard“ sowie „Wohlbefinden“ sind aus wissenschaftlicher Sicht multidimensionale Gebilde. Immer dann, wenn in dieser Arbeit von Lebenszufriedenheit gesprochen wird, ist der vermutete Grad einer objektiven Lebenszufriedenheit gemeint, der sich aus einer Aggregation von ausgewählten Indikatoren ergibt, welche die Lebenszufriedenheit anhand von Daten zum objektiven Teil der Lebensqualität quantitativ schätzen. In Anlehnung an die drei Säulen „Materieller Wohlstand“, „Soziales und Teilhabe“ sowie „Ökologie“ des W^3 -Indikatorensystems findet die Auswahl

¹ siehe S. 10-12: „Das AfS als aktiver Wissensvermittler in der Hochschullehre“

der Indikatoren statt und wird nachfolgend auszugswise vorgestellt (Abbildung a).

**Materieller Wohlstand (1)
Einkommen**

Immer wieder wird die Volksweisheit „Geld allein macht nicht glücklich“ genutzt, um die mögliche und in gewissen Grenzen stattfindende Entkopplung von Einkommen und Zufriedenheit zu beschreiben. Doch das Einkommen als zentrale Größe der ökonomischen Wohlfahrtsmessung darf keinesfalls in einem Index fehlen, der Lebensqualität quantitativ zu vergleichen versucht. So nutzt beispielsweise die OECD für ihre Berechnung des Better-Life-Indexes das durchschnittliche, bereinigte und verfügbare Haushaltseinkommen pro Haushalt und Jahr.

Für die Berliner Bezirke bietet sich das mittlere Haushaltsnettoeinkommen (1.1) an. Darüber hinaus fließen weitere Effekte und Indikatoren ein, Die Betrachtung der Armutsgefährdungsquote (1.2) ergibt sich aus dem Erfordernis eines gewissen Mindestmaßes an Einkommen zur Grundsicherung. Hierbei wird Armut, gerade aus materieller Perspektive, als grundlegend fehlende Partizipation an Reichtümern und Errungenschaften der Gesellschaft angesehen [5]. Für die Betrachtung von Extremen bieten sich Kennziffern wie die Mindestsicherungsquote (1.3) an. Auf der anderen Seite der Einkommensverteilung bietet sich die Berücksichtigung von Reichtumsquoten an. Der Gini-Koeffizient der Äquivalenzeinkommen (1.4) nach Regionen erscheint weniger

bedeutsam, da die Unterschiede in den Werten zu gering sind, wird aber, der Vollständigkeit halber, ergänzend aufgenommen. Nach dem für diese Arbeit als Vorbild genutzten W^3 -Indikatorensystem wird der Leitindikator Einkommensverteilung P20/P80 (1.5) ebenfalls berücksichtigt. Dieser Indikator fungiert als robustes Verteilungsmaß und vermittelt eine intuitive Vorstellung über die Spreizung der Einkommen, ohne dabei die in der Erfassung problematischen Einkommensextrême zu berücksichtigen. An dieser Stelle sei auf das sogenannte Easterlin-Paradox hingewiesen. Dieses beschreibt das Phänomen, dass die subjektive Lebenszufriedenheit nicht proportional zur Einkommenssteigerung zunimmt (nicht-linearer Zusammenhang). Schließlich ist anzumerken, dass alle ausgewählten Indikatoren, die das Einkommen betreffen, abhängig von soziodemographischen Merkmalen sind.

**Soziales und Teilhabe (2)
Erwerbstätigkeit**

Die Erwerbslosenquote (2.1) dient als bevorzugte Kennziffer zur Informationsgewinnung über die derzeitige Situation am Arbeitsmarkt. Eine zunehmend niedrigere Erwerbslosenquote führt zu einer Zunahme der subjektiven Lebenszufriedenheit. Die bzw. der Erwerbstätige selbst verspürt einen höheren subjektiven Grad an Lebensqualität. Diese Zunahme wirkt sich indirekt auch positiv auf das soziale Umfeld aus [6]. Zudem geht mit Erwerbstätigkeit in

a | Übersicht der berücksichtigten Indikatoren samt ihrer Gewichtung

(1) Materieller Wohlstand 2/5

Mittleres Haushaltsnettoeinkommen (1.1)
Armutsgefährdungsquote (1.2)
Mindestsicherungsquote (1.3)
Gini-Koeffizient (1.4)
Einkommensverteilung P20/P80 (1.5)

(2) Soziales und Teilhabe 2/5

Erwerbslosenquote (2.1)		
Langzeiterwerbslosenquote (2.2)		
Unterbeschäftigungsquote (2.3)		
Bevölkerungsanteil mit niedrigem Bildungsstand (2.4)		
a) Prozentuale Zunahme an Wohnungen (2.5.1)	b) Quote ¹ (2.5.2)	c) Bevölkerungsanteil ² (2.5.3)
Häufigkeitszahl der Straftaten pro Bezirk (2.6)		
a) Ein-Personen-Haushalte (2.7.1)	b) Haushalte mit Kindern (2.7.2)	c) Durchschnittliche Haushaltsgröße (2.7.3)
Lebenserwartung (2.8)		
Vorzeitige Sterblichkeit (2.9)		

(3) Ökologie und Nachhaltigkeit 1/5

a) Anteil Erholungsfläche an Gesamtfläche (3.1.1)	b) Anteil Erholungs-, Landwirtschafts-, Wald- und Wasserfläche an der Gesamtfläche (3.1.2)
Mehrfachbelastungskarte „Umweltgerechtigkeit“ (3.2)	

Hinweise:

- a. Die Indikatoren werden jeweils innerhalb ihrer Unterkategorie und innerhalb ihrer Säule gleich gewichtet.
- b. Genaue Informationen zu den einzelnen Indikatoren können der Seminararbeit oder dem Artikel entnommen werden.

- 1 Im Wohneigentum lebende Haushalte/ Personen
- 2 mit weniger als der Hälfte der durchschnittlichen Pro-Kopf-Wohnfläche

Quelle: Eigene Erstellung

der Regel auch die notwendige finanzielle Sicherheit einher, die aus Sicht von Befragten, unter anderem neben der Freude am Beruf, für Zufriedenheit sorgt [7]. Für die Berliner Bezirke bietet sich die Erwerbslosenquote als Indikator an, eine Differenzierung nach Altersklassen ist hier ebenso möglich wie der Vergleich der Langzeiterwerbslosenquoten (2.2) zwischen den Bezirken. Die W^3 -Indikatoren nutzen als Leitindikator die Beschäftigungsquote. Zusätzlich wird als sogenannte Warnlampe zur Messung der Qualität der Arbeit die Unterbeschäftigungsquote (2.3) berücksichtigt.

Wohnsituation

Auf dem Gebiet der Wohnsituation dient das W^3 -Indikatorensystem nicht als Vorbild, da hier entsprechende Leitindikatoren fehlen. Die beiden Begriffe Wohnen und Leben sind eng miteinander verbunden. So ist die Wohnsituation für die Lebensqualität und -zufriedenheit von Bedeutung. Das Ausmaß des Einflusses der Wohnsituation auf die potenzielle Lebenszufriedenheit nimmt mit dem Alter der Bewohnerinnen und Bewohner zu [8]. Aufgrund des durch den demographischen Wandel bedingten steigenden Durchschnittsalters der Berlinerinnen und Berliner [9] und der steigenden Nachfrage nach Pflege wird sich dieser Effekt in den kommenden Jahren noch verstärken.

Grundsätzlich steigt die Nachfrage nach Wohnraum in Berlin erheblich. Generell zeigt der Wachstumskurs des Wohnungsbaus in Berlin einen positiven Trend. Tatsächlich ist die Wohnsituation auch für andere Altersklassen wichtiger geworden. So spielt

ein sicheres und positives Wohnumfeld für die Verwirklichung der Familienplanung eine bedeutende Rolle. Die Entwicklung auf dem Gebiet des bezirklichen Wohnungsbaus (2.5.1) wird berechnet und im Index berücksichtigt.

In diesem Zusammenhang ist zum Beispiel auch die Quote der im Wohneigentum lebenden Haushalte bzw. Personen (2.5.2) von Bedeutung [10]. Der überwiegende Teil der Bevölkerung äußert heute den Wunsch nach Wohneigentum. In der Konsequenz muss also diese Kennziffer positiven Einfluss auf die Lebenszufriedenheit haben [11]. Eine Aufschlüsselung der im Wohneigentum lebenden Personen ist anhand der Mikrozensus-Zusatzerhebung zur Wohnsituation möglich. Darüber hinaus wird ein weiterer Indikator aus dem Regionalen Sozialbericht hinzugezogen. Dieser quantifiziert den Anteil der Bevölkerung mit weniger als der Hälfte der durchschnittlichen Pro-Kopf-Wohnfläche (2.5.3).

Der Aspekt der Sicherheit schließt die Untersuchung zur Wohnlage ab. Bewohnerinnen und Bewohner machen die Einschätzung ihrer subjektiven Zufriedenheit von der öffentlichen Sicherheit abhängig, wobei diese beiden Variablen positiv korrelieren. Je höher der Grad der empfundenen Sicherheitslage, desto intensiver ist die subjektive Zufriedenheit [12]. Das Wohnen in einem sicheren Bezirk stimuliert somit die Zufriedenheit. Objektiv quantifizierbar ist so unter anderem die Sicherheitslage mithilfe der Häufigkeitszahlen von Straftaten pro Bezirk (2.6) [13], wobei gerade dieser Indikator durch den Einfluss weiterer Faktoren, hier im Speziellen das in Berlin ungleich verteilte Tourismusaufkommen, zu einer verzerrten

Statistik erklärt – Die W^3 -Indikatoren?

Der W^3 -Indikatorensatz wurde von der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“¹ entwickelt. Ziel ist es, Auskunft über Wohlstand und Lebensqualität in Deutschland zu geben. Die Kommission stand dabei vor der Herausforderung, ein Indikatorensystem zu entwickeln, das einerseits einfach gestaltet und leicht kommunizierbar ist und andererseits dem Anspruch einer komplexen Wohlstandsmessung genügt. Im Gegensatz zum BIP, das als traditioneller Wohlstandsindikator einer Gesellschaft dient und dabei die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit misst, soll der W^3 -Indikatorensatz mit Hilfe der drei Säulen „Materieller Wohlstand“, „Soziales und Teilhabe“ sowie „Ökologie“ die Vielschichtigkeit der Wohlstandsdimensionen berücksichtigen. „ W^3 “ meint hierbei das gleichgewichtete Nebeneinander der drei Säulen des Wohlstands. Im Ergebnis fließen in die Betrachtung zehn statistische Leitindikatoren und neun zusätzliche Indikatoren, zusammengefasst unter dem Begriff „Warnlampen“, ein. Die Warnlampen kommen zum Einsatz, um Fehlentwicklungen aufzuzeigen, welche die Leitindikatoren nicht ausreichend abbilden. Durch die bereits vorhandene hohe Datenqualität, insbesondere in der amtlichen Statistik, sind mit dem W^3 -Indikatorensatz aussagekräftige regionale und zeitliche Vergleiche gewährleistet.

W^3 -Indikatorensatz mit Warnlampen

Materieller Wohlstand	Soziales und Teilhabe Leitindikatoren	Ökologie
Bruttoinlandsprodukt Einkommensverteilung Staatsschulden	Beschäftigung Bildung Gesundheit (Lebenserwartung) Freiheit	Treibhausgase national Stickstoff national Artenvielfalt national
Warnlampen		
Nettoinvestitionen Vermögensverteilung Finanzielle Nachhaltigkeit des privaten Sektors	Qualität der Arbeit Weiterbildung Gesundheit (Gesunde Lebensjahre)	Treibhausgase global Stickstoff global Artenvielfalt global
Hinweislampe		
Nicht-marktvermittelte Produktion	Quelle: Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“, Bundesdrucksache 17/13300 vom 03.05.2013, hrsg. vom Deutschen Bundestag.	

¹ Eingesetzt durch Beschluss des Deutschen Bundestages vom 1. Dezember 2010 (Bundestagsdrucksache 17/3853).

Darstellung der Gegebenheiten neigt. Verwendung für diese Untersuchung findet die Häufigkeitszahl der Straftaten innerhalb eines Bezirkes.

Gesundheit

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) versteht unter Gesundheit „einen Zustand vollkommenen körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur das Fehlen von Gesundheit und Gebrechen.“ [14] Diese Definition macht deutlich, von welchem mannigfaltigen Wert der Gesundheitszustand für die Lebenszufriedenheit jedes Einzelnen ist. In der Regel verstehen Menschen Gesundheit als Grundvoraussetzung für ein erfülltes Leben. Es lassen sich beispielsweise Aussagen treffen bezüglich des Anteils der pflegebedürftigen Einwohner an allen Einwohnern eines Bezirkes. Von Bedeutung ist außerdem die mittlere Lebenserwartung bei Geburt (2.8), die nach Bezirken aufgeschlüsselt werden kann. Im W³-Indikatorensystem wird unter dem Überbegriff „Soziales und Teilhabe“ in der Kategorie „Gesundheit“ ebenfalls die Lebenserwartung als Leitindikator aufgenommen. Ferner wird für das W³-Indikatorensystem die Anzahl der gesunden Lebensjahre eines Menschen als Zusatzindikator in Form einer Warnlampe in derselben Kategorie genutzt. Anstatt des Indikators der gesunden Lebensjahre betrachtet der vorgestellte Index das Verhältnis der vorzeitigen Sterblichkeit (2.9) zu den kumulierten Sterbefällen eines jeweiligen Bezirkes (Bezirksprofile). Zu beachten ist ferner, dass die Lebenserwartung von anderen Größen wie Einkommen, Bildung und Beruf beeinflusst wird. Sie korreliert stark mit der sozialen Lage [15, 16]. Für die Bezirke Berlins liegen aktuelle Daten (2009 bis 2011), die mittlere Lebenserwartung betreffend, vor. Diese lassen sich nach Geschlecht differenzieren. Die Unterschiede in der Lebenserwartung der Bewohner sind zwischen den Berliner Bezirken bisweilen deutlich [17]. Für die Betrachtung wird aus den geschlechtsspezifischen Zahlen der Durchschnitt gebildet: Diese Verrechnung wird auch für den Indikator „vorzeitige Sterblichkeit“ vorgenommen.

Indexbildung, Operationalisierung, Gewichtung

Ob der Fülle von möglichen Einflussfaktoren, der unzähligen individuellen Präferenzen, der unterschiedlichen Einfluss gebenden soziodemographischen Merkmale sowie des für diese Indexentwicklung beschränkten Angebots an Daten erhebt dieser Index keinen Anspruch auf Genauigkeit. Vielmehr soll er der Identifikation von lokalen Zentren eines vermutlich hohen Niveaus von Lebenszufriedenheit dienen und einen in gewissen Grenzen stattfindenden Vergleich zwischen den Berliner Bezirken zulassen. Er ist als ein Trend messendes Barometer zu verstehen. Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, dass dieser Indikator sehr eng an Ergebnisse bereits existierender Berichte, insbesondere die des Regionalen Sozialberichts, gekoppelt ist. Er erweitert diesen somit um die Lokalisation der

Berliner Bezirke mit den potenziell zufriedensten Einwohnern.

Die im Vergleich zwischen den Bezirken jeweils drei besten beziehungsweise drei schlechtesten Werte eines Indikators werden jeweils als Sieger beziehungsweise Verlierer einer Indikatorkategorie betrachtet. Die verbleibenden Werte werden als normal, also unauffällig, geführt. Zur Bewertung wird ein Punktesystem eingeführt, das aus dem Sport bekannt ist. Dabei erhalten die jeweiligen Sieger einer Indikatorkategorie zwei Punkte, während die Verlierer keinen und die Neutralen einen Punkt erhalten. Den Neutralen entsprechen im Sport die Parteien eines Remis. Die Vergabe von zwei Punkten für einen Sieger wird an dieser Stelle präferiert, da so eine zu große Punktedifferenz in der Gesamtbewertung vermieden werden kann. So werden die jeweiligen Bezirke, entsprechend ihrer Bewertung in den Indikatorkategorien in einem Ranking aufgeführt. Dieses entspricht somit ihres Abschneidens im Vergleich zwischen den Bezirken und hinsichtlich des Abschneidens in einer durch den jeweiligen Indikator festgelegten Kategorie. Beispielhaft wurde dieses Verfahren in Tabelle 1 veranschaulicht. Die grün markierten Werte verweisen auf die drei durch den jeweiligen Indikator am besten bewerteten Bezirke, während die rot markierten Felder die Bezirke mit den zum jeweiligen Indikatoren gehörenden schlechtesten Werten darstellen. Die Felder ohne Füllfarbe repräsentieren die Bewertung mit einem Punkt.

Wichtig ist jedoch, dass der Vergleich lediglich auf ordinalem Skalenniveau vorgenommen werden kann. Die Abstände, welche sich durch das Punktesystem ergeben, entsprechen nicht dem originären Verhältnis (Tabelle 1). Es wird Rücksicht genommen auf die in etwa gleichverteilte Gewichtung der drei Säulen „Materieller Wohlstand“, „Soziales und Teilhabe“ sowie „Ökologie“ des W³-Indikatorensystems. Aufgrund der in Relation wenigen Indikatoren

1 | Indikatoren zur Lebenssituation

Bezirk	Durchschnittliche Haushaltsgröße	Anteil der Haushalte mit Kindern an den Haushalten insgesamt	1-Personen-Haushalte
	Personen		
Mitte.....	1,79	21,2	55,5
Friedrichshain-Kreuzberg.....	1,80	21,0	54,0
Pankow.....	1,80	24,1	49,3
Charlottenburg-Wilmersdorf	1,71	20,5	55,9
Spandau.....	1,93	27,2	46,1
Steglitz-Zehlendorf.....	1,91	26,3	46,3
Tempelhof-Schöneberg.....	1,84	24,2	49,9
Neukölln.....	1,92	25,1	48,7
Treptow-Köpenick.....	1,86	24,5	44,2
Marzahn-Hellersdorf.....	1,93	28,5	41,2
Lichtenberg.....	1,79	22,9	47,3
Reinickendorf.....	1,93	26,9	45,1
Berlin	1,84	24,1	49,1

Quelle: Mikrozensus 2011

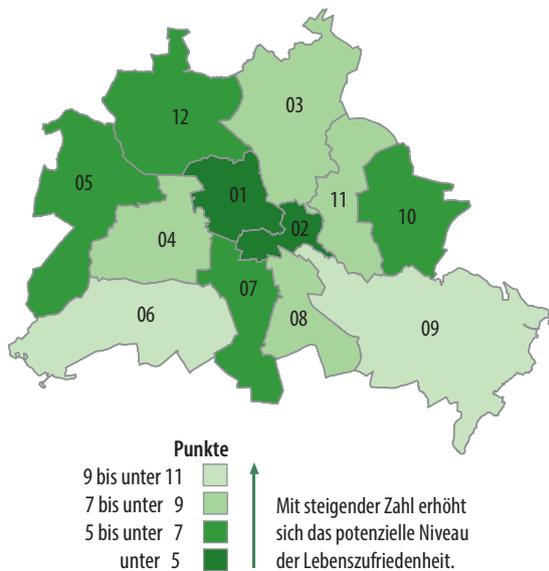
unter der Rubrik „Ökologie und Nachhaltigkeit“ wurde die Gewichtung modifiziert.

Ergebnisse und Diskussion

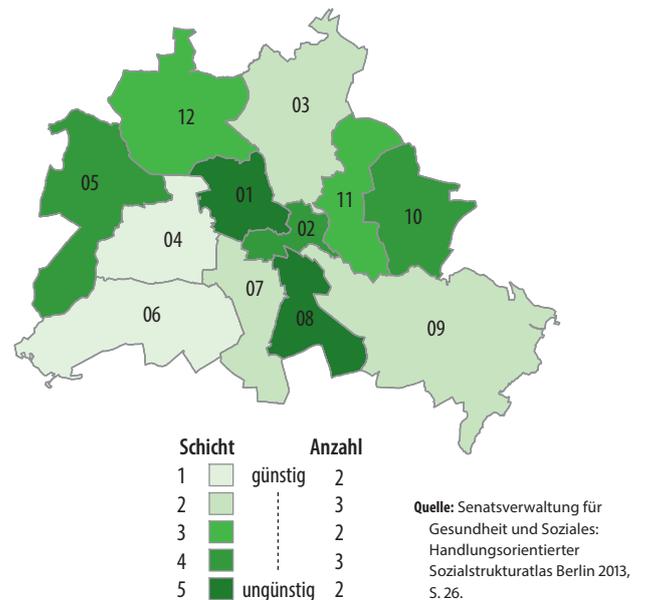
Generell lässt sich eine Konzentration der Bezirke im Mittelfeld (sechs Bezirke liegen zwischen 5 und 8 Punkten) feststellen, während jeweils drei Bezirke deutlich höhere beziehungsweise niedrigere Gesamtpunkte erhalten. Die Bezirke Treptow-Köpenick, Steglitz-Zehlendorf und Pankow weisen den höchsten Grad an potenzieller Lebenszufriedenheit aus, während sich die Bezirke Spandau, Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte als Orte relativ geringer potenzieller Lebenszufriedenheit identifizieren lassen (Tabelle 2). Dieses Ergebnis ist hinsichtlich der bezirklichen Auswertungen auf Grundlage des Sozialindex I erwartungsgemäß. Die Ergebnisse des Sozialindex I und der hier vorgestellten Berechnung werden anhand der Abbildungen b und c in Kartenform gegenübergestellt.

Günstige Werte im Sozialindex I nehmen vor allem die Bezirke Steglitz-Zehlendorf und Charlottenburg-Wilmersdorf an. Umgekehrt weisen Neukölln und Mitte ungünstige Werte auf. Die hier vorgestellte Herangehensweise identifiziert ebenfalls Steglitz-Zehlendorf als die Lebenszufriedenheit potenziell günstig beeinflussenden Bezirk. Charlottenburg-Wilmersdorf findet sich im vorgestellten Ranking mit Platz vier ebenfalls auf einem vorderen Rang. Der Bezirk Mitte weist den ungünstigsten Wert auf. Die in beiden Auswertungen in der Mitte liegenden Bezirke Tempelhof-Schöneberg, Lichtenberg, Reinickendorf und Marzahn-Hellersdorf deuten auf weitere Übereinstimmungen zwischen den Indizes hin. Mit Blick auf den Vergleich zwischen den Resultaten der beiden Indizes kann vermutet werden, dass die teilweise Verwendung von gleichen Indikatoren [18] zu den inhaltlich ähnlichen Ergebnissen führt. Auch kann die Ähnlichkeit als Indiz dafür gewertet werden, dass das hier vorgestellte

b | Grad der potenziellen Lebenszufriedenheit im Landesmaßstab



c | Sozialindex I 2013 für die Berliner Bezirke



Berliner Bezirke	Punkte
01 Mitte	0,8
02 Friedrichshain-Kreuzberg	1,6
03 Pankow	8,6
04 Charlottenburg-Wilmersdorf	8,3
05 Spandau	5,0
06 Steglitz-Zehlendorf	9,6
07 Tempelhof-Schöneberg	6,2
08 Neukölln	7,0
09 Treptow-Köpenick	10,6
10 Marzahn-Hellersdorf	6,7
11 Lichtenberg	7,3
12 Reinickendorf	6,1

Quelle: Eigene Berechnung

2 | Ranking und Grad der potenziellen Lebenszufriedenheit im Bezirksvergleich

Bezirk	Materieller Wohlstand (1)		Soziales und Teilhabe (2)		Ökologie und Nachhaltigkeit (3)		Gesamtpunkte	Platzierung
	Punkte	Gewichtet 0,4	Punkte	Gewichtet 0,4	Punkte	Gewichtet 0,2		
Mitte.....	1,0	0,4	0,3	0,1	1,5	0,3	0,8	12
Friedrichshain-Kreuzberg.....	0	0	3,7	1,5	0,5	0,1	1,6	11
Pankow.....	7,0	2,8	13,3	5,3	2,5	0,5	8,6	3
Charlottenburg-Wilmersdorf.....	3,0	1,2	17,3	6,9	1,0	0,2	8,3	4
Spandau.....	5,0	2,0	6,3	2,5	2,5	0,5	5,0	10
Steglitz-Zehlendorf.....	7,0	2,8	15,7	6,3	2,5	0,5	9,6	2
Tempelhof-Schöneberg.....	4,0	1,6	10,7	4,3	1,5	0,3	6,2	8
Neukölln.....	3,0	1,2	13,3	5,3	2,5	0,5	7,0	6
Treptow-Köpenick.....	9,0	3,6	16,0	6,4	3,0	0,6	10,6	1
Marzahn-Hellersdorf.....	7,0	2,8	9,0	3,6	1,5	0,3	6,7	7
Lichtenberg.....	7,0	2,8	10,0	4,0	2,5	0,5	7,3	5
Reinickendorf.....	5,0	2,0	9,0	3,6	2,5	0,5	6,1	9

Ranking in der Methodik greift und einen adäquaten Weg der Operationalisierung findet.

Tabelle 3 stellt die Gesamtzahl der Platzierung in den Kategorien „Top 3“, „Neutral“ und „Bad 3“ innerhalb der einzelnen Indikatorebenen für die Bezirke dar. Beispielsweise nimmt der Bezirk Treptow-Köpenick in der Säule „Materieller Wohlstand“ den ersten Platz ein, weil er bei vier von fünf Indikatoren dieser Säule einen Platz unter den besten drei Bezirken innehat.

Bei der Betrachtung der Tabelle fallen einige Werte sofort ins Auge. So überrascht beispielsweise der Bezirk Spandau mit einer großen Zahl (15 von 21) an neutralen Platzierungen und vergleichsweise soliden Werten innerhalb der einzelnen Untersuchungsebenen. Für Tempelhof-Schöneberg zeigt sich ein ähnliches Bild, neben vielen neutralen Platzierungen gibt es nur wenige in den Extremen „Top 3“ und „Bad 3“. Ähnlich verhält es sich in den Bezirken Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Reini-

ckendorf. Ferner wird deutlich, warum insbesondere die Bezirke Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg ein so schlechtes Ergebnis erzielen, Neukölln sich aber im Mittelfeld der Platzierung etablieren kann. Neukölln erhält in circa 42% der Kategorien (9 von 21) eine Bad-3-Platzierung, besitzt aber umgekehrt in über der Hälfte der betrachteten Kategorien neutrale Wertungen beziehungsweise eine Top-3-Bewertung.

Abschließend wird der Grad der potenziellen Lebenszufriedenheit mit anderen Erhebungsgrößen der Bezirke in Beziehung gesetzt (Tabelle 4).

Die Bezirke Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg weisen einen hohen Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund auf. Zudem besitzen die vergleichsweise geringsten Quoten an Verheirateten. Der Altenquotient unterdessen liegt in beiden Bezirken deutlich unter dem Berliner Durchschnitt. Bei den Spitzenreitern des Rankings, Treptow-Köpenick und Steglitz-Zehlendorf, finden sich ebenfalls einige

Gemeinsamkeiten. So liegt der Altenquotient in beiden Bezirken mit 40% und 39,9% deutlich oberhalb des Berliner Durchschnitts von 28,4%. Daneben ist die Quote der Verheirateten in beiden Bezirken überdurchschnittlich, der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist hingegen in beiden Bezirken unterdurchschnittlich. Im Ergebnis lassen sich partielle Auffälligkeiten und Zusammenhänge erkennen, eine augenscheinliche Korrelation zwischen einer in Tabelle 4 aufgeführten Erhebungsgröße und dem hier vorgestellten Grad der potenziellen Lebenszufriedenheit eines Bezirks zeigt sich jedoch nicht deutlich.

3 | Gesamtzahl der jeweiligen Platzierungen pro Bezirk

Bezirk	Materieller Wohlstand (1)			Soziales und Teilhabe (2)			Ökologie und Nachhaltigkeit (3)		
	Platzierung								
	Top 3	Neutral	Bad 3	Top 3	Neutral	Bad 3	Top 3	Neutral	Bad 3
Mitte.....	0	1	4	0	1	12	1	1	1
Friedrichshain-Kreuzberg.....	0	0	5	0	5	8	0	1	2
Pankow.....	2	3	0	6	7	0	1	2	0
Charlottenburg-Wilmersdorf	0	3	2	2	6	5	0	2	1
Spandau.....	0	5	0	2	8	3	1	2	0
Steglitz-Zehlendorf.....	3	1	1	8	5	0	1	1	1
Tempelhof-Schöneberg.....	1	2	2	2	10	1	0	2	1
Neukölln.....	1	1	3	0	7	6	2	1	0
Treptow-Köpenick.....	4	1	0	9	4	0	2	0	1
Marzahn-Hellersdorf.....	2	3	0	4	7	2	0	2	1
Lichtenberg.....	2	3	0	3	8	2	1	2	0
Reinickendorf.....	1	3	1	4	6	2	1	1	1

Quelle: Eigene Berechnungen

4 | Die Betrachtung der Ergebnisse mit zusätzlichen Erhebungsgrößen

Bezirk	Einwohner	Wanderungssaldo	Migrationshintergrund	Jugendquotient	Altenquotient	Verheiratet/eingetragene Lebenspartnerschaft	Grad der potenziellen Lebenszufriedenheit	
	Anzahl		%				Gesamtpunkte	Platzierung
Mitte.....	316 507	5 398	44,9	18,6	19,6	30,5	0,8	12
Friedrichshain-Kreuzberg.....	251 226	2 723	35,2	17,3	13,3	24,5	1,6	11
Pankow.....	355 361	3 631	11,1	19,3	22,5	32,2	8,6	3
Charlottenburg-Wilmersdorf	290 741	3 545	28,4	16,7	33,5	36,9	8,3	4
Spandau.....	214 235	3 096	24,3	20,8	35,7	41,3	5,0	10
Steglitz-Zehlendorf.....	277 078	3 153	19,8	20,7	39,9	41,4	9,6	2
Tempelhof-Schöneberg.....	316 936	1 029	29,1	18,6	30,4	37,6	6,2	8
Neukölln.....	298 552	5 439	35,3	20,4	25,9	36,0	7,0	6
Treptow-Köpenick.....	237 881	2 362	6,4	18,4	38,5	40,0	10,6	1
Marzahn-Hellersdorf.....	243 893	2 822	11,1	17,6	23,1	40,9	6,7	7
Lichtenberg.....	252 197	2 862	13,0	17,1	30,3	37,1	7,3	5
Reinickendorf.....	237 758	3 361	22,7	20,8	38,5	41,1	6,1	9
Berlin insgesamt	3 292 365	39 421						
Berlin (Durchschnitt)			23,9	18,8	28,4	36,3		

Quelle: Mikrozensus 2011

Weiterführende Anmerkungen

Die bezirkliche Auswertung der Ergebnisse hat aufgrund der inhomogenen Verhältnisse innerhalb der Bezirke zwar im Allgemeinen Gültigkeit, kann aber im Speziellen auch zu falschen Rückschlüssen führen. Zur Verdeutlichung sei darauf hingewiesen, dass der Bezirk Mitte den geringsten Grad an potenzieller Lebenszufriedenheit unter allen Berliner Bezirken aufweist, aber zum Beispiel mit den Quartieren Unter den Linden, Hackescher Markt und Potsdamer Platz aktuell drei der fünf Quartiere mit den höchsten Angebotsmieten der Stadt besitzt [19]. Eine aufwendige Analyse auf Ebene der lebensweltlich orientierten Räume (LOR) erscheint somit erstrebenswert. Der Einfluss von soziodemographischen Merkmalen auf die Präferenzen der Einwohner macht eine nach diesen klassifizierte Auswertung ebenfalls erstrebenswert. Ferner ist für eine Abbildung der derzeitigen vorherrschenden Trends auch eine Analyse mithilfe von aktuellen Wachstumsraten interessant. Abschließend bleibt anzumerken, dass diese Arbeit nur einen Teil der gegebenen Möglichkeiten abdeckt und beispielsweise keine Indikatoren betrachtet, die das kulturelle Angebot, kiez- oder bezirksspezifische Eigenheiten oder etwa die Vermögenslage der Berlinerinnen und Berliner wiedergeben.



Friedemann Brockmeyer studierte nach dem Abitur 2012 zunächst Rechtswissenschaften an der Universität Osnabrück. 2014 entschied er sich für das Studium der Volkswirtschaftslehre an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Quellenverzeichnis

- [1] Sattler, Karl-Otto: Mit W3 zur Nachhaltigkeit wirtschaften (2015), <http://www.das-parlament.de/2013/17/WirtschaftFinanzen/44389998/323190> (Der Bundestag, Stand: 22.07.2016)
- [2] Stiglitz, Joseph E.; Sen, Amartya; Fitoussi, Jean-Paul (2013): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress, u. a. S. 14.
- [3] Bundeszentrale für politische Bildung (2013): Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“: Schlussbericht.
- [4] Keuschnigg, Marc; Negele, Eva; Wolbring, Tobias (2010): Münchener Studie zur Lebenszufriedenheit, Arbeitspapier des Instituts für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München Nr. 4., hrsg. vom Institut für Soziologie.
- [5] Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2013): Regionaler Sozialbericht Berlin und Brandenburg, S. 4-5, 42.
- [6] Institut der deutschen Wirtschaft Köln (2015): Lebenszufriedenheit – Das Glück hängt an der Arbeit, Pressemitteilung Nr. 27 vom 18. Juni 2015, <http://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/beitrag/lebenszufriedenheit-das-glueck-haengt-an-der-arbeit-229913>, Stand: 13.03.2016.
- [7] Institut für Demographie Allensbach (2009): Das „Easterlin-Paradox“, S. 20, 22, 32.
- [8] Deutsche Seniorenliga e. V. (2011): Wohnsituation im Alter bestimmt die Lebensqualität, Rubrik: Aktuelles, Presse-Archiv. <http://www.deutsche-seniorenliga.de/aktuelles/presse-archiv/114-wohnsituation-im-alter-bestimmt-die-lebensqualitaet.html>, (12.03.2016).
- [9] Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (2012): Kurzfassung: Bevölkerungsprognose für Berlin und die Bezirke 2011-2030, S. 2.
- [10] Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (2014): Stadtentwicklungsplan Wohnen 2025, S. 28 ff.
- [11] Büscher, Andreas; Emmert, Stefanie; Hurrelmann, Klaus (2009): Die Wohnvorstellungen von Menschen verschiedener Altersgruppen, S. 51.
- [12] Bundeszentrale für Politische Bildung (2013): Datenreport 2013, 9. Öffentliche Sicherheit und Strafverfolgung, S. 300-304.
- [13] Landeskriminalamt Berlin (2011): Kriminalitätsatlas 2006-2011, ein deliktischer Kurzüberblick, S. 19 ff.
- [14] Weltgesundheitsorganisation (2014): Verfassung der WHO, S. 1.
- [15] Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz (2002): Statistische Kurzinformation: Neueste Lebenserwartungsberechnungen für die Berliner Bezirke: Deutliche Zusammenhänge zwischen Lebenserwartung, vermeidbaren Sterbefällen und sozialer Lage.
- [16] Robert-Koch-Institut (2014): GBE kompakt, Zahlen und Trends aus der Gesundheitsberichterstattung des Bundes, S. 2.
- [17] Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (2013): Basisbericht 2012/2013 – Daten des Gesundheits- und Sozialwesens, S. 50.
- [18] Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (2013): Handlungsorientierter Sozialstrukturatlas Berlin 2013, S. 24 ff.
- [19] CBRE GmbH (2015): Wohnungsmarkt-report, S. 49.
- Bibliographisches Institut (2013): Duden Wirtschaft von A bis Z. Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. 5. Aufl. Mannheim, Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2013. <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20037/lebensstandard>, Stand: 12.03.2016.
- Nations Development Programme, Rubrik: Data. (<http://hdr.undp.org/en/content/human-development-index-hdi>), Stand: 12.03.2016.
- Heidl, Christian M.; Landenberger, Margarete; Jahn, Patrick (2012): Lebenszufriedenheit in Westdeutschland – eine Querschnittsanalyse mit den Daten des Sozio-oekonomischen Panels, in SOEPPapers on Multidisciplinary Panel Data Research.
- OECD-Report (2014): All on board, making inclusive growth happen.
- Huschka, Denis; Wagner, Gert G.: Sind Indikatoren zur Lebensqualität und zur Lebenszufriedenheit als politische Zielgrößen sinnvoll? (2010), in SOEPPapers on Multidisciplinary Panel Data Research.
- Noelle-Neumann, Elisabeth; Petersen, Thomas (2005): Alle, nicht jeder. Einführung in die Methoden der Demoskopie, S. 95-97, S. 492-493.
- Miegel, Meinhard; Petersen, Thomas (2008): Der programmierte Stillstand, S. 51, 91-94.
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2013), Pressemitteilung Nr. 221 (08.08.2013): Mittleres Haushaltsnettoeinkommen 2012 in Berlin bei 1 650 EUR, in Brandenburg bei 1 750 EUR, <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/pms/2013/13-08-08c.pdf>, Stand: 12.03.2016.
- Der Polizeipräsident in Berlin (2013): Kriminalitätsbelastung in öffentlichen Räumen, S. 17.

Gewerbeanzeigen

Entwicklung des Gründungsgeschehens 2010 bis 2014 in den Berliner Bezirken

von **Lena Melcher** und **Julia Mundt**

Berlin hat sich in den vergangenen Jahren zu einer wichtigen Gründungsstadt in Deutschland entwickelt. Grund dafür sind vor allem die günstigen Rahmenbedingungen wie zum Beispiel niedrige Büro- und Standortkosten, eine hervorragende Infrastruktur, eine starke Vernetzung von Wirtschaft, Forschung und Technologie sowie ein großes Angebot mehrsprachiger Fachkräfte aus aller Welt. Berlin ist weltberühmt für seine Start-up- und Kreativszene. Menschen aus dem In- und Ausland ziehen in die Stadt, in der Ungewöhnliches akzeptiert wird und in der es Räume für neue Ideen gibt.

Der Beitrag ist die gekürzte Fassung einer im Wintersemester 2015/2016 im Rahmen der Lehrveranstaltung „Die Nutzung der amtlichen Statistik in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ entstandenen Forschungsarbeit, siehe Beitrag in diesem Heft.¹ Er beschäftigt sich mit der Entwicklung des Gründungsgeschehens in den Berliner Bezirken. Ziel war es herauszufinden, ob und welche kleinräumigen Unterschiede es zwischen den jeweiligen Bezirken gibt und welche Trends sich feststellen lassen.

Forschungsgegenstand und Indikatoren

Berlin ist in zwölf Bezirke untergliedert. Diese Bezirke unterscheiden sich sowohl in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Struktur als auch in ihrer stadträumlichen Lage. Daher ist es wichtig, bei der Analyse einen Blick auf die Daten auf Bezirksebene zu werfen. Die Datengrundlage hierfür bildet die Gewerbeanzeigenstatistik des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS). Die beiden Hauptindikatoren für diese Analyse sind die Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen in den jeweiligen Berliner Bezirken. Um die Gründungsintensität der Bezirke besser miteinander vergleichen zu können, wird der Betriebsbestand als Normierungsbasis herangezogen. Das Unternehmensregister und der Atlas der Wirtschaftseinheiten des AfS geben Auskunft über diesen Gewerbestand beziehungsweise über die Gewerbeanmeldungen je 100 Betriebe.

Gewerbeanmeldungen

Gründe für eine Gewerbeanmeldung sind die Neuerrichtung eines Betriebes, der Zuzug aus einem anderen Meldebezirk, eine Umwandlung (Verschmelzung oder Spaltung), ein Rechtsformwechsel, ein Gesellschaftereintritt und Kauf, Pacht oder Erbfolge eines Betriebes.

Zunächst wird Berlin insgesamt betrachtet. Von 2010 bis 2012 stieg die Anzahl der Anmeldungen zuerst von 47 300 auf 48 072. Im deutschlandweiten Vergleich war Berlin damit das einzige Bundesland, welches in diesem Zeitraum einen Anstieg der Anmeldungen aufwies. In den zwei darauffolgenden Jahren sank die Zahl allerdings auf 44 924.

Mit knapp 92% aller Existenzgründungen ist die Neugründung die häufigste Gründungsform von Unternehmen. Im Jahr 2014 gab es in Berlin insgesamt 44 924 Gewerbeanmeldungen, wovon 41 252 Neugründungen waren. In den Jahren 2010 bis 2013 lässt sich eine ähnliche Verteilung beobachten. Bei den meisten Neugründungen handelte es sich zum Startzeitpunkt um Einzelunternehmen (80%).

Die Wirtschaftsstruktur der Hauptstadt ist vielfältig und wird von einer dynamischen Dienstleistungsbranche sowie innovativen Technologieunternehmen geprägt. Darüber hinaus gilt Berlin als bedeutendes Zentrum für die Kreativ- und Kulturwirtschaft und als wichtiger Medienstandort. Weitere bedeutende Wirtschaftszweige sind der Tourismus, der Einzelhandel und die Medizin- und Energietechnik. Seit 2010 gab es viele Neugründungen in den Bereichen Baugewerbe, Gastgewerbe und im Dienstleistungssektor.

In der folgenden Untersuchung richtet sich der Fokus der Betrachtung auf die Anzahl der Gewerbeanmeldungen je 100 Betriebe in den jeweiligen Bezirken.

Während in Berlin die Gesamtzahl der Gewerbeanmeldungen von 2010 bis 2014 um 5,0% sank, verlief die Entwicklung auf Bezirksebene sehr unterschiedlich (Tabelle 1).

An den Spitzenplatzierungen hat sich in den fünf Jahren nichts geändert. Spitzenreiter bleibt der Bezirk Neukölln mit der höchsten Anzahl an Gewerbe-

¹ siehe S. 10-12; „Das AfS als aktiver Wissensvermittler in der Hochschullehre“

anmeldungen, gefolgt von Mitte und Spandau. Betrachtet man bei der Analyse jedoch nur die reinen Gewerbeanmeldungen, ohne den Unternehmensbestand als Normierungsbasis, so verändert sich das Ranking der Bezirke. In diesem Fall liegt für 2010 bis 2014 der Bezirk Mitte auf Platz 1, gefolgt von den Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf und Neukölln. Bei den unterschiedlichen Betrachtungsweisen ist gut zu erkennen, wie sich der Unternehmensbestand in den jeweiligen Bezirken auf die Gründungsintensität auswirkt. Besonders deutlich wird dieser Unterschied im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf. Bei den Gewerbeanmeldungen ohne Normierung nimmt er Platz 2 ein, wohingegen er bei der Analyse mit Normierung immer einen der letzten Plätze belegt.

Der im Südosten der Stadt gelegene Bezirk Neukölln ist einer der wichtigsten Industriebezirke Berlins. Wichtige Standortvorteile sind eine hervorragende Infrastruktur und die enge Verbindung zum Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Berlin-Adlershof mit dem Schwerpunkt Forschung, Entwicklung und Vermarktung von Zukunftstechnologie. Im Jahr 2010 kam der Bezirk auf 49,2 Anmeldungen je 100 Betriebe. Neukölln erreichte 2011 sein Maximum von 53,8 Anmeldungen. Danach sank die Zahl bis auf 47,8 im Jahr 2014. In dem Bezirk gab es von 2010 bis 2014 insgesamt einen Rückgang von 2,8 %.

Mit einem deutlichen Abstand zu Platz 1 rangiert der Bezirk Mitte auf Platz 2. Im Herzen der Stadt ist der Sitz von Bundespolitik, Wirtschaftsverbänden, wichtigen Institutionen und Existenzgründernetzwerken. Neben zahlreichen Botschaften und Banken finden sich hier auch gemütliche Wohnviertel und eine interessante Kneipen- und Kunstszene. Mit 37,9 Anmeldungen je 100 Betriebe im Jahr 2010 liegt der Bezirk Mitte deutlich hinter Neukölln. Im Jahr 2014 sank die Zahl auf 34,7. Das entspricht einem Rückgang von 8,4 %.

Mit einem kleineren Abstand zu Platz 2 folgt der Bezirk Spandau auf Platz 3. Dieser westliche Bezirk Berlins ist industriell geprägt und verfügt über große Gewerbeflächen in wirtschaftlich günstiger Lage. Global tätige Unternehmen haben hier ihren Sitz. Der Bezirk Spandau ist ein bedeutender Industriestandort mit direkter Anbindung an das Wasser-,

Schienen- und Bundesstraßennetz. Darüber hinaus sind die Berliner Innenstadt und das Brandenburger Umland schnell erreichbar. Zwischen den einzelnen Jahren lassen sich keine großen Unterschiede bei der Anzahl der Gewerbeanmeldungen feststellen. Der Rückgang von 2010 bis 2014 liegt hier bei 11,8 %.

Im Bezirk Lichtenberg verringerte sich das Gründungsgeschehen in den fünf betrachteten Jahren um 13,8 %. Trotzdem bietet Lichtenberg weiterhin günstige Standortbedingungen für Gewerbe, Handel und Dienstleistungen und ist – wie z. B. Spandau – ebenfalls industriell geprägt. Obwohl der Bezirk zu den kleineren der Hauptstadt gehört, verfügt er über große Gewerbegebiete, eine gute Infrastruktur und mehrere Hochschulen.

Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg wies in den letzten fünf Jahren insgesamt ein Minus von 16,7 % auf. Ein hoher Bevölkerungszuwachs, die unmittelbare Nähe zum Regierungsbezirk Mitte und eine exzellente Verkehrsanbindung sind nur einige der vielen Standortvorteile.

Marzahn-Hellersdorf befand sich bei dieser Analyse immer im Mittelfeld des Bezirke-Rankings. Der Bezirk liegt im Nordosten Berlins und verfügt gemeinsam mit dem Nachbarbezirk Lichtenberg über das größte Gewerbeareal Berlins. Dieses bietet ein attraktives Umfeld für Unternehmen, insbesondere aus den Bereichen Industrie, Baugewerbe, Handel und Gesundheitswirtschaft. Der Bezirk ist nur wenige Minuten vom Berliner Autobahnring entfernt und bietet somit eine gute Verkehrsanbindung. Des Weiteren besteht ein vielfältiges Angebot an Industrie- und Gewerbeflächen. Seit 2010 kam es in den Bereichen Baugewerbe und Handel sowie im Dienstleistungsbereich zu den meisten Gewerbeanmeldungen. Das Besondere an diesem Bezirk ist, dass er in dieser Analyse der Einzige mit einer positiven Gründungsentwicklung ist. Während sich in allen anderen Bezirken ein Rückgang der Gründungsintensität in den betrachteten fünf Jahren beobachten lässt, steigt hier die Zahl der Gewerbeanmeldungen geringfügig von 27,7 Anmeldungen in 2010 auf 28,2 Anmeldungen je 100 Betriebe in 2014. Das entspricht einem Anstieg von 1,8 %.

Die Bezirke Reinickendorf und Treptow-Köpenick sind die Bezirke mit den größten Schwankungen im Ranking. Reinickendorf befand sich 2010 auf Platz 7 mit 26,9 Anmeldungen je 100 Betriebe und schaffte es im Jahr 2013 bis auf Platz 4 mit 30,9 Gewerbeanmeldungen. Der Bezirk liegt im Nordwesten Berlins und verfügt ebenfalls über große Gewerbeflächen. Reinickendorf befindet sich in unmittelbarer Nähe zum Flughafen Tegel und ist verkehrstechnisch gut mit der Berliner Innenstadt und dem Berliner Umland verbunden. Das Baugewerbe, der Handel, die Dienstleistungsbranche und das Gesundheits- und Sozialwesen sowie das Grundstücks- und Wohnungswesen sind hier stark vertreten. Ähnlich wie im Bezirk Hellersdorf-Marzahn kam es in Reinickendorf in den letzten fünf Jahren in den Bereichen Handel, Baugewerbe und der Erbringung von Dienstleistungen zu den häufigsten Gewerbeanmeldungen. Die Gründungsintensität sank bis 2014 um nur 0,4 %. In Reinickendorf lässt sich bei der Analyse somit der geringste Anmelde-rückgang feststellen.

1 | Gewerbeanmeldungen je 100 Betriebe von 2010 bis 2014 in den Berliner Bezirken

Bezirk	2010	2011	2012	2013	2014
Mitte.....	37,9	38,3	38,3	35,4	34,7
Friedrichshain-Kreuzberg.....	29,4	28,9	30,3	26,0	24,5
Pankow.....	25,2	23,7	21,1	20,3	20,6
Charlottenburg-Wilmersdorf	22,5	23,6	21,3	22,1	21,3
Spandau.....	34,8	34,0	34,1	30,3	30,7
Steglitz-Zehlendorf.....	19,8	19,4	18,3	17,3	17,4
Tempelhof-Schöneberg.....	25,4	25,3	23,7	22,5	22,1
Neukölln.....	49,2	53,8	52,7	50,9	47,8
Treptow-Köpenick.....	25,5	21,7	22,1	21,4	21,1
Marzahn-Hellersdorf.....	27,7	27,0	26,1	28,6	28,2
Lichtenberg.....	33,3	30,8	27,0	27,9	28,7
Reinickendorf.....	26,9	28,6	29,4	30,9	26,8

Der Bezirk Treptow-Köpenick liegt im Südosten Berlins. Hier befinden sich mehrere große Zentren für Wissenschaft, Wirtschaft und Medien. Der Bezirk belegte 2010 mit 25,5 Anmeldungen je 100 Betriebe Platz 8. Bereits 2011 sank die Zahl der Anmeldungen auf 21,7 je 100 Betriebe, wodurch der Bezirk auf Platz 11 zurückfiel. Insgesamt lässt sich von 2010 bis 2014 ein Rückgang von 17,3% erfassen. Wie in den anderen Bezirken sind hier hauptsächlich das Baugewerbe, der Handel und der Dienstleistungssektor vertreten. Auch eine Vielzahl von Unternehmen, die der Informationstechnologie und dem Gastgewerbe angehören, hat sich in Treptow-Köpenick angesiedelt.

Aufgrund seiner verkehrsgünstigen Lage sowie dem umfangreichen Angebot an Industrie- und Gewerbeflächen stellt auch der Bezirk Tempelhof-Schöneberg einen interessanten Standort für die Wirtschaft dar. Auffällig ist ein besonders hoher Unternehmensbestand im Bereich Handel. Von 2010 bis 2014 schwankte die Platzierung immer wieder zwischen Platz 8 und 9. Die Gründungsintensität sank insgesamt um 12,9%.

Pankow ist mit 384367 Einwohnern der einwohnerreichste Bezirk Berlins. Der Bezirk zeichnet sich sowohl durch eine hervorragende Verkehrsanbindung als auch einen kontinuierlichen Bevölkerungszuwachs aus. Zu den wichtigen Standorten zählen zum Beispiel der Campus Berlin-Buch mit einem der größten Biotechparks Deutschlands und das Industrieareal PankowPark. Die Zahl der Gewerbeanmeldungen sank in den fünf Jahren um 18,3%.

Charlottenburg-Wilmersdorf ist für prestigeträchtige Handels- und Gewerbestandorte bekannt. Der Bezirk bietet nicht nur ein attraktives Wohnumfeld, sondern ist auch Standort zweier Universitäten und zahlreicher Forschungsinstitute. Zu den wichtigsten Branchen zählen der Einzelhandel, die Informations- und Kommunikationswirtschaft, die Kultur- und Kreativwirtschaft und hochwertige Dienstleistungen. Insgesamt zeigt sich bei den Gewerbeanmeldungen je 100 Betriebe ein Rückgang von 5,3%.

Von 2010 bis 2014 belegte der Bezirk Steglitz-Zehlendorf durchgängig mit Abstand den letzten Platz im Ranking. Von nur 19,8 Anmeldungen je 100 Betriebe im Jahr 2010 sank die Gründungsintensität seitdem weiter auf 17,4 Anmeldungen. Der Bezirk liegt im Berliner Südwesten und zeichnet sich durch die enge Zusammenarbeit von Universitäten, Forschungsinstituten und Wirtschaft aus. In den letzten fünf Jahren ließ sich in diesem Bezirk ein Rückgang von 12,1% beobachten.

Trotz eines allgemeinen Rückgangs bei den Gewerbeanmeldungen in den jeweiligen Berliner Bezirken bzw. in Berlin insgesamt, lässt sich nicht unbedingt eine negative Entwicklung des Gründungsgeschehens ableiten.

Gewerbeabmeldungen

Neben den Gewerbeanmeldungen ist für die Beschreibung des Gewerbegeschehens der Bereich der Gewerbeabmeldungen von großer Bedeutung. Ohne langfristig bestehende Gewerbe kann nicht von einer erfolgreichen Entwicklung des Grün-

dungsgeschehens gesprochen werden. Im Folgenden sollen die Abmeldungen in Berlin und den einzelnen Bezirken näher untersucht werden.

Bei den Gewerbeabmeldungen ist zwischen den Arten und Ursachen zu unterscheiden. Dabei zählt zu den Arten die Aufgabe des Betriebes, die Verlegung, Aufgabe infolge einer Umwandlung, eine Rechtsformänderung, Gesellschafteraustritt sowie der Verkauf, Verpachtung und Vererbung. Ursachen, zu denen das Insolvenzverfahren, persönliche Gründe oder auch die Nichtausübung des Betriebes gehören, beschreiben den Grund der Gewerbeabmeldungen. Es ist zu beobachten, dass für Berlin die Anzahl der Abmeldungen in den Jahren 2010 bis 2012 von 31626 auf 36600 stetig gestiegen ist. Von 2012 bis 2014 bewegten sich die Zahlen auf etwa dem gleichen Niveau. Die Aufgabe eines Gewerbes ist in Berlin die häufigste Art der Gewerbeabmeldung. Allein im Jahr 2014 gab es 31460 vollständige Aufgaben, das sind etwa 89% aller Abmeldungen. Ähnliche Verhältnisse lassen sich auch für die Jahre 2010 bis 2013 nachweisen.

Gewerbetreibende können bei der Abmeldung ihrer Tätigkeit eine Ursache dafür angeben, allerdings wird von dieser Möglichkeit selten Gebrauch gemacht. Im Jahr 2014 betrug die Zahl der Gewerbetreibenden, die dazu keine Angaben tätigten 19161, gefolgt von sonstigen Gründen (5679) und von Amts wegen (3362).

Analog zu den Gewerbeanmeldungen werden auch die Gewerbeabmeldungen je 100 Betriebe in den jeweiligen Bezirken gewichtet. Dies ermöglicht einen besseren Vergleich der Bezirke, die sich zum einen stark in den Einwohnerzahlen und zum anderen in der Anzahl von Unternehmen unterscheiden. Dadurch ist zum Beispiel ein Vergleich von gewerbearmen und gewereichen Bezirken möglich.

Zur Vereinfachung wird für den Vergleich der Gesamtzahlen mit den gewichteten Zahlen das Jahr 2014 betrachtet. Aus den Daten wird ersichtlich, dass der Bezirk Mitte mit 5846 die meisten Abmeldungen verzeichnet, gefolgt von Charlottenburg-Wilmersdorf und Pankow. Die geringste Anzahl von Gewerbeabmeldungen weist mit 1782 Lichtenberg auf. Man kann nun annehmen, dass in den Bezirken mit den meisten Abmeldungen die Anzahl der Gewerbeanmeldungen am höchsten oder auch der Konkurrenzdruck am stärksten ist und folglich viele der Gewerbe eingestellt werden müssen. Schaut man sich jedoch die gewichteten Zahlen an, bei der die Daten mit der Anzahl der bestehenden Betriebe normiert werden, ändert sich die Verteilung. Der Bezirk Neukölln, welcher vorher im oberen Mittelfeld lag, schneidet bei dieser Betrachtung der Gewerbeabmeldungen mit 31,5% am schlechtesten ab. Ähnlich hohe Zahlen finden sich in den Bezirken Spandau (27,8%) und Reinickendorf (26,3%). Beide Bezirke haben bei der Betrachtung der Abmeldungen vergleichsweise niedrige Zahlen. Im Gegensatz dazu fällt die „Abmeldequote“ in Friedrichshain-Kreuzberg mit 15,7% vergleichsweise niedrig aus, wobei der Bezirk mit 2736 eine relativ hohe Anzahl von Abmeldungen aufweist. Nur für Zeh-

lendorf-Steglitz konnte mit 13,4% ein noch besserer Wert ermittelt werden. Ursachen für die niedrige Gewerbeabmeldequote in Friedrichshain-Kreuzberg können ein hoher Bevölkerungszuwachs sowie die junge Bevölkerung sein, die diesen Bezirk zu einem der Szenebezirke Berlins macht. Dies lässt sich jedoch nicht abschließend belegen.

Hypothesen

Nach den bereits erlangten Erkenntnissen über das Gründungsgeschehen in Berlin werden zwei Hypothesen überprüft, die im Folgenden näher erläutert werden.

- (1) Es gibt mehr Gewerbeabmeldungen in Bezirken mit einem größeren Unternehmensbestand.
- (2) Die Bezirke mit den meisten Neugründungen weisen gleichzeitig auch die meisten Stilllegungen auf.

Hypothese (1) geht auf die Annahme zurück, dass bestehende Betriebe andere Gewerbetreibende anziehen. Das kann zum einen daran liegen, dass ein großer Bestand an Unternehmen einen lukrativen Bezirk suggeriert. Dort, wo bereits viele andere Unternehmen etabliert sind, wird es wahrscheinlicher sein, selbst erfolgreich zu sein. Zum anderen kann der große Unternehmensbestand als Zulieferer oder Abnehmer für die eigenen Güter oder Dienstleistungen dienen. Dies verkürzt den Weg, den das eigene Produkt zurücklegen muss. Außerdem lässt eine große Anzahl von bereits bestehenden Gewerben auf eine hohe Anzahl von Konsumenten schließen, die potenzielle Kunden für das eigene Gewerbe sind.

Die zweite Hypothese befasst sich mit den Gewerbeabmeldungen und erklärt sich dadurch, dass eine Vielzahl von Neugründungen hohen Konkurrenzdruck nach sich zieht. Das bedeutet, dass es beispielsweise zu einem Preisdruck kommt, der Gewerbetreibende nicht mehr rentabel arbeiten lässt. Folglich zwingt er diese, ihre Tätigkeiten aufzugeben und ihr Gewerbe abzumelden.

Analyse

Die Analyse bezieht sich auf die Jahre 2010 bis 2014. Anzumerken ist, dass die zur Prüfung der Hypothese (1) verwendeten Daten für den Unternehmensbestand aus dem Unternehmensregister in Berlin und Brandenburg nur bis zum Jahr 2012 zugänglich waren.

Die Aussagekraft der verwendeten Daten ist weiterhin eingeschränkt, weil in der Gewerbeabmeldestatistik die so genannten Urproduktionen (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Garten- und Weinbau sowie Bergbau), die „Freien Berufe“, Versicherungsunternehmen und die Verwaltung eigenen Vermögens, sofern sie nicht in Verbindung mit einer Gewerbetätigkeit ausgeübt werden, von der Anzeigepflicht ausgenommen sind.

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass nicht in jedem Fall einer Gewerbeabmeldung auch die tatsächliche Ausübung des Gewerbes folgt. Hinsichtlich der Gewerbeabmeldungen erfolgen nicht alle Abmeldungen sofort nach der Einstellung der wirtschaftlichen Tätigkeit.

Analyse von Hypothese (1)

Für die Analyse der ersten Hypothese wurden Daten zu den Gewerbeabmeldungen und der Anzahl der Unternehmen in den einzelnen Berliner Bezirken aus den Jahren 2010 bis 2012 betrachtet.

Anhand eines Streudiagramms (Abbildung a) wird im Fall von Hypothese (1) ein positiver Einfluss auf die Anzahl der Gewerbeabmeldungen durch den Unternehmensbestand in den einzelnen Berliner Bezirken gezeigt.

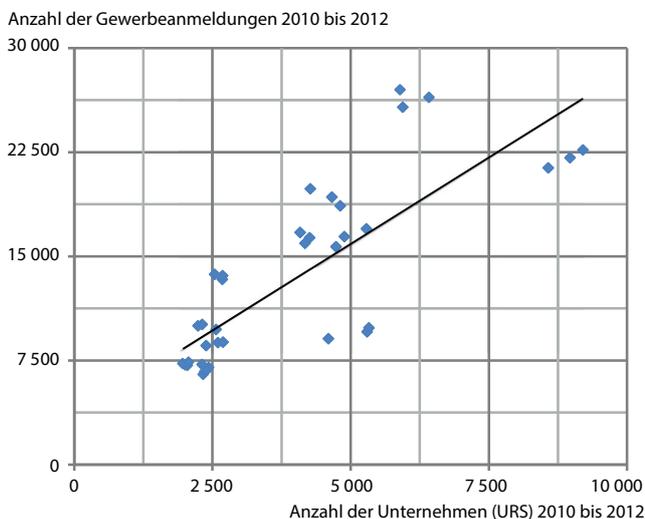
Des Weiteren sollte mit Hilfe einer linearen Regressionsanalyse die Beziehung der abhängigen und unabhängigen Variablen quantifiziert werden. Das Regressionsmodell sieht dabei wie folgt aus:

$$Y = \beta_0 + \beta_1 X_1 + \epsilon,$$

wobei Y = abhängige Variable (Gewerbeabmeldungen),
 X₁ = unabhängige Variable (Unternehmensbestand),
 β_j = Regressionskoeffizient (j=0,1),
 ε = statistischer Fehler.

Nach der Durchführung der Analyse ist beim vorliegenden Modell ein positiver Zusammenhang zwischen dem Unternehmensbestand und den Gewerbeabmeldungen zu erkennen. Erhöht sich die

a | Streudiagramm der Variablen „Gewerbeabmeldungen“ und „Anzahl der Unternehmen“ 2010 bis 2012 in den Berliner Bezirken



2 | Regressionstabelle der Variablen „Gewerbeabmeldungen“ und „Anzahl der Unternehmen“ Regressionsanalyse der Hypothese (1)

Abhängige Variable: Gewerbeabmeldungen

	Koeffizient	Standardfehler	t-Quotient	p-Wert
Konstante	552,465	496,503	1,1127	0,2736
Unternehmen	0,253858	0,033201	7,6461	<0,0001 ***

R-Quadrat..... 0,632283 Korrigiertes R-Quadrat 0,621468
 F(1, 34)..... 58,46251 P-Wert(F) 6,91E-09

Anzahl der Unternehmen um 1, steigen die Gewerbeanmeldungen im betrachteten Bezirk um 0,25. Zwar ist das Ausmaß der Erhöhung relativ klein, jedoch signifikant.

Weiterhin liegt das R-Quadrat im vorliegenden Fall bei 0,63 und hat damit einen respektablen Wert. Das korrigierte R-Quadrat hat einen Wert von 0,62 und liegt damit nur wenig unter dem nicht korrigierten Maß. Weiterhin ist der Standardfehler des Schätzers mit 0,03 sehr niedrig (Tabelle 2).

Hypothese (1) wird mit der abgeschlossenen Analyse unter Beachtung der vorher genannten Einschränkungen als bestätigt gesehen. Eine große Anzahl von Unternehmen hat folglich einen positiven Zusammenhang mit der Anzahl der Gewerbeanmeldungen.

Analyse von Hypothese (2)

Zur Prüfung der Hypothese (2) lagen mehr Daten vor. Diese beinhalten die Neugründungen und Stilllegungen von Gewerben in den Berliner Bezirken aus den Jahren 2010 bis 2014.

Die Bearbeitung der zweiten Hypothese ist in den Grundzügen identisch mit der Analyse der Hypothese (1). Abermals zeigt das Streudiagramm (Abbildung b) einen positiven Zusammenhang zwischen Neugründungen und Stilllegungen zwischen 2010 und 2014. Der lineare Zusammenhang wird sehr gut deutlich.

Wiederum wird der quantitative Zusammenhang zwischen der abhängigen und der unabhängigen Variable untersucht, wobei „Neugründungen“ die abhängige und „Stilllegungen“ die unabhängige Variable ist. Die Regressionsfunktion beschreibt sich wie folgt:

$$Y = \beta_0 + \beta_1 X_1 + \epsilon,$$

wobei Y = abhängige Variable (Neugründungen),
 X₁ = unabhängige Variable (Stilllegungen),
 β_j = Regressionskoeffizient (j=0,1),
 ε = statistischer Fehler.

Aus Tabelle 3 wird ersichtlich, dass abermals ein positiver und signifikanter linearer Zusammenhang zwischen den Variablen besteht. Zwar ist die Beziehung relativ gering, im Vergleich zur ersten Analyse jedoch stärker. Detailliert bedeutet dies, dass man bei einer Mengenerhöhung der Neugründungen um eins die Stilllegungen um 0,58 steigen. Wiederrum hat das R-Quadrat einen sehr hohen Wert, der bei 0,90 liegt – ebenso das korrigierte R-Quadrat. Darüber hinaus liegt mit 0,02 ein niedriger Standardfehler des Schätzers vor.

Alle vorliegenden Daten sprechen für ein aussagekräftiges Regressionsmodell, welches den vorliegenden positiven linearen Zusammenhang zwischen Neugründungen und Stilllegungen realitätsnah erklärt. Dementsprechend wird Hypothese (2) bestätigt, welche besagt, dass eine hohe Anzahl von Neugründungen von Gewerben eine hohe Anzahl von Stilllegungen zur Folge hat.

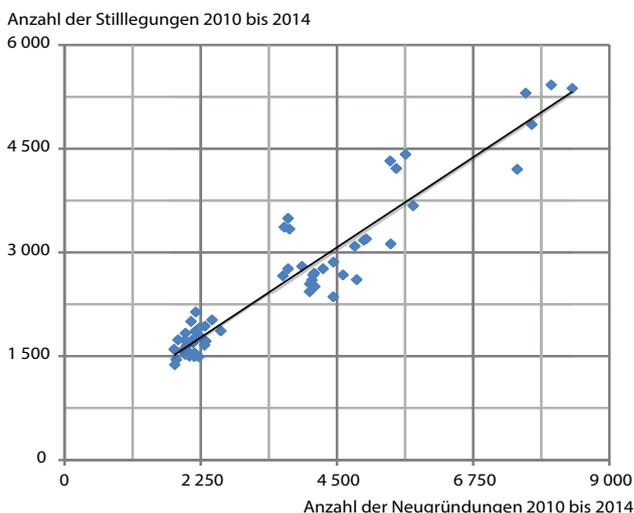
Weitere Erkenntnisse

Neben der Analyse der Hypothesen werden weitere Erkenntnisse zum Gründungsgeschehen in den einzelnen Berliner Bezirken mit Hilfe des Saldos der Gewerbeanzeigen gewonnen. Der Saldo der Gewerbeanzeigen berechnet sich aus der Differenz der Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen.

Gründungen sind ein wichtiger Teil eines funktionierenden Marktsystems. Oftmals tritt ein neues Unternehmen an die Stelle eines niedergelegten Gewerbes. Auch wenn diese Ersatzfunktion der Neugründungen wichtig ist, besteht die Möglichkeit, dass die neu angemeldeten Gewerbe bereits bestehende vom Markt verdrängen oder diese nur kurze Zeit bestehen. Das bedeutet, dass von einer hohen Anzahl an Gewerbeanmeldungen nicht auf die Qualität und Beständigkeit der Gewerbetreibenden in den Bezirken geschlossen werden kann.

Beispielhaft wird das Jahr 2014 betrachtet. Aus den Daten wird erkenntlich, dass für Berlin und seine Bezirke der Saldo der Gewerbeanzeigen positiv ist (Tabelle 4). Besonders hoch ist dieser im Bezirk Mit-

b | Streudiagramm der Variablen „Stilllegungen“ und „Neugründungen“ 2010 bis 2014 in den Berliner Bezirken



**3 | Regressionstabelle der Variablen „Stilllegungen“ und „Neugründungen“
 Regressionsanalyse der Hypothese (2)**

Abhängige Variable: Stilllegungen

	Koeffizient	Standardfehler	t-Quotient	p-Wert	
Konstante	467,494	98,5409	4,7442	<0,0001	***
Neugründungen	0,578763	0,024695	23,4369	<0,0001	***
R-Quadrat.....	0,904493		Korrigiertes R-Quadrat	0,902847	
F(1, 58).....	549,2867		P-Wert(F)	2,89E-31	

te mit 2482, das entspricht einem Überschuss von 29,8%, gefolgt von Neukölln mit einem Gewerbeanzeigensaldo von 1651, Friedrichshain-Kreuzberg mit 1540 und Charlottenburg-Wilmersdorf mit 1247. Anders sieht dies im Bezirk Pankow aus, der mit 4185 eine hohe Zahl an Gewerbeanmeldungen hat, jedoch aufgrund von 4157 Abmeldungen einen sehr niedrigen Saldo von nur 28 aufweist und damit das Schlusslicht der Berliner Bezirke bildet. Weiterhin weisen auch Reinickendorf mit einem Gewerbeanzeigensaldo von 54 und Marzahn-Hellersdorf mit 189 eher schlechte Salden auf. Insgesamt ergibt sich für Berlin ein Saldowert von 9673 und damit ein Überschuss von 21,5%.

Aus den erschlossenen Zahlen wird erkenntlich, dass die Anzahl der Gewerbeanmeldungen die Anzahl der -abmeldungen durchschnittlich weit übersteigt und somit zu einem positiven Saldo beider Kennzahlen führt. Dies lässt sich besonders in den Bezirken Mitte, Neukölln, Friedrichshain-Kreuzberg und Charlottenburg-Wilmersdorf beobachten. Andere Bezirke wiederum sind weniger langfristig mit Gewerben besiedelt.

Wie in Hypothese (2) beschrieben, zeigen Bezirke mit einer hohen Anzahl von Neugründungen gleichzeitig viele Stilllegungen auf. Betrachtet man nun die Zahlen aus dem Saldo der Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen, kann darauf geschlossen werden, dass dies für einige Bezirke stärker zutrifft als für andere Bezirke. Deshalb soll hier nochmals darauf hingewiesen werden, dass bei der Betrachtung der Salden alle Arten der An- und Abmeldungen in die Analyse einbezogen wurden.

Fazit

Berlin besitzt ein starkes Gründungsgeschehen. Jedoch lässt sich erkennen, dass sich der größte Teil des Gründungsgeschehens auf die inneren Bezirke konzentriert. Das lässt sich an der Anzahl der Gewerbeanmeldungen und am Saldo der Gewerbeanzeigen feststellen.

Die zwölf Berliner Bezirke unterscheiden sich in ihrem Gründungsgeschehen stark. Der hohe Betriebsbestand begünstigt die Neuanmeldung von Gewerben. Obwohl in den zwölf Bezirken in den letzten Jahren ein Rückgang der Gewerbeanmeldungen zu verzeichnen ist, lässt sich keine negative Entwicklung des Berliner Gründungsgeschehens feststellen. Auch wenn in Bezirken mit einer hohen Anzahl von Neugründungen die Totalaufgaben zunehmen, ist der Stand der Abmeldungen seit 2012 auf etwa dem gleichen Niveau.

In Bezug auf Hypothese (2) muss angemerkt werden, dass im Unternehmensregister – anders als in der Gewerbeanzeigenstatistik – Kleingewerbetreibende und viele nebenberuflich Selbstständige nicht erfasst werden. Des Weiteren werden alle Alleinselbstständigen, die Einnahmen aus steuerbefreiten Einnahmen erzielen, nicht in die Daten einbezogen. Andererseits berücksichtigt das Unternehmensregister die klassischen „Freien Berufe“, für die kein Gewerbe angemeldet werden muss. In Bezirken, in denen viele „Freie Berufe“ im Unternehmensregister erfasst sind, wird allein dadurch ein höherer Unternehmensbestand ausgewiesen, wodurch die Gründungsintensität niedriger ausfällt. Weiterhin muss beachtet werden, dass aus einer hohen Anzahl an Gewerbeanmeldungen keine Rückschlüsse auf die Qualität des Gewerbes gezogen werden können. Darüber hinaus gibt es keine zugänglichen Daten bezüglich der Lebensdauer eines Gewerbes oder darüber, ob es überhaupt ausgeübt wird. Zusätzlich können neu in den Markt eingetretene Gewerbe bereits bestehende Gewerbe verdrängen, weil sie effektivere Güter oder Dienstleistungen herstellen. Die angesprochenen Gegebenheiten können die Daten stark verzerren und dadurch die Realität nicht richtig wiedergeben. Es bietet sich daher an, diese Thematik in weiteren Forschungen im Bereich des Berliner Gründungsgeschehens zu untersuchen.

Lena Melcher und Julia Mundt sind Studentinnen der Betriebswirtschaftslehre an der Humboldt-Universität zu Berlin.

4 | Gewerbeanzeigen der Berliner Bezirke im Berichtsjahr 2014

Bezirk	Gewerbeanmeldungen	Gewerbeabmeldungen	Saldo
Mitte	8 328	5 846	2 482
Friedrichshain-Kreuzberg	4 276	2 736	1 540
Pankow	4 185	4 157	28
Charlottenburg-Wilmersdorf	5 912	4 665	1 247
Spandau	2 162	1 958	204
Steglitz-Zehlendorf	2 421	1 866	555
Tempelhof-Schöneberg	3 816	2 863	953
Neukölln	4 840	3 189	1 651
Treptow-Köpenick	2 204	1 852	352
Marzahn-Hellersdorf	2 123	1 934	189
Lichtenberg	2 200	1 782	418
Reinickendorf	2 457	2 403	54
Berlin	44 924	35 251	9 673

Literatur:

- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (Hrsg.): Atlas der Wirtschaftseinheiten, www.statistik-berlin-brandenburg.de/instantatlas/interaktivekarten/IA_Wirtschaftseinheiten/atlas.html, Stand: 27.07.2016.
- Business Location Center, www.businesslocationcenter.de/de/wirtschaftsstandort/die-berliner-bezirke, Stand: 27.07.2016.
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (Hrsg.): StatIS-BBB – Statistisches Informationssystem Berlin-Brandenburg, Gewerbeanzeigen, www.statistik-berlin-brandenburg.de/datenbank/inhalt-datenbank.asp, Stand: 27.07.2016.
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (Hrsg.): Statistischer Bericht D 12 – j / 2015 Gewerbeanzeigen im Land Berlin 2015, www.statistik-berlin-brandenburg.de/publikationen/stat_berichte/2016/SB_D01-02-00_2015j01_BE.pdf, Stand: 27.07.2016.

Preise

Die neue Mietenstichprobe im Verbraucherpreisindex

von Elke Zimmer

Im Rahmen der Verbraucherpreisstatistik stellen die Nettokaltmieten die bedeutendste Einzelposition dar. Ihre Entwicklung fließt mit einem Gewicht von 21 % in den monatlich von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder berechneten und veröffentlichten Verbraucherpreisindex ein. Auch die öffentliche Diskussion um steigende Mieten, besonders in großen Städten wie Berlin, zeigt ihre Bedeutung für die Wahrnehmung der Preisentwicklung. Umso wichtiger ist eine korrekte und repräsentative Abbildung der Mietenentwicklung in der Verbraucherpreisstatistik. Die frühere Stichprobe war ohne mietenspezifisches methodisches Konzept historisch gewachsen und ermöglichte neben der Berechnung von Bundes- und Landesergebnissen über die Entwicklung der Mieten im Zeitverlauf keine weiteren Auswertungen. Eine Analyse der vorliegenden Mikrodaten zu Mieten, Ergebnisse einer Umfrage bei den Landesämtern über deren Mietenstichproben sowie ein Workshop mit Nutzerinnen und Nutzern des Mietpreisindex zu ihren Anforderungen an einen Mietpreisindex bestätigten die diskutierten Kritikpunkte. Daher wurde vor dem Hintergrund dringend anstehender Verbesserungen im Frühjahr 2010 die Neukonzeption der Mietenstichprobe beschlossen. Dieser Beitrag informiert über das neue Konzept, den Stand des Aufbaus und noch zu klärende methodische Fragen.

Vorbemerkungen

Der Verbraucherpreisindex (VPI) für Mieten gibt die Entwicklung der im Bundesgebiet insgesamt und in den Ländern gezahlten Nettokaltmieten im Zeitverlauf an. Indizes für den zwischenörtlichen Vergleich von Wohnungsmieten zu einem Zeitpunkt oder Informationen zur absoluten Höhe der gezahlten Mieten werden gegenwärtig von der amtlichen Statistik nicht bereitgestellt. Die Preisentwicklung der Nettokaltmieten geht in den gesamten VPI auf der gegenwärtig aktuellen Basis 2010 \triangleq 100 mit einem Gewicht von 21,0% ein.

Aufgrund der sehr hohen Bedeutung der Mietenstichprobe für den VPI ergab sich sowohl aus Sicht der Statistik als auch der Nutzerinnen und Nutzer eine Reihe von Punkten, die dringend methodisch zu aktualisieren und zu vereinheitlichen waren. So gab es unter den Ländern u. a. erhebliche Differenzen in der räumlichen Abdeckung und der Abdeckung unterschiedlicher Vermietertypen. Die Mietenstichprobe war historisch gewachsen und keine echte Zufallsauswahl. Wegen des Fehlens einer geeigneten Auswahlgrundlage waren insbesondere private Kleinvermieter in der Stichprobe nicht hinreichend vertreten. Insgesamt war die regionale Abdeckung in Ostdeutschland größer als in Westdeutschland. Während im Osten einschließlich Berlin nahezu 90% der Kreise durch Mietpreiserhebungen abgedeckt waren, lag der Anteil im Westen mit knapp 50% deutlich darunter. Des Weiteren bestanden Unterschiede im Adressaten der Befragung (Vermieter/Mieter) oder im Umgang mit Ersetzungssituationen. Die Bewertung der Wohnlage und der Ausstattung der Wohnung erfolgte nicht nach einheitlichen Kriterien. Merkmale der Wohnungen wur-

den nur lückenhaft erhoben. Wohnungsneubauten wurden in keinem Bundesland systematisch in die Befragung einbezogen. Auch die bisher betrachteten sieben unterschiedlichen Wohnungstypen waren nicht mehr zeitgemäß. Allgemein wurde das Fehlen eines methodischen Konzeptes für die Mietenstichprobe kritisiert.

Um die Probleme zu lösen, wurde im Frühjahr 2010 eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingesetzt, in der neben dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Ämtern der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Sachsen auch das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg mitarbeitete. Weiterhin fand im Juni 2010 ein Workshop des Statistischen Bundesamtes mit Nutzerinnen und Nutzern von Daten im Immobilienbereich statt, um die Nutzerinteressen von Anfang an in die Neukonzeption der Mietenstichprobe einfließen zu lassen. Vertreter von Eurostat, der Europäischen Zentralbank, der Bundesbank, dem Bundesbauministerium, Verbänden der Wohnungswirtschaft und der Wissenschaft sowie den Statistischen Ämtern trafen sich zu einem regen Meinungs- und Erfahrungsaustausch. Dabei wurden sowohl die Grenzen und Probleme der bisherigen Mietenstichprobe als auch Ideen zur Weiterentwicklung von den Statistischen Ämtern erläutert und mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Workshops diskutiert. Gleichzeitig informierten die Nutzerinnen und Nutzer über ihre Anforderungen an die zukünftige Gestaltung der Mietenstichprobe, so dass gemeinsam die wichtigsten Arbeitsfelder für die Verbesserung des Nachweises der Mietpreisentwicklung im VPI identifiziert und unter Berücksichtigung der Möglichkeiten und Ressourcen der amtlichen Statistik festgelegt werden konnten.

Um sich einen Überblick über die meist gewachsene Erhebungsmethodik der Statistischen Landesämter zu verschaffen, wurde im Frühjahr 2009 eine Umfrage bei den Statistischen Landesämtern durchgeführt. Dadurch konnten ebenfalls Arbeitsfelder für eine Neukonzeption aufgezeigt sowie die Sicht der Erhebungspraxis in die Neukonzeption eingebracht werden. Die Ergebnisse zu den Themen Erhebungsweg, Befragungsprobleme, Merkmale, Umgang mit Mieterwechsel bzw. Leerstand und Berücksichtigung neuer Wohnungen wurden für die Neukonzeption der Mietenstichprobe genutzt.

Hauptarbeitsfelder bei der Neukonzeption der Mietenstichprobe

Aus der Umfrage bei den Statistischen Landesämtern und dem Workshop mit den Nutzerinnen und Nutzern wurden folgende Hauptarbeitsfelder abgeleitet und angegangen:

- Räumliche Verteilung der Stichprobe:
- Flächendeckende Erhebung von Mieten, mit Berücksichtigung der Regionen entsprechend ihrer Verbrauchsbedeutung,
 - Verwendung einer geeigneten räumlichen Klassifikation,
 - Berücksichtigung zukünftiger Anforderungen eines regionalen Preisvergleichs.

Einbeziehung verschiedener Vermietertypen:

- Systematische Einbeziehung privater Kleinvermieter,
- Entwicklung einer geeigneten Vermietertyp-Klassifikation,
- Korrekte Messung der Preisentwicklung und Berücksichtigung von Qualitätsänderungen sowie neu gebauter Wohnungen.

Veröffentlichung:

- Verbesserung der Ergebnisdarstellung,
- Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von Sonderauswertungen,
- Methodenbeschreibungen.

Das neue Stichprobendesign

Aufbauend auf den Hauptarbeitsfeldern wurde ein neues Stichprobendesign entwickelt. Die neue Mietenstichprobe soll den Mietwohnungsmarkt in Deutschland und den Ländern möglichst repräsentativ abbilden. Mit dem Umwelt- und wohnungsstatistischen Register (UWR) stand erstmals eine Auswahlgrundlage für die Ziehung einer Zufallsstichprobe zur Verfügung. Das UWR basiert auf dem Adressregister der Gebäude-

und Wohnungszählung (GWZ) 2011 und ausgewählten GWZ-Einzeldaten. Die Einteilung des UWR kann nach vielerlei Gesichtspunkten erfolgen. Für die Zwecke der Verbraucherpreisstatistik erschien die Schichtung nach den folgenden drei Dimensionen am sinnvollsten:

nach Art der Wohnung:

- Unterscheidung von nur noch fünf statt der bisherigen sieben Wohnungstypen entsprechend der COICOP-Klassifikation¹ des VPI,
- Unterscheidung nach der Finanzierungsart: öffentlich gefördert oder freifinanziert.

nach Vermietertyp:

- private Kleinvermieter (= Typ 1),
- Wohnungsunternehmen in öffentlicher und genossenschaftlicher Hand (= Typ 2),
- gewerbliche Wohnungsunternehmen (= Typ 3).

nach Kreistypen einer Raumordnungsregion² (Übersicht a):

- kreisfreie Großstädte,
- städtische Kreise,
- ländliche Kreise höherer Dichte,
- dünn besiedelte ländliche Kreise.

Gemäß diesen Unterteilungen wurde die Stichprobe aufgebaut.

Für die Einschätzung der Qualität der Stichprobe spielen auch das Alter der Wohnungen und des Mietvertrages eine Rolle, nach denen aber nicht quotiert werden sollte. Daher sollten zumindest Informationen über die Verteilung des Alters und der Mietvertragsaltersklassen in der Stichprobe zur Verfügung stehen. Um dies zu gewährleisten, ist re-

a | Kreistypen innerhalb der Raumordnungsregionen in Berlin und im Land Brandenburg

Kreistyp	Bedeutung	Raumordnungsregion (Kreise)	
		Berlin	Brandenburg
1	Kernstädte (kreisfreie Großstädte)	1101 (Berlin)	1201 (Potsdam) 1202 (Cottbus)
2	Verdichtetes Umland (städtische Kreise)	nicht vorhanden	nicht vorhanden
3	Ländliches Umland (ländliche Kreise höherer Dichte)	nicht vorhanden	1203 (Frankfurt (Oder), Fürstental, Eisenhüttenstadt, Erkner, Storkow, Bad Saarow, Neuzelle) 1205 (Bernau, Eberswalde, Wandlitz, Werneuchen)
4	Ländlicher Raum (dünn besiedelte ländliche Kreise)	nicht vorhanden	1201 (Brandenburg an der Havel, Rathenau, Luckenwalde, Beelitz, Nauen, Zossen, ...) 1202 (Königs Wusterhausen, Altdöbern, Wildau, Finsterwalde, Senftenberg, ...) 1203 (Strausberg, Wriezen, Bad Freienwalde, Seelow, Rüdersdorf, ...) 1204 (Oranienburg, Wittenberg, Neuruppin, Pritzwalk, Hennigsdorf, ...) 1205 (Schwedt (Oder), Angermünde, Prenzlau, Templin, Uckerland, ...)

1 Classification of Individual Consumption by Purpose: Die fachliche Gliederung des VPI erfolgt auf der Basis der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte (SEA, Ausgabe 2013), die sich an der Gliederungsstruktur der international abgestimmten Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualkonsums (COICOP, Ausgabe 2013) orientiert.

2 Zum Tragen kommen hier die 96 Raumordnungsregionen (Zusammenfassung von Kreisen in einer Region) und vier Kreistypen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBSR). Zum Begriff Kreistyp siehe auch die Dokumentation des BBSR unter <http://www.bbsr.bund.de>

gelmäßig ein Abgleich der tatsächlichen Altersverteilung der Wohnungen und der Mietverträge in der Stichprobe mit den Informationen des Statistischen Bundesamtes zur Grundgesamtheit vorgesehen. Insbesondere neu gebaute Wohnungen sollen künftig in die Erhebung mit einbezogen werden, sodass sie möglichst entsprechend ihrer Bedeutung in der Grundgesamtheit vertreten sind.

Die neue Stichprobe umfasst bundesweit knapp 20 000 Wohnungen. In Berlin beträgt der Stichprobenumfang 1 016 und im Land Brandenburg 699 Wohnungen. Die Aufteilung auf die verschiedenen Schichten erfolgte nach der Größe des Wohnungsbestandes. Bei den Vermietertypen wurden zusätzlich die Erhebungskosten berücksichtigt. So sind private Kleinvermieter, bei denen die Erhebung aufwendiger ist, zwar systematisch aber unterproportional in der Stichprobe vertreten. Dieser Mangel wird in der Indexberechnung durch explizite Gewichtung ausgeglichen (Tabelle 1).

Vorbefragung

Leider weist das UWR nicht alle für die Festlegung der Mietenstichprobe benötigten Merkmale auf. So war keine Aussage über die Größe oder über Vermietung bzw. Eigennutzung einer Wohnung möglich. Auch wird das Register nicht gepflegt und 2017 gelöscht. Daher war eine Vorbefragung notwendig, die 2013/2014 durchgeführt wurde. Die Stichprobe für die Vorbefragung fiel mit rund 75 000 bundesweiten Wohnungen deutlich größer aus als die der laufenden Erhebung (Zielstichprobe), da entsprechende Puffer für Antwortausfälle, selbstgenutztes Wohneigentum, für die zukünftig ebenfalls vorgesehene Rotation sowie notwendige Ersetzungen zu berücksichtigen waren (Tabelle 2). Nach Abschluss der Vorbefragung und deren Auswertung erfolgte die Ziehung der Zielstichprobe, die durch die Statistischen Landesämter seit Sommer 2014 aufgebaut werden konnte.

1 | Stichprobenumfang neue Mietenstichprobe

Bundesland	Stichprobenumfang
Baden-Württemberg.....	2 153
Bayern.....	2 576
Berlin.....	1 016
Brandenburg.....	699
Bremen.....	208
Hamburg.....	548
Hessen.....	1 535
Mecklenburg-Vorpommern..	550
Niedersachsen.....	1 721
Nordrhein-Westfalen.....	3 740
Rheinland-Pfalz.....	1 040
Saarland.....	306
Sachsen.....	1 569
Sachsen-Anhalt.....	727
Schleswig-Holstein.....	754
Thüringen.....	648
Deutschland	19 790

2 | Stichprobenumfang für die Vorbefragung zur neuen Mietenstichprobe

Bundesland	Stichprobenumfang
Baden-Württemberg.....	9 102
Bayern.....	10 211
Berlin.....	3 306
Brandenburg.....	2 472
Bremen.....	747
Hamburg.....	1 846
Hessen.....	5 933
Mecklenburg-Vorpommern..	1 870
Niedersachsen.....	6 383
Nordrhein-Westfalen.....	13 876
Rheinland-Pfalz.....	4 385
Saarland.....	1 381
Sachsen.....	5 387
Sachsen-Anhalt.....	2 614
Schleswig-Holstein.....	2 776
Thüringen.....	2 455
Deutschland	74 744

Erhebungsinhalte und -merkmale

In der Verbraucherpreisstatistik ist im Bereich der Nettokaltmieten die Preisentwicklung verschiedener Wohnungstypen abzubilden. Sie stellen unterschiedliche Segmente des Wohnungsmarktes dar. Die Einteilung ergibt sich aus der COICOP-Klassifikation für den VPI auf der Ebene der COICOP-10-Steller. Danach waren bisher sieben verschiedene Wohnungstypen in die Erhebung einzubeziehen. In der Praxis erwies sich diese Einteilung als zu kompliziert und wurde daher vereinfacht. Künftig sind statt der zuvor sieben Wohnungstypen nur noch fünf Typen zu befragen (Übersicht b). Im Bereich der Neubauwohnungen wurden öffentlich geförderte und frei finanzierte Wohnungen zu einer Position je Größenklasse (bis zu 70 m²; über 70 m²) zusammengefasst und die Bezeichnung der Positionen entsprechend angepasst. Außerdem wurde in der ursprünglichen Beschreibung der Mieten-Positionen auch nicht ausdrücklich erwähnt, dass es sich hierbei um Nettokaltmieten, also um Mieten ohne Nebenkosten (Betriebskosten und Energie), handelt. Um Missverständnisse zu vermeiden, wird dies jetzt in der neuen Bezeichnung berücksichtigt.

Neben der Bezeichnung der Erhebungspositionen nach der COICOP-Klassifikation werden in der Verbraucherpreisstatistik für jede Position auch preisbestimmende Merkmale, sogenannte Feinbeschreibungsmerkmale (FBM), welche die Eigenschaften der Erhebungsposition, in diesem Fall der Wohnung, näher definieren, festgelegt und mit erhoben. Damit wird sichergestellt, dass Preisänderungen, die durch

b | Gegenüberstellung der Wohnungstypen der Mietenstichprobe nach alter und neuer Fassung

Erhebungskatalog 2010	Erhebungskatalog 2015
Miete Altbauwohnung bis 70 m ² , (Baujahr vor 1948), frei finanziert	Nettokaltmiete Wohnung bis zu 70 m ² , gebaut bis 1948
Miete Altbauwohnung ab 70 m ² , (Baujahr vor 1948), frei finanziert	Nettokaltmiete Wohnung über 70 m ² , gebaut bis 1948
Miete Neubauwohnung bis 70 m ² , (Baujahr ab 1948) frei finanziert	Nettokaltmiete Wohnung bis zu 70 m ² , gebaut ab 1948, öffentlich gefördert oder frei finanziert
Miete Neubauwohnung bis 70 m ² , (Baujahr ab 1948), öffentlich gefördert	
Miete Neubauwohnung ab 70 m ² , (Baujahr vor 1948), frei finanziert	Nettokaltmiete Wohnung über 70 m ² , gebaut ab 1948, öffentlich gefördert oder frei finanziert
Miete Neubauwohnung ab 70 m ² , (Baujahr vor 1948), öffentlich gefördert	
Miete Einfamilienhaus ab 100 m ²	Nettokaltmiete Einfamilienhaus ab 100 m ²

Mengen- und Qualitätsänderungen hervorgerufen werden, bei der Ermittlung der Preisentwicklung ausgeschlossen werden können (Durchführung von Mengen- und Qualitätsbereinigungen). Nur so kann dem Ziel der Preisstatistik, nur „reine“ Preisveränderungen abzubilden, entsprochen werden. Auch die FBM wurden bei der Erarbeitung des neuen Mietkonzepts ausführlich diskutiert und aktualisiert (Übersicht c).

Nach dem Baugesetzbuch gibt es fünf „Wohnwertmerkmale“:

- Art der Wohnung
- Größe
- Lage
- Ausstattung und
- Beschaffenheit, zu der auch Baujahr und energetische Qualität zählen.

Lage und Ausstattung wurden bereits früher als FBM erhoben, aber nicht nach einheitlichen Kriterien bewertet. Die Art der Wohnung bezieht sich hauptsächlich auf das Vorhandensein eines Bades oder einer Sammelheizung. Diese Merkmale werden heute bei einer Wohnung vorausgesetzt und können daher künftig vernachlässigt werden. Die Größe der Wohnung wurde als einheitliches Mengenmerkmal festgelegt und beinhaltet die „Fläche der Wohnung in Quadratmetern“. Sie ist Voraussetzung für die Einteilung der Wohnungen nach der COICOP-Klassifikation und wichtig für die Plausibilitätsprüfung der Preisentwicklung sowie die Qualitätsbereinigung. Bereits im Merkmalskatalog der bisherigen Mietstichprobe war die Fläche der Wohnung enthalten, aber nicht einheitlich als Mengenmerkmal definiert, sodass die Quadratmeterzahl nicht von allen Statistischen Landesämtern erhoben wurde. Bezogen auf die Beschaffenheit war auch in der bisherigen Mietstichprobe das Baujahr als FBM festgelegt. Letztendlich fehlte bisher nur die energetische Qualität der Wohnung. Diese wurde als Merkmal neu aufgenommen.

Die energetische Qualität einer Wohnung kann mit Ausnahme kleiner Gebäude und Baudenkmäler aus dem Energieausweis ermittelt werden, der bei Neu- und Umbauten sowie bei Neuvermietung oder Verpachtung immer vom Mietinteressenten verlangt werden kann bzw. diesem nach der EU-Richtlinie 2010/31³ seit dem 7. Januar 2013 automatisch vorgelegt werden muss. Somit ist der Energieausweis aktuell für Mietshäuser mit Ausnahme von Baudenkmälern und kleinen Gebäuden flächendeckend vorhanden. Da er in Form eines Energiebedarfs (enthält Angaben zum Primär- und Endenergiebedarf) oder Energieverbrauchsausweises vorliegen kann, wurde als FBM „Endenergiebedarf/-verbrauch“ festgelegt. Der Primärenergiebedarf umfasst auch die Energie, die bei der Gewinnung und Verarbeitung des Energieträgers verbraucht wurde. Damit ist er kein direktes Maß für die Energieeffizienz eines

Hauses und kam als FBM nicht in Frage. Das neue FBM „Endenergiebedarf/-verbrauch“ wurde an Stelle des bisherigen Merkmals „Zahl der Räume“ aufgenommen. Da die Raumzahl in starker Korrelation zur Wohnungsgröße steht, konnte diese entfallen.

Mit der Reduzierung der Anzahl der einbezogenen Wohnungstypen von sieben auf fünf COICOP-Positionen ist die Bestimmung der Finanzierungsart (freifinanziert/öffentlich gefördert) über die COICOP-Positionen nicht mehr möglich. Daher musste die Finanzierungsart und der Endtermin einer öffentlichen Förderung ebenfalls neu als FBM aufgenommen werden.

Das Merkmal Wohnlage, das die Qualität der Wohnlage, in der sich die Wohnung befindet, angibt, wurde, wie bereits erwähnt, schon immer als FBM in der Unterteilung einfach/mittel/gut/sehr gut erhoben. Allerdings wurde diese Einschätzung der subjektiven Bewertung des Auskunftspflichtigen überlassen. In der neuen Mietstichprobe wird dem Vermieter zur Bestimmung der Wohnlage im Fragebogen eine Anleitung an die Hand gegeben. Falls vorhanden, kann für die Einstufung der Wohnlage der für die Wohnung relevante Mietspiegel verwendet werden. Wenn kein Mietspiegel verfügbar ist, sollen sich die Auskunftspflichtigen an den im Fragebogen genannten Kriterien orientieren. Dabei ist genau vorgegeben, wie viele der Kriterien erfüllt bzw. nicht erfüllt sein müssen, um die Wohnung einer einfachen, mittleren, guten oder sehr guten Wohnlage zuordnen zu können. Zum Beispiel schneidet eine sehr gute Wohnlage bei allen Kriterien überdurchschnittlich gut ab.

c | Zu erhebende Feinbeschreibungsmerkmale (FBM) der Mietstichprobe

Merkmale vor der Neukonzeption	Merkmale nach der Neukonzeption
Verwaltungseinheit	Verwaltungseinheit, z. B. Gebäudeanschrift
Wohnungsnummer	Gebäude- und Wohnungsnummer
Baujahr	Lage der Wohnung im Gebäude
Zahl der Räume (Zimmer einschl. Küche)	Endenergiebedarf/-verbrauch
Wohnlage (einfach/mittel/gut/sehr gut)	Wohnlage (einfach/mittel/gut/sehr gut)
Ausstattung (einfach/mittel/gut)	Ausstattung (einfach/mittel/gut)
Beginn des Mietverhältnisses	Beginn des Mietverhältnisses
Sonstiges (Balkon, Garage/Stellplatz)	Sonstiges (Balkon, Garage/Stellplatz)
	Finanzierungsart/ Ende Förderzeitraum
	Baujahr
	m ² (Wohnfläche)

³ Richtlinie 2010/31/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (Abt. L 153/13, S. 13).

Auch das Merkmal Ausstattung der Wohnung, das den Ausstattungsgrad bestimmt, wurde schon immer als FBM in der Unterteilung einfach/mittel/gut erhoben. Allerdings wurde auch diese Festlegung der subjektiven Bewertung des Auskunftspflichtigen überlassen. In der neuen Mietenstichprobe steht dem Vermieter zur Bestimmung des Ausstattungsgrades im Fragebogen ebenfalls eine Anleitung zur Verfügung. Dazu wurden Grund- und Sonderausstattungsmerkmale definiert und genau festgelegt, welche und wie viele Merkmale vorhanden sein müssen, um die Wohnung einem der drei Ausstattungsgrade zuzuordnen zu können. Die Einstufung orientiert sich an offiziellen Begutachtungsrichtlinien⁴ des Bundesbauministeriums. Beispielsweise ist bei Erfüllung aller Grundausstattungsmerkmale und mindestens vier der Sonderausstattungsmerkmale der Wohnung der Ausstattungsgrad „gut“ zuzuordnen.

Erhebungseinheiten

In der Vergangenheit wurden die Mietpreise sowohl durch Befragung von Vermietern als auch von Mietern gewonnen. Dabei gab es Statistische Landesämter, die ausschließlich Vermieter oder ausschließlich Mieter befragten, während andere einen gemischten Ansatz verfolgten. Mehr als die Hälfte aller Mieten wurde schon immer bei Vermietern erhoben.

Die Befragung von Vermietern hat den Vorteil, dass Vermieter besser zwischen Nettokaltmiete und Wohnungsnebenkosten unterscheiden können. Ein weiterer Vorteil besteht darin, dass bei Mieterwechseln die Befragungseinheit bestehen bleibt. Daher werden mit der neuen Stichprobe die Mieten nur noch bei privaten und gewerblichen Vermietern erfragt. Sie bilden die Berichtsstellen Mietpreisstatistik.

Erhebungsorganisation einschließlich Meldewege/Arbeitsschnitt

Die Verbraucherpreisstatistik und damit auch die Mietpreisstatistik ist eine dezentrale Statistik: Den Statistischen Landesämtern obliegt grundsätzlich die Datenerhebung und die Veröffentlichung von Länderergebnissen, während das Statistische Bundesamt grundsätzlich für das Erhebungskonzept, die methodische Weiterentwicklung und Koordination der Statistik sowie für die Veröffentlichung von Bundesergebnissen zuständig ist. In der Verbraucherpreisstatistik erhebt jedoch das Statistische Bundesamt auch Preise, zum Beispiel für den Versandhandel und für Güter mit bundesweit einheitlichen Preisen. Darüber hinaus veröffentlicht das Statistische Bundesamt den Verbraucherpreisindex für Deutschland in regionaler Gliederung nach Ländern.

Im Zuge der Überarbeitung der Mietenstichprobe wurde der Arbeitsschnitt zwischen Statistischem Bundesamt und Statistischen Landesämtern bei der Erhebung verändert. Wurde hierbei zuvor nach COICOP-Positionen unterschieden (das Bundesamt erhob die Daten für öffentlich geförderte Wohnungen in den alten Ländern und Berlin), erhebt das Bundesamt bei der neuen Mietenstichprobe die Mieten bei großen, bundesweit tätigen Wohnungsunternehmen zentral, wenn diese Wohnungen in mehr als drei Bundesländern haben, und stellt diese Angaben den

Statistischen Landesämtern für die Ergebniserstellung zur Verfügung. Die Landesämter übernehmen die Erhebung bei den übrigen Vermietern.

Die Befragung der Vermieter erfolgt gegenwärtig vierteljährlich rotierend, das heißt, jeden Monat wird ein Drittel der Stichprobe für drei Monate im Voraus befragt. Da nach dem Baugesetzbuch Mietänderungen – deren Nachweis das Ziel der Mietpreisstatistik ist – erst zwei Monate nach Ankündigung wirksam werden dürfen, können mit diesem Verfahren auch Monatsangaben im Voraus erfasst werden. Ob dadurch zu der im Preisstatistikgesetz geforderten monatlichen Erhebung ein Widerspruch besteht, wird eine von den Juristen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder empfohlene und gegenwärtig durch das Statistische Bundesamt vorbereitete rechtliche Prüfung klären.

Bestandteil des neuen Konzepts war die Einbindung der Erhebung in das onlinebasierte Meldeverfahren „Internet Datenerhebung im Verbund (IDEV)“, das den Auskunftspflichtigen neben dem Papierfragebogen als Meldeweg zur Verfügung steht. Den Auskunftspflichtigen in Berlin und Brandenburg wird ausschließlich das IDEV-Verfahren angeboten. Ausnahmen werden lediglich bei privaten Kleinvermietern gemacht.

Rotation

Die Mietenstichprobe unterscheidet sich zu anderen Positionen der Verbraucherpreisstatistik vor allem dadurch, dass ihre Erhebung nicht durch Preiserheber vor Ort geschieht, sondern durch eine Papier- oder Online-Befragung von Auskunftspflichtigen. Zur Entlastung der Auskunftspflichtigen war die Einführung einer Rotation, wie in anderen Erhebungen mit Auskunftspflicht bereits üblich, für die Mietenstichprobe geboten. Aus juristischer Sicht soll die Heranziehung zu einer Erhebung mit Auskunftspflicht mit zeitlicher Begrenzung erfolgen. Ausnahmen können bei Unternehmen gemacht werden, deren Meldungen wegen ihrer hohen Marktbedeutung durchgehend erforderlich sind (sogenannte Totalschichten). Da das Preisstatistikgesetz in seiner Begründung fordert, der Marktbedeutung der Betriebe Rechnung zu tragen, begründet dies eine ununterbrochene Meldung großer Unternehmen mit hoher Marktbedeutung.

Zweck einer Rotation ist die Entlastung der Befragten. Aus Gründen der Praktikabilität wird bei der neuen Mietenstichprobe jedoch die Wohnung als Gegenstand der Rotation betrachtet. Bei kleineren Berichtsstellen geht mit der Rotation der Wohnung in der Regel auch ein Wechsel der Berichtsstelle einher. Für große Berichtsstellen ist zu erwarten, dass bei einer Wohnungsrotation die Berichtsstelle mit einer anderen Wohnung in der Stichprobe verbleibt. Dies kann mit der Größe der Berichtsstelle begründet werden. Mit der Einführung eines Rotationsverfahrens für die Mietenstichprobe wurde das Ziel erreicht, insbesondere private Kleinvermieter nur für eine begrenzte Dauer zur Meldung heranzuziehen und eine

⁴ Richtlinie zur Ermittlung des Sachwerts, BMVBS, 5. September 2012, BAnz AT 18.10.2012 B1, Anlage 1 – Normalherstellungskosten 2010.

kontinuierliche Erneuerung der Mietenstichprobe zu gewährleisten.

Für die Implementierung der neuen Stichprobe für die Mieten und die Durchführung der Rotation gab es mehrere Möglichkeiten. Daher wurden verschiedene Implementierungs- und Rotationsschemata entwickelt und den Statistischen Landesämtern zur Auswahl gestellt. Welches Schema von den Landesämtern gewählt wurde, hing hauptsächlich von der Qualität und Vollständigkeit der bestehenden Stichprobe und damit der landesspezifischen Situation ab. In Berlin und Brandenburg war die Qualität der bestehenden Stichprobe gut, es fehlten aber insbesondere Wohnungen privater Kleinvermieter. Hinzu kam, dass die Stichprobe historisch gewachsen war und trotz bereits in den letzten Jahren erfolgter zielgerichteter Änderungen noch nicht allen neuen Stichprobenvorgaben entsprach. Daher wurde für Berlin und Brandenburg ein Implementierungs- und Rotationsschema gewählt, mit dem die bestehende Stichprobe sukzessive durch den Einbau der neuen Stichprobe vollständig ersetzt wurde. Mit der Rotation wird erst nach Abschluss des Aufbaus der Stichprobe begonnen.

Aktueller Stand

Die Mehrzahl der Statistischen Landesämter startete Ende 2014/Anfang 2015 mit dem Aufbau der neuen Mietenstichprobe, so auch das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg. Dabei wurde in Berlin und Brandenburg mit der Einbeziehung privater Kleinvermieter in die Erhebung begonnen.

Ursprünglich sollte die Implementierung der neuen Mietenstichprobe in allen Bundesländern zum Dezember 2014 abgeschlossen sein. Dies konnte jedoch wegen Kapazitätsengpässen nicht eingehalten werden. Im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Erhebungskatalogs 2015 für die Verbraucherpreisstatistik waren bis zum Januar 2015 umfangreiche Änderungen in Folge neuer EU-Anforderungen zu realisieren. Ein neuer Erhebungskatalog, also ein neuer Warenkorb, ist alle fünf Jahre zu Beginn des nächsten Basisjahres einzuführen. Nach korrigierter Planung sollte die neue Stichprobe dann bis Ende 2015 umgesetzt sein. Dies konnte aber letztendlich nicht in allen Ländern realisiert werden. In Berlin und Brandenburg erfolgt die Erhebung erst seit dem Frühjahr 2016 nach der neu gezogenen Stichprobe.

Noch ausstehende Arbeiten

Die bisherigen Analysen zeigen, dass die Fortschritte unübersehbar sind, jedoch der Aufbau der neuen Mietenstichprobe noch nicht abgeschlossen ist. Während in einigen Bundesländern mit einem Erfüllungsgrad jenseits der 90% der Aufbau als weit fortgeschritten bzw. nahezu abgeschlossen angesehen werden kann, sind andere Länder noch weit davon entfernt. Auch in Berlin und Brandenburg dürfte sich der Prozess noch eine Weile hinziehen. Mit einem Erfüllungsgrad von knapp unter 80% sind Berlin und Brandenburg von einer vollständigen Umsetzung der neuen Mietenstichprobe noch ein Stück weit entfernt. Zu berücksichtigen ist dabei insbesondere die Sicherung der Indexberechnung für das neue

Basisjahr 2015 \triangleq 100 ab Januar 2018, bei der für die Mieten durch entsprechende Gewichtung bereits Indizes auf Kreis- und Vermietertypenebene berechnet werden.

Noch weiter ausstehende Arbeiten umfassen die Einführung der Rotation, die methodische Verbesserung der Qualitätsbereinigung, die Einbeziehung neu erstellter Wohnungen sowie weitere Auswertungsmöglichkeiten der Mietenstichprobe.

Zur Verbesserung der Qualitätsbereinigungsverfahrens geplant, das bei Ersetzungen oder Modernisierungen von Wohnungen angewendet werden kann. Diese Arbeiten sind bisher am weitesten fortgeschritten. Bereits 2015 wurde dazu ein Prototyp entwickelt, der mit Hilfe einer Excel-Tabelle durch Eingabe der alten und neuen Wohnungsmerkmale den qualitätsbedingten Preisunterschied liefert. Durch den Fortschritt im Stichprobenaufbau war bis Anfang 2016 ein erfolgreicher Test des Prototyps in zwei Ländern sowie eine Weiterentwicklung bis zur Serienreife möglich. Weitere Analysen der bis Januar 2016 erhobenen Daten ergaben, dass ausgehend vom Stand des bisherigen Aufbaus der Mietenstichprobe diese Excel-Lösung bereits in sieben Ländern, darunter im Land Brandenburg, seit dem zweiten Quartal 2016 zum Einsatz kommen kann. Für die übrigen Länder muss der weitere Aufbau der Stichprobe abgewartet werden. 2017 soll nach einer erneuten Analyse die Anwendung in allen Ländern möglich sein. Damit steht ein einfaches Tool zur Verfügung, das den Qualitätsunterschied zwischen zwei Wohnungen bzw. einer Wohnung vor und nach einer Modernisierung als geldwerten Unterschied ermittelt. Der Einsatz des Verfahrens sichert eine bundesweit einheitliche Vorgehensweise ab und entspricht dem von Eurostat identifizierten „Best Practice“-Prinzip.

Für die Einbeziehung neu erstellter Wohnungen, die derzeit in der neuen Stichprobe fehlen, wurden erste Konzepte diskutiert. Da der Anteil der Neubauten am gesamten Wohnungsbestand eher gering ist, ist das Fehlen von Neubauten bezogen auf die Qualität der neuen Stichprobe nicht von entscheidender Bedeutung. Jedoch zeigt die Einschätzung der Qualität der Mietenstichprobe außerhalb der amtlichen Statistik, dass die Einbeziehung neu erstellter Wohnungen angesichts der aktuellen Situation am Wohnungsmarkt die Stichprobenqualität in erheblichem Ausmaß prägt. Daher werden weitergehende konzeptionelle Überlegungen folgen, sodass zukünftig auch Preisunterschiede bei Erstvermietungen mit der neuen Mietenstichprobe abgebildet werden. Ein vertieftes Konzept soll bis Mitte 2016 vorliegen und diskutiert werden.

Bezüglich weiterer möglicher Auswertungen, zum Beispiel zu Quadratmetermieten oder regionalen Preisunterschieden, sollen gegen Ende dieses Jahres weitere Tests erfolgen. Diesen und allen anderen noch zu klärenden Fragen wird sich die Bund-Länder-Arbeitsgruppe mit aktiver Unterstützung aus Berlin und Brandenburg in ihren nächsten Sitzungen intensiv widmen.

Elke Zimmer ist Leiterin des Referats *Preise, Verdienste, Arbeitskosten* im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

Wahlen

Berliner Wahlen 2016 – Wahlkreise und Strukturdaten

von Geert Baasen

Wahlergebnisse sind abhängig von den zur Wahl stehenden Parteien und Kandidaten, aber auch von der demografischen Struktur und dem sozialen Umfeld der Wählerschaft. Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) hat deshalb – wie bei vorangegangenen Wahlen – Strukturdaten für die Wahlkreise veröffentlicht [1]. Neben den, auf die aktuellen Wahlkreise umgerechneten, Vorwahlergebnissen sind das Daten zum Alter und zur Sozialstruktur der Einwohner und Wahlberechtigten.

In diesem Beitrag wird zuerst die zur Wahl am 18. September 2016 geltende neue Wahlkreiseinteilung dargestellt und anschließend die Verteilung einiger Merkmale des sozialen Umfeldes und der Wahlberechtigten in diesen Wahlkreisen beschrieben.

a | Wahlkreiskarte 2016



1. Wahlkreiseinteilung

Nach § 9 des Landeswahlgesetzes [2] wird das Wahlgebiet für die Wahl zum Abgeordnetenhaus in 78 Wahlkreise eingeteilt. Die Wahlkreise eines Bezirks bilden einen Wahlkreisverband. Die Zahl der Wahlkreise, die in jedem Wahlkreisverband zu bilden sind, hat der Senat etwa 15 Monate vor der Wahl festzulegen. Sie ist so zu bestimmen, dass auf alle Wahlkreise im Wahlgebiet eine möglichst gleich große Anzahl von deutschen Einwohnern entfällt.

Das AfS hat die entsprechenden Berechnungen zu erstellen. In der Vergangenheit konnte das AfS dafür die amtlich fortgeschriebene Bevölkerungszahl heranziehen. Für die aktuelle Wahl war das erstmals nicht möglich, da die auf dem Zensus 2011 basierende Bevölkerungsfortschreibung keine Aufschlüsselung der deutschen Bevölkerung nach Bezirken erlaubt. Das AfS wertete deshalb den anonymisierten Statistikabzug aus dem Einwohnerregister aus, mit Stand vom 31. Dezember 2014, der zum Zeitpunkt der Anforderung der Daten (März 2015) aktuell war.

1 | Zahl der Wahlkreise 2011 und 2016

Bezirk	2011	2016	Differenz
Mitte.....	6	7	1
Friedrichshain-Kreuzberg.....	6	5	-1
Pankow.....	9	9	-
Charlottenburg-Wilmersdorf.....	7	7	-
Spandau.....	5	5	-
Steglitz-Zehlendorf.....	7	7	-
Tempelhof-Schöneberg.....	8	7	-1
Neukölln.....	6	7	1
Treptow-Köpenick.....	6	6	-
Marzahn-Hellersdorf.....	6	6	-
Lichtenberg.....	6	6	-
Reinickendorf.....	6	6	-
Berlin	78	78	-

2 | Wahlkreise 2016, die um mehr als 10% von der durchschnittlichen Zahl der deutschen Bevölkerung abweichen

Bezirk	Wahlkreis	Deutsche	Abweichung absolut	Abweichung in %
Neukölln.....	5	32 954	-5 368	-14,0
Neukölln.....	7	33 654	-4 668	-12,2
Reinickendorf.....	6	34 176	-4 146	-10,8
Treptow-Köpenick.....	5	34 348	-3 974	-10,4
Mitte.....	1	34 394	-3 928	-10,2
Friedrichshain-Kreuzberg	2	42 300	3 978	10,4
Friedrichshain-Kreuzberg	1	42 392	4 070	10,6
Pankow.....	1	42 743	4 421	11,5
Friedrichshain-Kreuzberg	3	42 752	4 430	11,6
Lichtenberg.....	6	43 814	5 492	14,3
Treptow-Köpenick.....	2	44 024	5 702	14,9
Mittlere Größe		38 322		

Wahlkreise in vier Bezirken komplett neu eingeteilt

Aufgrund unterschiedlicher Bevölkerungsentwicklungen verloren die Bezirke Tempelhof-Schöneberg und Friedrichshain-Kreuzberg je einen Wahlkreis, während die Bezirke Mitte und Neukölln je einen Wahlkreis gewannen (Tabelle 1).

Für die Abgrenzung der Wahlkreise sind die Bezirke zuständig, die bis September 2015 ihre Einteilung abschlossen. Über die vier Bezirke hinaus, die eine komplette Neueinteilung vornehmen mussten, änderte lediglich der Bezirk Lichtenberg die Abgrenzung seiner Wahlkreise 3 und 4. Damit blieben 50 Wahlkreise gegenüber 2011 gleich, 28 wurden geändert.

Zahl der Deutschen im Wahlkreis 2 in Treptow-Köpenick am höchsten

Das Berliner Wahlrecht regelt nicht, wie weit die Zahl der Deutschen eines Wahlkreises von der durchschnittlichen Zahl der Deutschen abweichen darf. Im Bundeswahlgesetz findet sich eine entsprechende Bestimmung, die hier als Orientierung dienen kann. Danach soll die Abweichung nicht größer als

15% sein. Bei einer Abweichung von mehr als 25% muss geschnitten werden. Die maximale Abweichung der Wahlkreise in Berlin beträgt 14,9% (Stand: Einwohnerregister am 31.12.2015).

Im Folgenden werden die geänderten 28 Wahlkreise näher betrachtet (Tabelle 2-4). Es wird dargestellt, wie sich die neuen Wahlkreise von den alten unterscheiden und welche Auswirkungen dies auf die Chancen der Parteien hat, einen Wahlkreis zu gewinnen.

Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2016 hat der Bezirk Mitte einen Wahlkreis dazu gewonnen und besteht nun aus sieben Wahlkreisen. Der neue Wahlkreis 7 wurde im Wesentlichen gebildet aus den alten Wahlkreisen 6, 4, 1 und einem kleinen Teil von Wahlkreis 5. Die anderen sechs Wahlkreise wurden jeweils etwas verkleinert und bestehen zu über 90% aus den Wahlkreisen 2011.

Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg hat einen Wahlkreis verloren. Dazu mussten alle Wahlkreise vergrößert werden. Der Wahlkreis 2 hat den größten Teil des alten Wahlkreises 6 aufgenommen und dabei einen Teil seines alten Wahlkreises an den neuen Wahlkreis 1 abgegeben.

3 | Zusammensetzung der neuen Wahlkreise – Vergleich zu 2011 in %

Bezirk	Wahlkreis 2016	Wahlkreis 2011								Summe
		1	2	3	4	5	6	7	8	
Mitte.....	1	92	4	4						100
	2	4	96							100
	3			100						100
	4			6	94					100
	5					100				100
	6					4	96			100
	7	24			28	8	40			100
Friedrichshain-Kreuzberg.....	1	66	34							100
	2		53				47			100
	3	18		82						100
	4				83		17			100
	5					81	19			100
Tempelhof-Schöneberg.....	1	84	16							100
	2		72	4	24					100
	3			84	11	5				100
	4				58	42				100
	5					43	57			100
	6						32	62	6	100
	7							24	76	100
Neukölln.....	1	100								100
	2	8	92							100
	3	22	35	43						100
	4			60	15	25				100
	5			2	94	1	3			100
	6				5	78	17			100
	7						7	93		100
Lichtenberg.....	3			95	5					100
	4				100					100

Die Tabelle ist zeilenweise zu lesen. Beispiel: Der neue Wahlkreis 7 in Mitte setzt sich zusammen aus den alten Wahlkreisen 6 (40% der Wahlberechtigten), 4 (28%), 1 (24%) und 5 (8%)

4 | Auf die aktuelle Wahlkreiseinteilung umgerechnete Erststimmenanteile der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2011 für ausgewählte Parteien

Bezirk	Wahlkreis	SPD	CDU	GRÜNE	Die LINKE
Mitte.....	1	26,3	17,8	33,0	10,0
	2	30,6	14,9	16,0	31,2
	3	30,7	23,3	28,7	5,2
	4	29,2	18,2	28,2	6,5
	5	34,0	24,6	18,2	6,2
	6	31,8	15,5	23,2	9,0
	7	33,5	17,9	22,8	7,8
Friedrichshain-Kreuzberg.....	1	21,4	8,4	47,2	6,2
	2	19,7	6,4	39,7	11,4
	3	21,8	10,7	36,1	8,0
	4	29,8	9,9	18,2	26,0
	5	21,6	7,1	32,9	13,2
Tempelhof-Schöneberg.....	1	30,9	18,7	32,6	4,6
	2	36,1	16,4	32,0	5,2
	3	33,8	23,5	29,8	3,4
	4	33,2	30,9	24,3	5,0
	5	33,0	38,5	15,7	4,6
	6	30,4	46,3	13,0	3,3
	7	27,7	47,0	14,9	3,1
Neukölln.....	1	25,3	11,2	33,9	8,6
	2	24,9	10,9	30,4	9,8
	3	30,2	15,6	22,0	8,5
	4	35,6	32,7	12,0	4,5
	5	34,4	39,3	10,7	3,4
	6	38,6	35,0	8,8	4,2
	7	35,8	41,5	9,8	2,6
Lichtenberg.....	3	35,6	14,0	6,4	35,9
	4	32,8	11,4	8,1	31,5

Der höchste Erststimmenanteil pro Wahlkreis ist grau unterlegt.

Wahlkreiseinteilung beeinflusst die Chancen der Bewerberinnen und Bewerber

Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2011 gewann die SPD 33 Direktmandate, die CDU 25, die Grünen 11 und die LINKEN 9. Wie wirkt sich die geänderte Wahlkreiseinteilung auf die Chancen der Parteien aus, einen Wahlkreis zu gewinnen? Dies wird anhand der, auf die aktuelle Wahlkreiseinteilung umgerechneten, Erststimmenergebnisse der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2011 dargestellt (Tabellen 4 und 5). Wie die Berliner Wahlen 2016 ausgehen werden, hängt von den Kandidatinnen und Kandidaten und der politischen Stimmung ab. Das umgerechnete Erststimmenergebnis ist aber ein Indikator für das Stärkeverhältnis der Parteien.

Mitte

In Mitte gewann die SPD 2011 vier Direktmandate, die GRÜNEN und die LINKEN jeweils eins, wobei insbesondere in den Wahlkreisen 2 und 4 der Vorsprung des Erstplatzierten knapp war: Die LINKE gewann den Wahlkreis 2 mit einem Stimmenvorsprung von 118 Stimmen und die SPD den Wahlkreis 4 mit einem Stimmenvorsprung von 77 Stimmen vor dem Zweitplatzierten. Entsprechend den umgerechneten Ergebnissen von 2011, würde die SPD den neuen Wahlkreis gewinnen, die Reihenfolge der Bewerberinnen und Bewerber in den anderen Wahlkreisen wäre nicht betroffen.

Friedrichshain-Kreuzberg

In Friedrichshain-Kreuzberg gingen 2011 fünf der sechs Wahlkreise an die GRÜNEN und einer an die SPD. Entsprechend den umgerechneten Ergebnissen würde die SPD 2016 wieder einen Wahlkreis gewinnen, die GRÜNEN hingegen nur noch vier. Der Verlust des einen Wahlkreises ginge also zulasten der GRÜNEN.

Tempelhof-Schöneberg

Bei der letzten Wahl zum Abgeordnetenhaus 2011 gewann die CDU drei Wahlkreise, die SPD vier und die GRÜNEN einen. Entsprechend den umgerechneten Ergebnissen würde die SPD einen Wahlkreis verlieren.

Neukölln

2011 gewann die CDU drei Direktmandate, die GRÜNEN zwei und die SPD nur eins, obwohl sie insgesamt mehr Erststimmen erringen konnte als die anderen Parteien. Von der neuen Wahlkreiseinteilung würde die SPD profitieren: Statt eines Wahlkreises würde sie jetzt drei gewinnen, davon einen zulasten der CDU.

2. Soziales Umfeld

Wahlergebnisse werden durch das soziale Umfeld beeinflusst. Es ist deshalb auch der Ausländeranteil in den Wahlkreisen von Interesse, obwohl diese Gruppe bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus nicht wahlberechtigt ist. Die im Folgenden verwendeten Daten stammen aus dem eingangs erwähnten Wahlstrukturbericht.

Ausländeranteil mit 40,2% im Wahlkreis 6 in Mitte am höchsten

Insgesamt hatten 17,2% aller Berlinerinnen und Berliner am 31.12.2015 keine deutsche Staatsbürgerschaft (vgl. Tabelle 6). Am niedrigsten war dieser Anteil in den östlichen Bezirken der Stadt und zwar in Treptow-Köpenick (6,3%) und Marzahn-Hellersdorf (7,1%). Der Bezirk mit dem höchsten Anteil ist Mitte mit 31,2%, gefolgt von Friedrichshain-Kreuzberg (24,6%) und Neukölln (24,2%).

Im Wahlkreis 6 in Mitte (Wedding, Soldiner Straße, an der Panke entlang) ist der Ausländeranteil mit

5 | Gewonnene Direktmandate bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2011 sowie fiktive Direktmandate entsprechend den auf die aktuellen Wahlkreise umgerechneten Erststimmenergebnissen

Bezirk	Partei des Wahlkreisgewinners	2011		Differenz
		tatsächlich	fiktiv ¹	
Mitte.....	SPD	4	5	1
	CDU	–	–	–
	GRÜNE	1	1	–
	Die LINKE	1	1	–
Friedrichshain-Kreuzberg.....	SPD	1	1	–
	CDU	–	–	–
	GRÜNE	5	4	–1
	Die LINKE	–	–	–
Tempelhof-Schöneberg.....	SPD	4	3	–1
	CDU	3	3	–
	GRÜNE	1	1	–
	Die LINKE	–	–	–
Neukölln.....	SPD	1	3	2
	CDU	3	2	–1
	GRÜNE	2	2	–
	Die LINKE	–	–	–

6 | Ausländeranteil am 31.12.2015 und Anteil der Personen unter 65-Jahren in SGB II-Bedarfsgemeinschaften am 31.12.2014 nach Bezirken

Bezirk	Ausländeranteil	SGB II-Anteil
Mitte.....	31,2	26,1
Friedrichshain-Kreuzberg.....	24,6	21,4
Pankow.....	10,7	11,3
Charlottenburg-Wilmersdorf.....	23,0	13,4
Spandau.....	15,9	25,2
Steglitz-Zehlendorf.....	12,7	9,7
Tempelhof-Schöneberg.....	18,0	18,4
Neukölln.....	24,2	28,5
Treptow-Köpenick.....	6,3	13,6
Marzahn-Hellersdorf.....	7,1	23,1
Lichtenberg.....	12,2	19,5
Reinickendorf.....	14,7	22,5
Berlin	17,2	19,3

¹ entsprechend den auf die neue Wahlkreiseinteilung umgerechneten Ergebnissen der Erststimmen 2011

40,2% am höchsten, im Wahlkreis 5 (Kaulsdorf-Süd, Mahlsdorf-Nord, Mahlsdorf-Süd) in Marzahn-Hellersdorf ist er mit 2,4% am niedrigsten (Tabelle 7).

Im Wahlkreis 3 in Neukölln beziehen mehr als 40% der unter 65-Jährigen „Hartz IV“-Leistungen

Ebenfalls zum sozialen Umfeld zählt das Merkmal Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften („Hartz IV“). Die Daten stammen aus der Statistik des Fachverfahrens der Bundesagentur für Arbeit und beinhalten die Grundsicherung für Arbeitssuchende zum Stand vom 31.12.2014. Insgesamt bezogen 19,3% der Einwohnerschaft Berlins im Alter unter 65 Jahren entsprechende Leistungen. Am höchsten war der Anteil mit 40,8% im Neuköllner Wahlkreis 3 (Köllnische Heide, südliche Schillerpromenade, Glasower Straße, nördliches Britz). Ähnlich hoch lag der Anteil der „Hartz IV“-Bezieher im Wahlkreis 6 in Mitte (40,6%). Besonders niedrig ist dieser Anteil im

Wahlkreis 5 in Marzahn-Hellersdorf (3,6%) sowie im Wahlkreis 6 (Frohnau, Hermsdorf, Freie Scholle) in Reinickendorf (3,8%).

3. Wahlberechtigte für die Wahl zum Abgeordnetenhaus

Wie die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik zeigen, unterscheidet sich das Wahlverhalten der Wahlberechtigten mit unterschiedlichem Lebensalter recht deutlich [3]. Bei den vergangenen Wahlen zum Abgeordnetenhaus beteiligten sich die älteren Wahlberechtigten stärker an der Wahl als die jüngeren: So gaben 2011 von den 18- bis unter 21-Jährigen nur 51,8% ihre Stimme ab und von den 21- bis unter 25-Jährigen sogar nur 46,3%. In dieser Altersgruppe erreichte die Beteiligung den Tiefpunkt und nahm dann mit steigendem Alter stetig zu – bis auf 70,9% bei den 60- bis unter 70-Jährigen. Danach sank die Wahlbeteiligung wieder und zwar auf 68,3% in der Gruppe der ältesten Wahlberechtigten (vgl. [3], S. 7).

7 | Ausländeranteil am 31.12.2015 und Anteil der Personen unter 65-Jahren in SGB II-Bedarfsgemeinschaften am 31.12.2014 nach Wahlkreisen

Bezirk	Wahlkreis	Ausländeranteil	SGB II-Anteil	Bezirk	Wahlkreis	Ausländeranteil	SGB II-Anteil
Mitte	1	25,7	8,3	Tempelhof-Schöneberg	1	29,0	19,8
	2	24,5	12,6		2	22,3	17,8
	3	29,3	19,4		3	14,2	11,1
	4	31,8	26,9		4	19,1	20,3
	5	28,4	31,5		5	17,0	22,7
	6	40,2	40,6		6	12,4	19,5
	7	35,3	36,4		7	8,9	17,4
Friedrichshain-Kreuzberg	1	25,1	18,7	Neukölln	1	31,0	27,8
	2	25,1	19,5		2	35,7	31,3
	3	33,7	36,4		3	34,9	40,8
	4	16,9	15,8		4	18,0	24,9
	5	19,4	13,4		5	11,5	17,3
Pankow	1	5,4	12,9	6	17,5	32,6	
	2	5,2	8,5	7	8,2	11,5	
	3	6,2	11,1	Treptow-Köpenick	1	10,2	16,3
	4	6,8	12,4		2	7,6	17,3
	5	8,0	12,3		3	6,8	15,1
	6	17,8	9,5		4	4,6	11,9
	7	12,9	13,5	5	4,9	12,0	
	8	20,0	8,6	6	3,1	7,0	
	9	12,1	13,9	Marzahn-Hellersdorf	1	8,0	35,3
Charlottenburg-Wilmersdorf	1	25,0	24,0		2	9,9	26,0
	2	20,4	10,4		3	8,3	31,5
	3	23,9	13,0		4	6,6	12,0
	4	28,4	13,0		5	2,4	3,6
	5	21,2	10,5	6	6,7	24,8	
	6	23,6	11,3	Lichtenberg	1	10,2	26,8
7	17,3	10,3	2		9,6	19,4	
Spandau	1	14,7	26,5	3	16,8	22,5	
	2	21,0	31,7	4	15,3	17,9	
	3	20,3	25,8	5	10,7	19,5	
	4	12,2	22,9	6	10,0	11,2	
	5	10,4	18,4	Reinickendorf	1	22,1	32,0
Steglitz-Zehlendorf	1	14,6	10,5		2	19,9	27,1
	2	14,2	13,3		3	7,0	10,0
	3	11,8	6,1		4	12,5	16,4
	4	12,2	13,1		5	19,1	37,7
	5	12,1	15,4		6	4,4	3,8
	6	12,5	5,1				
	7	11,5	3,9				

Außerdem unterschieden sich die Altersgruppen deutlich in ihrer Präferenz für die Parteien. So erzielten 2011 CDU, SPD und LINKE bei den Wählerinnen und Wählern im Alter von 70 und mehr Jahren die besten Ergebnisse, die Piraten bei den unter 25-Jährigen und die GRÜNEN bei den 35- bis unter 45-Jährigen.

Bei den Berliner Wahlen 2016 sind nur 7,5% der Wahlberechtigten in der Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen. Am höchsten ist der Anteil im Bezirk Mitte mit 10,2% und dort im Wahlkreis 6 (15,4%). Der geringste Anteil an jungen Wahlberechtigten ist in Treptow-Köpenick zu verzeichnen (5,8%) insbesondere im dortigen Wahlkreis 6 (Köpenick-Nord, Friedrichshagen, Rahnsdorf/Hessenwinkel) mit nur 4,1% (Tabelle 8).

Im Wahlkreis 6 in Treptow-Köpenick hat fast jeder 3. Wahlberechtigte das 70. Lebensjahr vollendet

Fast jeder 5. Wahlberechtigte in Berlin ist 70 Jahre und älter (19,5%). Die Wahlkreise unterscheiden sich jedoch deutlich in Bezug auf die Größe dieser Altersgruppe: Am niedrigsten ist der Anteil im

Wahlkreis 5 (Boxhagener Platz, Traveplatz, Samariterviertel, Hausburgviertel) in Friedrichshain mit 4,3%. Am höchsten ist der Anteil im Wahlkreis 6 in Treptow-Köpenick mit 31,1%, der auch durch den niedrigsten Anteil an jungen Wahlberechtigten gekennzeichnet ist (Tabelle 9).

Anteil der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund im Wahlkreis 3 in Kreuzberg am höchsten

Insgesamt haben 10,4% aller Wahlberechtigten in Berlin einen Migrationshintergrund (Tabellen 8, 9).

Am niedrigsten war dieser Anteil in den östlichen Bezirken der Stadt und zwar in Treptow-Köpenick (3,0%) und in Pankow (4,2%). Der Bezirk mit dem höchsten Anteil ist Mitte mit 17,4%, gefolgt von Neukölln mit 16,5%.

Im Wahlkreis 3 in Kreuzberg (Nord, Oranienplatz, Lausitzer Platz) ist der Anteil der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund am höchsten (28,7%). Knapp dahinter folgt Wahlkreis 6 in Mitte (26,4%). Im Köpenicker Wahlkreis 6 haben die wenigsten Wahlberechtigten ausländische Wurzeln (1,4%).

8 | Verteilung der Wahlberechtigten zum Abgeordnetenhaus nach Altersgruppen sowie der Anteil mit Migrationshintergrund am 31.12.2015 ... nach Bezirken in %

Bezirk	18 bis unter 25	25 bis unter 35	35 bis unter 45	45 bis unter 60	60 bis unter 70	70 Jahre und älter	Migrationshintergrund
Mitte.....	10,2	24,5	16,0	24,1	10,6	14,6	17,4
Friedrichshain-Kreuzberg.....	7,8	28,7	22,1	23,5	8,1	9,8	13,3
Pankow.....	5,7	20,3	20,6	27,6	9,8	16,0	4,2
Charlottenburg-Wilmersdorf.....	7,5	14,4	12,7	26,9	15,9	22,6	14,4
Spandau.....	8,7	14,4	12,0	27,4	14,6	22,9	13,4
Steglitz-Zehlendorf.....	7,4	11,7	12,3	27,8	15,6	25,2	9,0
Tempelhof-Schöneberg.....	8,1	15,8	13,4	27,8	14,7	20,3	13,6
Neukölln.....	9,0	20,8	14,1	24,7	12,8	18,6	16,5
Treptow-Köpenick.....	5,8	17,3	14,2	27,1	11,9	23,6	3,0
Marzahn-Hellersdorf.....	6,4	17,9	12,7	29,6	16,7	16,6	6,1
Lichtenberg.....	6,4	21,3	14,0	24,5	13,4	20,3	5,9
Reinickendorf.....	8,2	13,0	11,5	27,5	15,3	24,5	11,0
Berlin	7,5	18,3	14,8	26,6	13,2	19,5	10,4

9 | ... nach Wahlkreisen in %

Bezirk	Wahlkreis	18 bis unter 25	25 bis unter 35	35 bis unter 45	45 bis unter 60	60 bis unter 70	70 Jahre und älter	Migrationshintergrund
Mitte.....	1	5,7	24,6	26,0	27,4	7,8	8,5	10,3
	2	5,8	18,1	14,8	24,7	12,0	24,7	10,9
	3	9,2	20,0	14,7	26,6	13,6	15,9	17,8
	4	13,0	29,9	15,2	23,1	9,9	9,0	18,7
	5	10,4	22,4	11,8	23,5	11,7	20,2	15,8
Friedrichshain-Kreuzberg.....	6	15,4	29,8	14,3	20,9	8,9	10,7	23,1
	7	12,9	27,5	15,8	22,1	9,8	11,8	26,4
	1	7,8	23,4	20,8	29,4	10,8	7,8	14,4
	2	7,5	31,3	25,6	23,0	6,8	5,8	11,9
	3	11,5	22,6	18,8	27,0	10,1	10,0	28,7
Pankow.....	4	6,0	26,3	17,8	20,5	8,7	20,7	6,5
	5	6,6	39,2	27,4	18,3	4,2	4,3	6,4
	1	6,1	15,9	15,1	30,5	13,2	19,2	3,2
	2	5,8	14,4	16,7	32,0	12,7	18,4	4,7
	3	5,5	17,3	19,7	27,5	9,7	20,2	3,0
Pankow.....	4	5,3	16,3	14,8	28,3	12,2	23,0	2,1
	5	5,3	20,4	18,9	26,5	10,9	18,0	2,9

Geert Baasen ist Leiter der Geschäftsstelle der Landeswahlleiterin für Berlin im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

Literatur

- [1] Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: Statistischer Bericht, B VII 2-1 – 5j / 16, Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin und zu den Bezirksverordnetenversammlungen, Vorwahldaten, Strukturdaten 2016.
- [2] Gesetz über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen (Landeswahlgesetz) vom 25. September 1987 (GVBl. 1987, 2370), zuletzt geändert durch Artikel 3 Nr. 1 des Gesetzes vom 07.07.2016 (GVBl. S. 430, 432).
- [3] Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: Statistischer Bericht, B VII 2-5 – 5j / 11, Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin, Repräsentative Wahlstatistik 2011.

noch 9 | Verteilung der Wahlberechtigte zum Abgeordnetenhaus nach Altersgruppen
sowie der Anteil mit Migrationshintergrund am 31.12.2015 nach Wahlkreisen in %

Bezirk	Wahlkreis	18 bis unter 25	25 bis unter 35	35 bis unter 45	45 bis unter 60	60 bis unter 70	70 Jahre und älter	Migrationshintergrund
Pankow.....	6	6,0	27,4	30,7	25,7	5,3	5,0	6,5
	7	6,3	28,4	22,1	23,2	7,7	12,3	4,7
	8	5,8	23,0	27,8	29,7	6,8	7,0	7,0
	9	5,3	20,4	20,7	24,9	9,3	19,5	4,1
Charlottenburg-Wilmersdorf.	1	8,5	18,0	13,3	25,8	13,8	20,6	18,7
	2	7,4	11,3	11,0	25,8	16,1	28,3	10,6
	3	7,8	16,3	14,3	28,0	15,9	17,6	14,3
	4	7,9	16,0	13,4	27,6	16,2	19,0	17,8
	5	6,7	12,2	11,9	26,4	16,5	26,3	14,5
	6	7,1	14,7	13,1	27,1	16,2	21,9	14,2
	7	7,1	12,5	12,0	27,5	16,5	24,5	10,7
Spandau.....	1	8,1	14,8	11,3	26,1	14,1	25,6	11,9
	2	9,2	18,5	12,6	26,6	13,4	19,7	16,5
	3	9,2	16,8	13,1	27,4	13,3	20,2	16,2
	4	9,9	12,2	11,7	28,9	15,1	22,2	12,5
	5	7,2	9,6	11,2	27,9	17,2	26,9	10,1
Steglitz-Zehlendorf.....	1	7,7	16,2	13,7	27,2	15,2	19,9	10,5
	2	8,0	17,1	13,2	26,7	14,3	20,8	11,4
	3	7,0	9,2	12,5	29,4	15,8	26,1	7,7
	4	7,2	10,4	11,7	27,4	16,6	26,6	9,4
	5	7,0	13,0	12,0	26,0	15,1	26,9	9,9
	6	7,7	8,6	12,0	29,3	15,3	27,1	8,2
	7	6,8	7,2	11,3	28,5	17,0	29,2	6,1
Tempelhof-Schöneberg.....	1	8,3	17,0	15,0	30,5	14,3	14,9	18,8
	2	8,1	21,5	16,6	28,9	12,6	12,2	14,8
	3	8,2	14,8	14,3	30,0	15,6	17,2	10,7
	4	8,4	18,7	13,5	26,8	13,4	19,2	13,5
	5	8,1	17,0	11,4	24,9	14,2	24,4	14,2
	6	7,7	11,3	11,4	25,8	16,3	27,6	14,5
	7	7,6	10,6	11,6	27,9	16,1	26,2	8,9
Neukölln.....	1	7,4	29,6	21,5	23,1	8,6	9,9	15,3
	2	9,1	34,6	17,9	21,5	9,0	7,9	19,1
	3	12,0	30,9	15,0	21,1	9,3	11,6	22,3
	4	8,7	15,4	11,8	27,3	14,8	22,0	14,2
	5	8,7	11,2	11,0	27,7	16,1	25,1	11,4
	6	8,1	12,7	10,0	23,1	15,8	30,1	22,6
	7	8,7	10,7	11,7	29,1	16,2	23,6	10,0
Treptow-Köpenick.....	1	5,7	22,7	16,4	23,8	8,7	22,7	4,5
	2	7,2	22,0	14,8	24,9	10,3	20,9	3,3
	3	7,4	17,5	14,9	30,2	11,8	18,2	3,8
	4	5,5	16,6	14,4	28,3	13,0	22,2	2,3
	5	4,7	12,8	11,8	27,4	15,7	27,5	2,2
	6	4,1	10,9	12,8	28,2	12,9	31,1	1,4
Marzahn-Hellersdorf.....	1	7,8	21,9	13,8	28,5	16,2	11,9	9,6
	2	5,7	15,8	12,1	22,3	23,9	20,2	7,8
	3	8,1	24,2	12,4	31,5	11,3	12,5	6,8
	4	4,9	13,4	12,6	28,4	18,8	21,9	5,9
	5	5,0	10,4	13,7	36,5	16,2	18,3	2,0
	6	6,8	21,8	11,9	30,9	13,8	14,8	4,4
Lichtenberg.....	1	6,7	20,0	11,9	32,6	14,9	14,0	7,7
	2	5,9	17,0	13,2	29,0	16,7	18,3	4,5
	3	6,9	19,2	12,2	21,6	14,7	25,4	7,0
	4	6,7	25,1	14,6	20,7	11,1	21,7	6,9
	5	6,4	28,8	16,3	20,6	11,7	16,3	5,3
	6	5,5	17,9	15,6	24,2	11,9	24,9	4,3
Reinickendorf.....	1	10,1	18,9	12,2	26,8	12,6	19,5	16,1
	2	8,7	15,9	11,9	26,6	14,2	22,6	14,8
	3	6,9	10,0	11,1	29,3	17,3	25,5	6,9
	4	8,0	13,3	11,0	27,8	14,6	25,3	7,9
	5	9,5	12,4	11,6	24,8	16,1	25,5	17,2
	6	6,3	7,0	11,2	29,4	17,4	28,7	4,1

Historisches

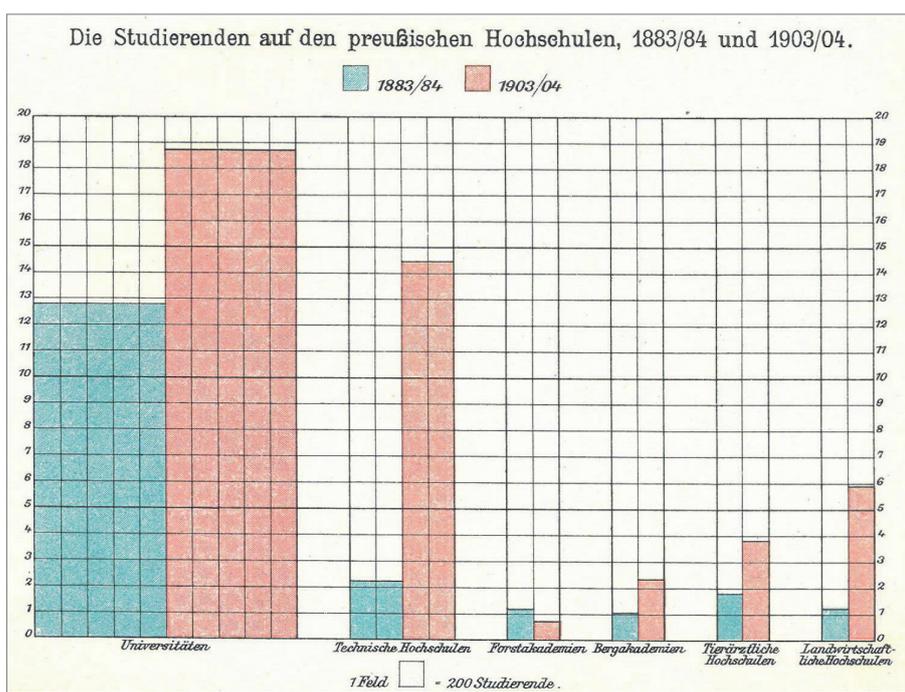
Die Humboldt-Universität zu Berlin

Vor mehr als 100 Jahren die größte Universität des Deutschen Reiches

von Iris Hoßmann-Büttner

Das Königlich Preußische Statistische Bureau veröffentlichte 1905 zur Jahrhundertfeier seines Bestehens eine Festschrift in mehreren Bänden. Ein großer Abschnitt der Festschrift ist der Statistik von Schulen und Hochschulen gewidmet. Unter anderem findet sich eine Grafik zur Anzahl der Studierenden an den preußischen Hochschulen in den Jahren 1883/1884 und 1903/04. Das Hochschulwesen auf preußischem Gebiet zählte zu der Zeit drei Technische Hochschulen, zwei Forstakademien, zwei Bergakademien, zwei Tierärztliche Hochschulen sowie zwei Landwirtschaftliche Hochschulen und insgesamt elf Universitäten – in Berlin, Bonn, Breslau, Göttingen, Greifswald, Halle, Kiel, Königsberg, Marburg, Münster und Braunschweig. So waren

im Wintersemester 1883/1884 an den preußischen Hochschulen 14 700 Studierende immatrikuliert. 20 Jahre später hatte sich ihre Zahl mit 27 100 Studierenden fast verdoppelt. Grund war zum Beispiel der Ausbau der preußischen Universitäten, die im Wintersemester 1903/1904 mit 18 700 Studierenden den Hauptteil aller Studierenden stellten. Besonders beliebt waren demnach die Philosophischen Fakultäten mit ihren naturwissenschaftlichen Fächern, die nahezu von der Hälfte der Studierenden besucht wurden. Aber auch die Technischen Hochschulen, allen voran die Technische Hochschule in Berlin, profitierten von dem Ausbau des Hochschulwesens und konnten innerhalb von zwei Jahrzehnten ihre Studentenschaft versechsfachen.¹



Die Anzahl der Studierenden ist anhand der Flächen wie in einem Koordinatensystem zu zählen. Dabei steht eine Fläche (Feld) für 200 Studierende.

¹ Das Königlich Preußische Statistische Bureau (Hg.) (1905): Festschrift des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus zur Jahrhundertfeier seines Bestehens. Dritter Teil. Tafel 95. Verlag des Königlich Statistischen Bureaus. Berlin.

Berliner Universität als führende preußische Hochschule

Rund 4 600 und somit jeder fünfte Studierende an einer Universität auf dem Gebiet des Deutschen Reiches war im Wintersemester 1883/1884 an der Berliner Universität – ab 1949 Humboldt-Universität zu Berlin – immatrikuliert. Bis 1903/1904 erhöhte sich deren Zahl um 50 % auf 7200 Studierende. Zu diesem Zeitpunkt zählten die preußischen Universitäten Bonn und Halle knapp 2200 bzw. 1500 Immatrikulierte. Allein die Ludwig-Maximilians-Universität in München tat sich aufgrund der Größe noch hervor – mit rund 4200 Studierenden erlangte sie die Größenordnung der Berliner Universität von 1883/1884. Die Münchner Universität zählte zu den 26 Hochschulen, die außerhalb des preußischen Gebietes im Deutschen Reich ihren Standort hatten.²

Geschichtlicher Abriss der Berliner Universität

Nach der Gründung des Kaiserreichs 1871 entwickelte sich die Berliner Universität zu einer der größten und führenden Universitäten Deutschlands. Bereits 1810 gegründet, startete die Berliner Universität mit 256 Studierenden und 52 Lehrenden den Forschungs- und Lehrbetrieb. Wilhelm von Humboldt war ihr wesentlicher Wegbereiter, da er bestehende wissenschaftliche Institute und Sammlungen wie zum Beispiel die

Berliner Sozietät und spätere Akademie der Wissenschaften, den Botanischen Garten und die Sternwarte in die Universität eingliederte. 1860 feierte die Friedrich-Wilhelms-Universität, wie sie seit 1828 nach ihrem Stifter Friedrich Wilhelm III. offiziell hieß, mit einer öffentlichen Feier den 50. Jahrestag ihrer Gründung. Die Studierendenzahl war auf fast 2500 angestiegen. Zu den insgesamt 159 Hochschullehrern, davon 52 ordentliche Professoren, gehörten namhafte Wissenschaftler wie Leopold von Ranke, Theodor Mommsen oder Rudolf Virchow.³

Woher kamen die Studierenden?

In den letzten 100 Jahren hat sich die Herkunft der Studierenden an der Humboldt-Universität zu Berlin kaum verändert. Um 1900 stammten fast drei Viertel der 7200 Studierenden aus Preußen und dort hauptsächlich aus Berlin und Brandenburg. Aus dem übrigen Gebiet des Deutschen Reiches wie Bayern, Baden, Württemberg und dem Königreich Sachsen sowie aus dem Ausland stammten jeweils knapp 15 % der Studierenden. Die Berliner Universität war besonders unter den in Russland Geborenen beliebt – im Wintersemester 1903/1904 kamen 390 und somit jeder dritte ausländische Studierende aus Russland. Vor mehr als hundert Jahren konnte auch der lange Weg über den Atlantik nicht von

Studierende der Friedrich-Wilhelms-Universität (Geburtsland, Ab- u. Zugang etc.)	S.-S.	W.-S.	S.-S.	W.-S.	S.-S.	W.-S.	S.-S.	W.-S.
	1902	1902 1903	1903	1903 1904	1904	1904 1905	1905	1905 1906
Geburtsland der immatrikulierten Studierenden:								
Preußen	3966	4 823	4 114	5 114	4 233	5 352	4 318	5489
Bayern	123	132	76	129	92	165	114	176
Sachsen (Königreich)	66	84	60	127	72	103	77	109
Württemberg	59	93	70	89	71	105	75	111
Baden	43	101	59	104	54	108	57	104
Die übrigen Staaten des Reichs	339	512	334	540	386	571	397	570
Österreich-Ungarn	144	168	147	172	153	200	157	179
Bulgarien	—	—	—	—	16	22	25	26
Frankreich	11	17	10	20	13	16	10	16
Griechenland	15	13	14	18	13	13	11	13
Großbritannien und Irland	27	27	31	37	29	32	24	28
Italien	12	15	16	18	15	14	15	17
Niederlande	8	4	5	9	10	8	9	5
Rumänien	14	26	21	32	30	33	30	38
Rußland	293	329	289	388	322	358	343	403
Schweiz	66	88	45	84	49	95	40	113
Serbien	13	17	17	24	19	18	20	20
Spanien	—	—	—	—	9	13	7	8
Türkei	8	9	7	8	7	8	6	7
Das übrige Europa	52	45	48	60	24	33	33	29
Afrika	2	—	—	3	2	5	3	3
Amerika	86	114	95	138	86	96	81	132
Asien	44	36	28	39	32	38	37	29
Australien	2	1	2	1	3	4	5	3

2 Königlich Preussisches Statistisches Landesamt in Berlin (Hg.) (1905): Statistik der preußischen Landesuniversitäten. S. 52 ff. Verlag des Königlichen Statistischen Bureaus, Berlin.
 3 Humboldt-Universität zu Berlin (2015): Humboldt-Universität zu Berlin – Das Moderne Original. Die Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin. Berlin.

einem Studium auf dem preußischen Gebiet abschrecken. 140 amerikanische Studierende waren im Wintersemester 1903/1904 in der Berliner Universität eingeschrieben.⁴

Im Wintersemester 2014/2015 gaben rund 80 % der 32 000 Studierenden der Humboldt-Universität zu Berlin an, ihren Heimatwohnsitz in Berlin bzw. Brandenburg zu haben. 15 % kamen aus den anderen deutschen Bundesländern und 5 % aus dem Ausland. Da die Angabe „Heimatwohnsitz“ heute und historisch nur bedingt vergleichbar ist, dient als Hilfestellung die Angabe „Staatsangehörigkeit“. 83 % der im Wintersemester 2014/2015 immatrikulierten Studierenden waren im Besitz einer deutschen Staatsbürgerschaft. Unter den 5 400 Studierenden mit ausländischer Staatsbürgerschaft gab es 730 amerikanische und 790 russische Staatsbürger – anzumerken ist, dass das russische Staatsgebiet nur eingeschränkt mit dem von 1900 vergleichbar ist.

Iris Hoßmann-Büttner ist Sachbearbeiterin im Referat *Bildung, Bildungsanalysen, Gesundheitswesen* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Die Humboldt-Universität zu Berlin als eine von vielen Hochschulen in Deutschland?

Derzeit studieren 32 000 junge Menschen in den Fakultäten und Instituten der Universität und der Charité-Universitätsmedizin Berlin. Über 350 Professoren sind in Forschung und Lehre tätig. Doch die Zahl der Universitäten und Studierenden in Deutschland ist deutlich angewachsen – die Größenordnung von vor 100 Jahren ist mehr als übertroffen. Waren es um 1900 noch 22 Universitäten sowie 26 Akademien bzw. Fachhochschulen auf dem Gebiet des Deutschen Reiches, zählt das Hochschulwesen in Deutschland derzeit 107 Universitäten, 52 Kunsthochschulen sowie über 200 Fachhochschulen in privater oder staatlicher Trägerschaft. Dementsprechend sind die Studierendenzahlen in den letzten 100 Jahren von 53 000 auf 2,7 Mill. angestiegen. Von der Studierendenzahl ausgehend hat die Humboldt-Universität zu Berlin ihre führende Rolle in den letzten Jahrzehnten verloren. Dennoch war und ist sie ein wesentlicher Wegbereiter in der deutschen Hochschul-landschaft.

⁴ Statistisches Amt der Stadt Berlin (Hg.) (1907): Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin. S. 342. P. Stankiewicz Buchdruckerei. Berlin.

Neuerscheinung

▣ Bildung in Deutschland 2016

Mit „Bildung in Deutschland 2016“ ist der inzwischen sechste vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland in Auftrag gegebene Bildungsbericht erschienen. Die Autorinnen und Autoren gehören verschiedenen deutschen Forschungseinrichtungen und den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder an.

Der indikatorengestützte Bericht deckt das gesamte Bildungsgeschehen von der vorschulischen Bildung bis zur Weiterbildung im Erwachsenenalter ab. Das von Bericht zu Bericht wechselnde Schwerpunktthema greift nach 2006 erneut das Thema Migrationshintergrund auf und geht, soweit zum jetzigen Zeitpunkt möglich, auch auf asyl- und schutzsuchende Menschen ein.

Im Bericht werden auch Rahmenbedingungen für den Bildungserwerb analysiert. Eine besondere Bedeutung kommt hier den Strukturmerkmalen von Familien zu. Einen negativen Einfluss auf die Bildungschancen von Kindern haben:

- das Risiko eines formal gering qualifizierten Elternhauses (keines der Elternteile hat eine Hochschulreife oder eine abgeschlossene Berufsausbildung),
- das soziale Risiko (keines der Elternteile ist erwerbstätig) und
- das finanzielle Risiko (das Haushaltseinkommen liegt unter der Armutsgefährdungsgrenze).

Von diesen Risikolagen betroffene Kinder schließen beispielsweise ihre Schullaufbahn seltener mit der Hochschulreife ab und nehmen auch seltener eine Hochschulausbildung auf.

Der Anteil der von den Risikolagen betroffenen Kinder hat sich in Deutschland in den letzten Jahren verringert, einzige Ausnahme ist das finanzielle Risiko. Die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder in Familien mit Alleinerziehenden und/oder mit Migrationshintergrund von einer oder mehrerer dieser Risikolagen betroffen sind, ist überdurchschnittlich hoch. Deutliche Unterschiede gibt es im Ländervergleich:

Von mindestens einer Risikolage sind in Berlin 42% der unter 18-Jährigen betroffen, in Bremen 44%. Brandenburg liegt hier mit 27% knapp unter dem bundesweiten Durchschnitt von 28%.

Auch beim Anteil der Kinder, die von allen drei Risikolagen betroffen sind, liegen Bremen mit 10% und Berlin mit 8% deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 4% und haben damit die höchsten Anteile. Brandenburg liegt mit einem Anteil von 3% knapp unter dem Bundesdurchschnitt.

Der Bericht „Bildung in Deutschland 2016“ kann zum Preis von 49,90 EUR bestellt werden unter service@wbv.de, Tel. 0521 91101-11, Fax 0521 91101-79 und ist außerdem über den Buchhandel erhältlich. Im Internet ist der Bildungsbericht unter www.bildungsbericht.de kostenlos als PDF-Dokument verfügbar.



Tagung

▣ **Statistische Woche 2016**

13. bis 16. September 2016

Veranstaltungsort **Campus der** **Universität Augsburg**

Als jährliche gemeinsame Tagung der Deutschen Statistischen Gesellschaft (DStatG) und des Verbandes Deutscher Städtestatistiker (VDSt) findet die *Statistische Woche* in diesem Jahr vom 13. bis 16. September 2016 auf dem Campus der Universität Augsburg statt.

Die programmatischen Schwerpunkte sind:

- Migration und Integration
- Vorhersage komplexer Datensätze
- Data Science und Statistik

Wie auch in den letzten Jahren ist das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) aktiv an der Veranstaltung beteiligt. Hartmut Bömermann (Leiter der Abteilung *Bevölkerung und Regionalstatistik*) moderiert eine gemeinsame Session mit dem VDSt zu neuen Datengrundlagen in der Regionalstatistik. Ramona Voshage (Leiterin des Referats *Mikrodaten, Analysen, Forschungsdatenzentrum*) wird mit einem Beitrag zum Thema „Verknüpfte Mikrodaten als Grundlage für Analysen regionaler Arbeitsplatzdynamik“ vertreten sein. Dr. Holger Leerhoff (Leiter des Referats *Bildung, Bildungsanalysen, Gesundheitswesen*) präsentiert in Form eines Posters „Neue Analysemöglichkeiten in der amtlichen Hochschulstatistik“.

Der diesjährige Redner der Heinz-Grohmann-Vorlesung ist Walter Krämer, Professor für Wirtschafts- und Sozialstatistik an der Technischen Universität Dortmund. Die Gumbel-Vorlesung hält Hajo Holzmann von der Philipps-Universität Marburg.

Weitere Informationen zum Programm und zur Anmeldung unter: www.statistische-woche.de

Workshop

▣ **Umweltökonomische Analysen mit den AFiD-Daten** **der Forschungsdatenzentren** **der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder**

15. und 16. September 2016

Veranstaltungsort **Zentrum für** **Europäische Wirtschafts-** **forschung (ZEW)** **Mannheim**

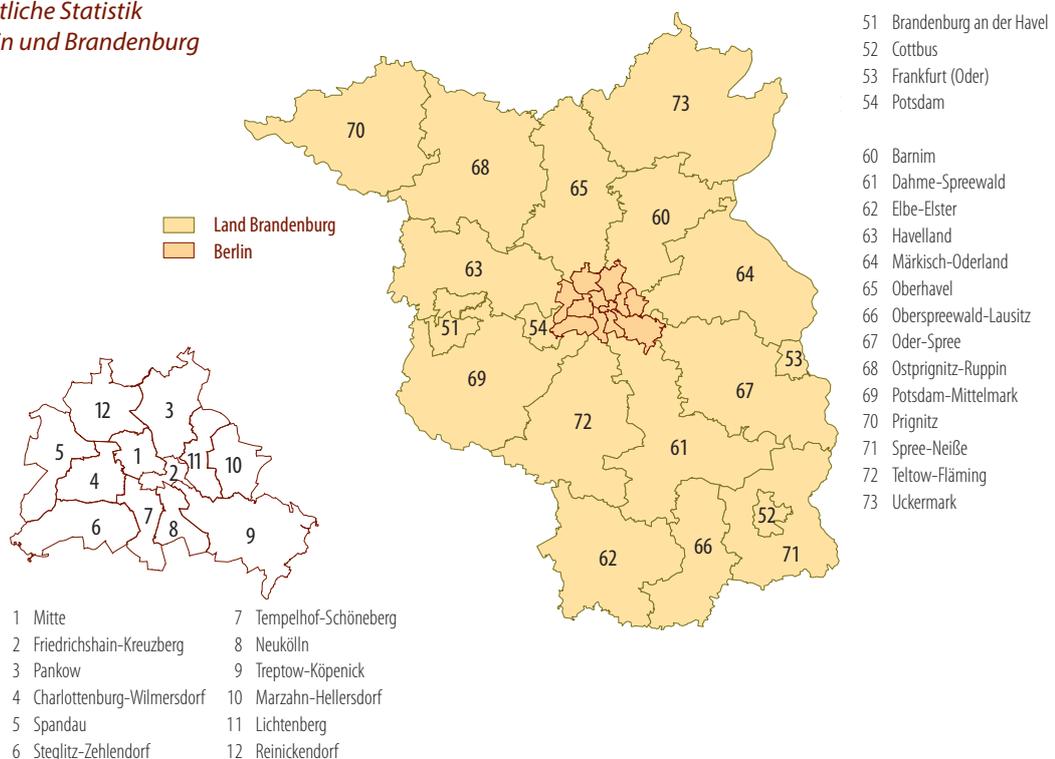
Mit Hilfe von administrativen Daten auf Mikroebene können vielfältige Fragen zur ex-post Evaluation unterschiedlicher Umwelt- und Energiepolitiken untersucht sowie Analysen zu Produktivitätswachstum und Energieeffizienz durchgeführt werden. Im Mittelpunkt des wissenschaftlichen Workshops steht daher sowohl die Präsentation und Diskussion neuer Forschungsbeiträge zu umweltökonomischen Fragestellungen mit Hilfe von amtlichen Firmendaten (AFiD) der Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder als auch der Austausch zwischen Datennutzerinnen und -nutzern und Datenanbieterinnen und -anbietern. Ramona Voshage (Leiterin des Referats *Mikrodaten, Analysen, Forschungsdatenzentrum* im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg) hält einen Vortrag zur Novellierung des Bundesstatistikgesetzes und die Auswirkungen auf die AFiD-Nutzung.

Weitere Informationen unter: <http://www.zew.de/afid2016>

statistik Berlin Brandenburg

- | Wir berichten fachlich unabhängig, neutral und objektiv über die Ergebnisse der amtlichen Statistik.
- | Wir haben den gesetzlichen Auftrag zur Datenerhebung mit der Möglichkeit zur Auskunftspflicht.
- | Wir garantieren die Einhaltung des Datenschutzes.
- | Wir wenden adäquate statistische Methoden und Verfahren an und erhöhen kontinuierlich das erreichte Qualitätsniveau.
- | Wir gewährleisten regionale und zeitliche Vergleichbarkeit unserer Statistiken durch überregionale Kooperation.
- | Wir ermöglichen jedermann Zugang zu statistischen Ergebnissen.

Wir sind der führende Informationsdienstleister für amtliche Statistik in Berlin und Brandenburg



Unter

www.statistik-berlin-brandenburg.de

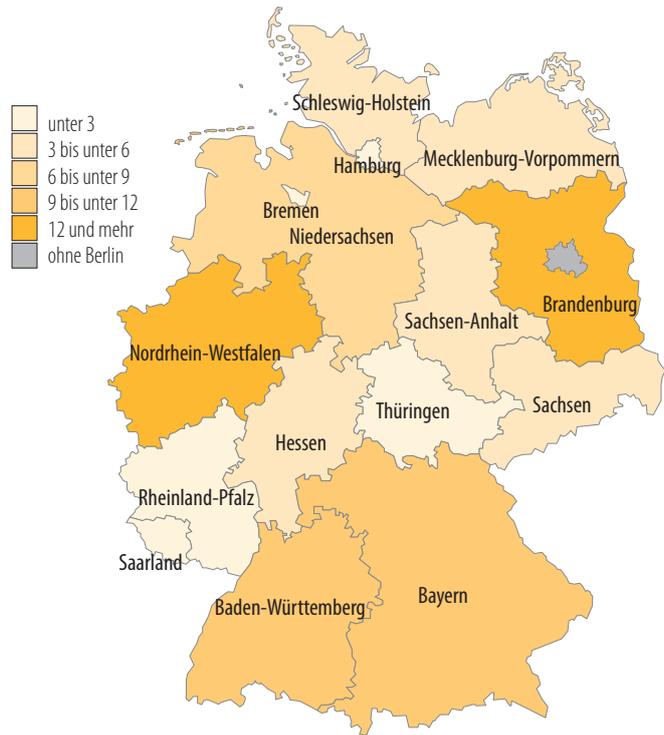
finden Sie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes mit aktuellen Daten, Pressemitteilungen, Statistischen Berichten, regionalstatistischen Informationen, Wahlstatistiken und -analysen.

Studierende in Berlin im Wintersemester 2015/2016

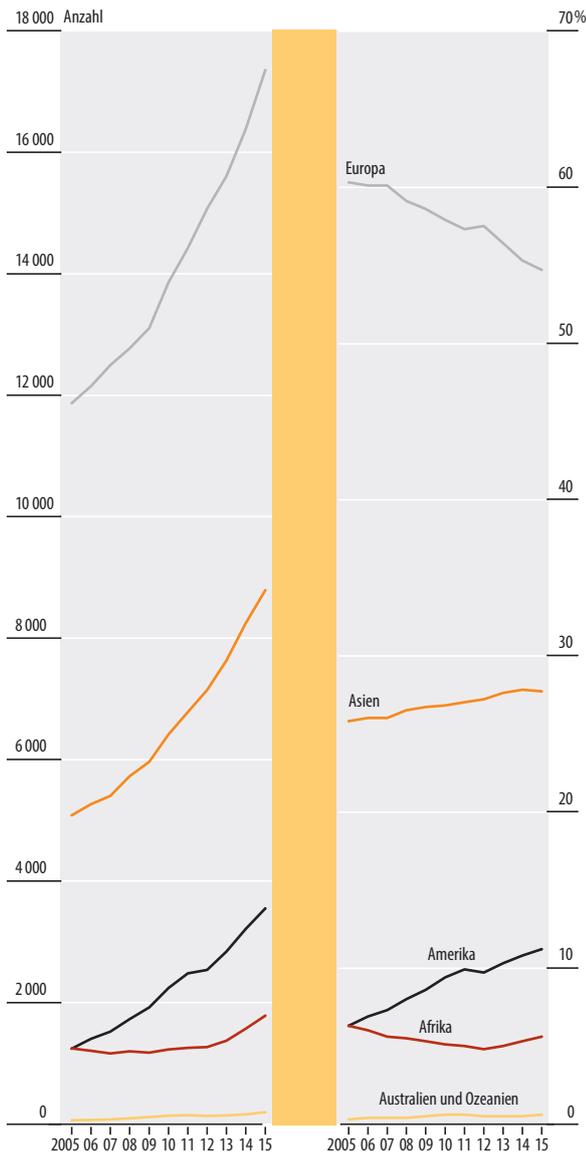
Im Wintersemester 2015/2016 waren insgesamt 175 917 Studierende an den Hochschulen Berlins als Haupt- oder Nebenhörer eingeschrieben. Diese Anzahl entspricht einem Anstieg um 32,2 % seit dem Wintersemester 2005/2006. 31 725 Studierende (18,0 %) besitzen eine ausländische Staatsbürgerschaft. Zehn

Jahre zuvor lag der Anteil bei 14,8 %. Studierende aus dem europäischen Ausland stellen die größte Gruppe unter den ausländischen Studierenden. Ihr Anteil ging jedoch in den letzten zehn Jahren um 5,7 % zurück, während beispielsweise der Anteil der Studierenden aus Amerika um 4,9 % stieg.

Anteil der deutschen Studierenden in Berlin im WS 2015/2016 nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung in %



Ausländische Studierende nach Kontinenten ...
... absolut ... in %



Anzahl der ausländischen Studierenden nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung (Top 10) 2015/2016 und 2005/2006

